

Das Argument

47

10. Jahrgang 1968

Faschismus und Kapitalismus. Faschismus-Theorien (V) Diskussion

| | |
|---|------------|
| Editorial | 167 |
| Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht | 168 |
| Tim Mason: Primat der Industrie? – Eine Erwiderung | 193 |
| Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945 | 210 |
| Besprechungen | 228 |

Editorial

Die folgenden Diskussionsbeiträge fragen nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus. Ausgangspunkt der Diskussion sind eine Reihe von Argument-Aufsätzen über die nationalsozialistische Wirtschaft, über Politik und Wirtschaft im NS und über die Faschismustheorie der DDR. Zum ersten Mal beteiligen sich junge Wissenschaftler aus der DDR an unserer Diskussion; zwei der folgenden drei Beiträge stammen von ihnen.

Die Versuche, den Faschismus unter Absehung von der ökonomischen Basis, die ihn hervorbrachte, zu erklären oder oft nur phänomenologisch zu beschreiben, haben immer mehr ihre wissenschaftliche Glaubwürdigkeit verloren. Andererseits steht, so scheint uns, eine marxistische Theorie, die das historische Material ex post aufgenommen und theoretisch verarbeitet hätte, noch aus — trotz vieler brauchbarer Ansätze.

In den politischen Kämpfen fungiert das Wort ‚Faschismus‘ weithin als Schimpfwort; es gibt heute in der BRD keine politische Richtung mehr, aus der es nicht gegen andere Richtungen geschleudert würde. Auch die Linke, die allein dem Begriff sein reales Gewicht geben kann, verwendet ihn häufig als Reizwort, das man auf Verdacht hin und zur Auslösung von Abwehrreaktionen fast beliebig montieren kann. Die NPD aber und mit ihr die ‚national‘ gesinnten Kreise gerieren sich als Verteidiger der Demokratie gegen einen Popanz namens „Linksfaschismus“ — in der Gewißheit, daß Besitz, Macht und manipuliertes Vorurteil im Ernstfall doch lieber zum Rechtsfaschismus greifen werden.

In dieser Situation scheint uns die Diskussion um die ökonomische Basis des Faschismus von vordringlichem Interesse. Die folgenden Diskussionsbeiträge bringen eine Menge aussagekräftiger historischer Belege für personelle und interessenmäßige Verknüpfungen in der Machtelite und für die Macht- und Marktprobleme des oligopolistischen Kapitalismus, die seine Repräsentanten den Faschismus einer bürgerlichen Scheindemokratie — mit der ihr innewohnenden „Gefahr“, reale Volksherrschaft zu werden — vorziehen ließen.

So sehr wir in vieler Hinsicht mit Tendenz und Argumentation der Beiträge aus der DDR übereinstimmen, scheint uns doch, daß die marxistische Theorie mehr zu leisten vermag als das bloße Beibringen von Belegen für die formelhafte, zu ihrer Zeit gewiß nicht schlechthin unbrauchbare Faschismus-Erklärung Dimitroffs, derzufolge der Faschismus „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist. Erforderlich scheint uns der Rückgang auf die Methode und Begrifflichkeit, wie Marx sie im „Kapital“ zur Erklärung gesamtgesellschaftlicher Erscheinungen und Tendenzgesetze entwickelt hat.

Die folgenden drei Beiträge sprechen nicht das letzte Wort. Wir werden die Diskussion in dieser Zeitschrift fortsetzen.

Eberhard Czichon, Berlin/DDR

Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht¹

In seinem Aufsatz „Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus“ vertritt Tim Mason die These, „daß die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief“². Während Paul Kluge, Hans-Eckardt Kannapin, Karl Dietrich Erdmann und Hans Mommsen die exkulpatorische Position der deutschen Verteidiger der von den amerikanischen Militärgerichten in Nürnberg angeklagten deutschen Industriellen und Bankiers fortführen³, argumentieren jüngere Historiker der Bundesrepublik ähnlich wie Tim Mason. Vor allem Dieter Petzina, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz und auch Dieter Grosser⁴ akzeptieren die schwer zu negierende Tatsache, daß unter der Ägide von Schacht in den Jahren von 1933 bis 1936 die deutsche Großindustrie im engen Konnex mit Hitler die militärische Aufrüstung forcierte. Etwas verklärend bezeichnet Petzina jedoch diesen Tatbestand als „Autonomie der deutschen Großindustrie gegenüber dem Staatsapparat“⁵. Die exkulpatorischen Historiker der Bundesrepublik dissoziieren die Großindustrie vom Nationalsozialismus dadurch, daß sie deren Wechselbeziehungen leugnen oder sie als unzureichend aus der sozialpsychologischen Sphäre erklärt abweisen. Die jungen Historiker dagegen kommen durch zwar detaillierte,

1 Der Verfasser ist Herrn Reinhard Opitz, Köln, für seine kritischen Hinweise zum Manuskript zu Dank verpflichtet.

2 Tim Mason, Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Nr. 41, 8. Jhg. 1966/Heft 6, S. 474.

3 Hierzu: Vladimir Michailovic Chostow, Die neueste Geschichte des deutschen Imperialismus in der westdeutschen Historiographie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Heft 4/1967, S. 581 ff.; ergänzend: Hans-Eckardt Kannapin, Wirtschaft unter Zwang.

4 Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates; Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt; in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die Nationalsozialistische Machtergreifung, Köln-Opladen 1962; Dieter Petzina, Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Entstehung, Verlauf, Wirkungen. Diss. Mannheim 1965; D. Petzina, Hitler und die deutsche Industrie, Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Heft 8/1966, S. 482 ff.; Dieter Grosser, Die nationalsozialistische Wirtschaft, in: Das Argument Nr. 32, 7. Jhg. 1965/Heft 1 (3. Aufl. 1968), S. 1 ff.

5 D. Petzina, Hitler und die deutsche Industrie, S. 487.

meist jedoch sehr punktuell geführte Untersuchungen wie Mason zu der Annahme, die Jahre nach 1936 als eine Periode charakterisieren zu können, in der die Politik des Nationalsozialismus einen Primat gegenüber der Großindustrie einnahm. Petzina räumt lediglich ein⁶, was auch von Treue zugestanden wird⁷, daß in jenen Jahren die IG Farbenindustrie AG entscheidend die Politik des Vierjahresplanes beeinflußt habe. Er schränkt jedoch sofort ein, daß diese Haltung — bezogen auf die gesamte Großindustrie — atypisch gewesen sei. Grosser meint nun, ähnlich wie Sörgel⁸, daß eine sehr weitgehende Kongruenz von Staat (Nationalsozialismus) und Großindustrie letzterer so gewaltige Gewinne versprach, daß sie Hitler widerstandslos auf den Weg in den Krieg folgte und sich schließlich auch bereitwillig an der Ausbeutung der eroberten Gebiete beteiligte⁹. Grosser und Sörgel gehen wie Mason bei ihren Betrachtungen von der „Existenz eines autonomen politischen Bereichs mit eigenen Gesetzmäßigkeiten“ aus, den Mason auf eine Ausnahmeerscheinung reduziert, die seiner Ansicht nach „einmalig in der ganzen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Regierungen seit der industriellen Revolution“ sei und die es zu erklären gelte. „Schwerwiegende Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich vollzogen haben“, argumentiert Mason, „um die Verselbständigung des nationalsozialistischen Staatsapparates, den ‚Primat der Politik‘ erst zu ermöglichen.“

Die jungen bundesdeutschen Historiker und auch Mason verkennen bei ihren Analysen die Wirksamkeit relevanter allgemeiner Kausalitäten, die sich aus der kapitalistischen Eigentums- und Gesellschaftsstruktur ergeben¹⁰. In ihrer Methodik der Analyse und Beweisführung schlägt sich nieder, daß sie das historische Kausalitätsproblem zu linear sehen und die Kategorie der Einheit von Logischem und Konkretem im historischen Prozeß verkennen¹¹. Vielleicht meinen

6 Ebd., S. 489.

7 Wilhelm Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Heft 8/1966, S. 491 ff.

8 Werner Sörgel, Metallindustrie und Nationalsozialismus, Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939, Frankfurt/Main 1965.

9 D. Grosser, Die nationalsozialistische Wirtschaft, Argument, a.a.O., S. 11.

10 Karl Marx, Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1—3, in: K. Marx/F. Engels, Werke Bd. 23—25, Berlin 1962/1963; Ausgabe für die BRD: Frankfurt/Main 1967; dazu: Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus, Beiträge zu einer wissenschaftlichen Tagung, Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, Sonderheft 1/1967.

11 Peter Bollhagen, Soziologie und Geschichte, Berlin 1966; P. Bollhagen, Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft, Zur Theorie gesellschaftlicher Gesetze, Berlin 1967; Georg Klaus/Hans Schulze, Windelband und die Methodologie der Geschichtswissenschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Heft 7/1965, S. 1125 ff.

sie, daß die marxistische Imperialismus-Analyse¹² und die Lenin'sche Funktions-Analyse des Staates¹³ die Historiographie dogmatisiere, doch mit diesem Vorbehalt belastet negieren sie wichtige Forschungsergebnisse und schränken ihre eigene Erkenntnisfähigkeit wesentlich ein. Das läßt sich aus den von ihnen vorgelegten Untersuchungen schließen, wenn sie — wie ich annehme — ehrlich um die historische Wahrheit bemüht sind.

Mason beispielsweise führt, im Gegensatz zur marxistischen Funktions-Analyse des Staates, axiomatisch den Staat als Repräsentation des Volkes ein, die zwischen der Wirtschaft und der Arbeiterklasse einen harmonischen Konsens zu schaffen habe. Ähnliche Prämissen zwingen Mason auch zu einer Negierung der ökonomischen Prioritäten in der Gesellschaftsstruktur und ihrer Wirkungsweise gegenüber sekundären und politischen Infrastrukturen. Auch eine Überhöhung der Persönlichkeitsbewertung, insbesondere der Funktion Hitlers und seines Entscheidungsbereiches, sowie ein unexakter Begriffsapparat schränken so von vornherein die Analyse-Möglichkeit komplizierter historischer Vorgänge stark ein. Damit unterliegt aber auch Mason, ähnlich wie andere junge Historiker, bei allem subjektiv ehrlichen Bemühen der Gefahr, zu einer Variante des Primats der exkulpatorischen Theorie gegenüber den historischen Fakten abzusinken.

Die soziale Struktur der herrschenden Klasse¹⁴ in Deutschland war in den Jahren des Nationalsozialismus nicht mehr durch die Bedingungen des laissez faire bestimmt¹⁵. Der Prozeß der beschleunigten Akkumulation¹⁶ unter den Bedingungen der Kapital-Konkurrenz¹⁷ führte in Deutschland schneller als in anderen europäischen Ländern zu einer monopolen Konzentration und zugleich zur Herausbildung von komplexen Finanz-Industrie-Gruppen. Nun darf man freilich die herrschende Klasse nicht mit dieser monopolen Schicht identifizieren. Die gesamten Klein- und Mittelindustriellen (nicht die Handwerker!) bilden eine zweite Schicht, die zwar in Ab-

12 W. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Gemeinverständlicher Abriß), Berlin 1947; W. I. Lenin, *Hefte zum Imperialismus*, Vorarbeiten, Berlin 1957.

13 W. I. Lenin, *Staat und Revolution*, *Die Lehren des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution*, in: *Ausgewählte Werke Bd. II*, Moskau 1947, S. 158 ff.; dazu: W. I. Lenin, *Marxismus und Staat*, Materialien zu der Schrift „Staat und Revolution“, Berlin 1960.

14 Zum Begriff „Klasse“ vgl. W. I. Lenin, *Die große Initiative*, in: *Ausgewählte Werke Bd. II*, S. 576.

15 Wilhelm Grotkopp, *Die große Krise*, *Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32*, Düsseldorf 1954; Jürgen Kuczynski, *Konzentration und Monopolisierung 1918 bis 1945*, in: *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 16, Berlin 1963, S. 121.

16 Hierzu: W. I. Lenin, *Der Imperialismus a.a.O.*

17 K. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1 Berlin 1947, S. 331; K. Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Rohentwurf, Berlin 1953, S. 544; K. Marx, *Das Elend der Philosophie*, Berlin 1947, S. 167.

hängigkeit zur Großindustrie stand, innerhalb der herrschenden Klasse jedoch von der monopolen Schicht sozial zu differenzieren wäre. Bezeichnen wir nun die monopolen Schicht als „Oligopol“, so haben wir jene Kräfte der Wirtschaft sozial seziert, die in bezug auf die Macht unter den Bedingungen eines sich monopolisierenden privatwirtschaftlichen Systems relevant werden. Innerhalb des Oligopols, so ergab die spezifiziertere historische Analyse¹⁸, funktioniert jeweils ein Finanz-Industrie-Komplex als „etablierte Führungsgruppe“, die zugleich das sozial-politische Gesamtinteresse der herrschenden Klasse — also das der nichtmonopolen Schicht und der Partnergruppe in Oligopol — repräsentiert. Ihre Führung realisiert jene Prioritätsgruppe in bezug auf die Beherrschung des Staatsapparates, der politischen Meinungs- und Willensbildung und der Prägung der Grundlinien seiner Politik, indem sie sich mit ihm zu einem Machtkartell verbindet. Innerhalb dieses Machtkartells entsenden die Großunternehmen der oligopolen Prioritätsgruppe einmal ihre Verwaltungsrepräsentanten in die staatlichen Wirtschaftsorgane wie in die politischen legislativen und exekutiven Staatsorgane und üben auf sie, über eine den jeweiligen Bedingungen entsprechende Organisation ihrer Unternehmenszusammenschlüsse, eine beratende und kontrollierende Funktion aus. Sie lenken so den Prozeß der Wirtschaftsentwicklung und beeinflussen die politische Meinungsbildung im Entscheidungsbereich. Darin vollzieht sich jene politisch-ökonomische Omnipotenz der herrschenden Klasse, die von der kommunistischen Historiographie als Staatsmonopolistischer Kapitalismus charakterisiert wurde¹⁹, und die der Hamburger Historiker Fritz Fischer bereits für das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts als ein Verhältnis bezeichnete, das immer enger wurde, und „zwar je mehr die politischen Grundanschauungen der führenden Industriellen, Bankiers und Verbandssekretäre mit denen des Bildungsbürgertums, der hohen Bürokratie, sowie der Armee und Marine übereinstimmten“²⁰. Diese Formierung, in der nach 1919 immer deutlicher die Prägung der politischen Meinung des Bildungsbürgertums, der hohen Bürokratie wie der Offizierskaste, durch die Grundanschauungen der führenden Industriellen und Bankiers hervortrat, schloß jedoch den Konkurrenzkampf keineswegs aus, sondern dieser bleibt ein immanenter, ja existentieller Bestandteil des Oligopols, der im Ringen um die Führungsposition innerhalb der Manageroligarchie zum Ausdruck kommt, der aber auch in der Dirigierung der Partnergruppe und

18 I. M. Faingar, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1959; J. Kuczynski, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte Berlin 1962, Teil II, S. 11 ff.; hierzu auch: Eberhard Czichon, Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker (Teil I), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 7/1967, S. 690 ff.

19 Lutz Maier/Otto Reinhold u. a., Imperialismus heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, Berlin 1967 (4. Aufl.).

20 Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1962, S. 31.

der nichtmonopolen Schicht durch die etablierte Führung über den von ihr im Machtkartell beherrschten Staatsapparat wirksam wird.

In der Analyse der Funktion der deutschen Großindustrie bei der Manipulierung der nationalsozialistischen Machtergreifung konnte bisher bewiesen werden, daß Hitler am 30. 1. 1933 die Macht nicht aus einem strukturellen Vakuum heraus ergriffen hat, sondern daß sie ihm nach einer von der Finanz-Industrie-Gruppe der montanen Schwerindustrie am 4. 1. 1933 in Köln erfolgten Verständigung mit dem Repräsentanten der Finanz-Industrie-Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie zugespielt wurde, weil sich beide Gruppen angesichts der Wirtschaftskrise darauf einigten, die Krisenfolgen durch staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Rahmen einer forcierten Rüstungspolitik zu überwinden, womit gleichzeitig die von ihnen seit langem erstrebte militante Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges vorbereitet werden konnte²¹.

Hitler kam folglich ebensowenig durch den Stimmzettel zur Macht²², wie seine Berufung zum Reichskanzler als eine „nationale Erhebung“ glorifiziert werden kann, die den Charakter einer „Revolution“ gehabt hätte²³. Noch weniger trifft Masons Meinung zu, daß mit dem 30. 1. 1933 der in den Jahren der Wirtschaftskrise fehlende Konsens zwischen der Wirtschaft und der Arbeiterklasse, also eine politische Gesamtrepräsentation des Volkes, mit politischen Mitteln wiederhergestellt wurde. Der Nationalsozialismus etablierte sich nicht als eine „Gesamtrepräsentation des Volkes“, sondern als eine neue Herrschaftsform des Oligopols, weil die Manageroligarchie angesichts der Wirtschaftskrise ihre Ziele als mit den Möglichkeiten des Parlamentarismus nicht mehr erreichbar betrachtete. Trotz dieser einheitlichen Meinung beider oligopolen Hauptgruppen vollzog sich jedoch im Machtkartell ein industrieller Führungswechsel. Die frühen Manipulatoren des Nationalsozialismus, die Industriellen und Bankiers der montanen Schwerindustrie wollten sich gegenüber ihren konkurrierenden Rivalen mit Hilfe des nationalsozialistischen Machtapparates nun auch ihre Prioritätsposition im Oligopol sichern, um selbst die Grundlinien der weiteren militanten Entwicklung zu prägen. Insofern muß der deutsche Faschismus als die „offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen,

21 Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1960 vertritt die Machtvakuum-These, auf die sich Mason (S. 477) beruft; hierzu: Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.

22 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947/1948, Bd. XII, Beweisaufnahme in Sachen Schacht, S. 454 ff.; Hauptarchiv Berlin-Dahlem, Rep 335, Fall 5, Nr. 31 Protokoll der Verhandlung vom 21. 7. 1947, Zeugenaussage von H. Schacht; Louis Lochner, Die Mächtigen und der Tyrann, Darmstadt 1955.

23 Hierzu: Gustav Stolper, Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949; Kurt Stechert, Wie war das möglich? Stockholm 1945, S. 317 ff.

am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“²⁴ bezeichnet werden. Jene am meisten chauvinistischen und imperialistischen Elemente, die Repräsentanten der montanen Schwerindustrie, verdrängten daher in einem großen Displacement ihre Rivalen der Chemie und Elektroindustrie aus den Funktionen, die sie bisher in den legislativen und exekutiven Organen des Wirtschafts- und Staatsapparates eingenommen hatten. Unter Ausnutzung ihrer bereits im Staatsapparat gewonnenen Machtbasis gestalteten die ‚new-comers‘ die bisherige Organisation der Unternehmenszusammenschlüsse schrittweise so um, daß den Repräsentanten der Chemie- und Elektroindustrie auch hier jeder maßgebliche Einfluß verloren ging. Dafür besetzten die Großindustriellen der montanen Schwerindustrie alle Schlüsselpositionen in den Wirtschaftsorganen des nationalsozialistischen Staates und auch in der neu formierten Organisation der gewerblichen Wirtschaft, womit sie dann ihre Etablierung als neue Führungsgruppe abschlossen. Das Machtkartell hatte sich umstrukturiert. In ihm gab es jedoch keine autonomen arbeitsteiligen Bereiche, wobei die Industrie hinsichtlich der nationalsozialistischen Außenpolitik mit der NSDAP eine gemeinsame „Imperialismus-Konzeption“ zu teilen glaubte²⁵, sondern im korrelativen Verhältnis beider Bereiche prägte die neue Führungsgruppe der Industrie über die Röhm-Affäre hinweg die Gestaltung der NSDAP und des Staatsapparates und die Entwicklungslinien seiner Politik. So wurde Schacht neuer Reichsbankpräsident und Kurt Schmitt, der Generaldirektor der Allianz-Versicherung, nach dem bereits im Sommer 1933 erfolgten Rücktritt von Alfred Hugenberg, Reichswirtschaftsminister, wobei diese Funktion Schacht ein Jahr später ebenfalls übernahm. Gustav Krupp reorganisierte im engen Konnex mit Hitler den Reichsverband der deutschen Industrie, indem er zuerst aus seinem Führungsgremium alle prägnanten Vertreter der Gegengruppe entfernte²⁶. Danach inspirierte Krupp gemeinsam mit Schacht die Organisation einer die gesamte Industrie umfassenden „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“²⁷, über die bis 1944 jährlich weit über 100 Millionen RM in die Parteikassen der NSDAP flossen²⁸. Als schließlich im Juni 1933 statt des bisherigen „Vorläufi-

24 Georgij Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale (2. 8. 1935), in: G. Dimitroff, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd. 2, Berlin 1958, S. 525.

25 T. Mason S. 478 ff.; dazu auch: Charles Bloch, Hitler und die europäischen Mächte, Kontinuität oder Bruch, Frankfurt/Main 1966.

26 Hauptarchiv Berlin (im folgenden als HAB zitiert) Rep 335, Fall 10, Nr. 173 Dokumentenbuch der Anklage VI Beweis-Dokumente NI 904, NI 909 und NI 910, sowie: NIK 4661 und NIK 5982; hierzu auch: Kurt Gossweiler, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, (MS) Diss. Berlin 1963.

27 IMT Bd. XXXV Beweis-Dokumente D 151; abgedruckt bei: Hitler und die Industrie, Herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf 1963; E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, S. 84.

28 Klaus Drobisch, Hindenburg-, Hitler-, Adenauerspense, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Heft 3/1967 S. 447 ff.

gen Reichswirtschaftsrates“²⁹ ein „Generalrat der Wirtschaft“ gebildet wurde, nahmen in ihm jene Großindustriellen die Majorität ein, die sich entweder bereits vor 1932 entschlossen hatten, die NSDAP zu unterstützen, wie August Diehn, August von Finck, Otto Christian Fischer und Karl Luer, oder die sich 1932 im Keppler-Kreis³⁰ zur Manipulierung der direkten nationalsozialistischen Machtergreifung zusammenfanden, wie Friedrich Reinhart, Carl Vincent Krogmann, Kurt Freiherr von Schroeder, Fritz Thyssen und Albert Vögler. Außer ihnen gehörten zu dem 17köpfigen Wirtschaftsorgan neben Gustav Krupp nur zwei Vertreter der Chemie- und Elektro-Gruppe, Karl Bosch und Carl Friedrich von Siemens³¹. Als am 13. 3. 1934 sich die Neuorganisation der gewerblichen Wirtschaft konsolidierte³², schien es so, als würde die Chemie- und Elektro-Gruppe über den Leiter des Reichsverbandes der Elektroindustrie, Philipp Keßler, der am 14. 3. 1934 zum „Führer der Wirtschaft“ berufen wurde, eine maßgebliche Position im Machtkartell zurückerobert haben. Doch als im November 1934 die Spitzenorganisation der gewerblichen Wirtschaft nach dem Ausscheiden von Schmitt reorganisiert und die Reichswirtschaftskammer gebildet wurde, die den „Führer der Wirtschaft“ inkorporierte, übernahm mit Ewald Hecker (Ilse der Hütte) wieder ein Vertreter des Keppler-Kreises ihre Leitung. Die Differenzen zwischen beiden oligopolen Gruppierungen entwickelten sich jedoch bei aller Rivalität um den jeweiligen Prioritätsanspruch vor allem um die Orientierung der Rüstungspolitik.

Hitler hatte die Einlösung seines am 18. 5. 1932 den Mitgliedern des Keppler-Kreises gegebenen Versprechens, die Krisenbekämpfung durch Arbeitsbeschaffung mit der Aufrüstung zu verbinden³³, bereits durch die in der Kabinettsitzung am 8. 2. 1933³⁴ gegebene Weisung eingeleitet, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung und Siedlung, Dr. Dr. Günther Gereke³⁵, fortan grundsätzlich nur noch nach dem Gesichtspunkt zu gestalten, daß sie der „Wehrwirtschaft Deutschlands“ dienen. Gereke, der sich

29 Deutsches Zentralarchiv Potsdam (DZAP) Vorläufiger Reichswirtschaftsrat Nr. 144 RWR Allgemein Bd. 4 (1. 7. 1930—29. 12. 1933); der RWR war gemäß § 163 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919 durch Verordnung vom 4. 5. 1920 (RGB I/1920 S. 858 ff.) geschaffen und durch das verfassungswidrige Gesetz über den Reichswirtschaftsrat vom 5. 4. 1933 aufgelöst worden.

30 E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, S. 24 ff.

31 HAB 335, 10, Nr. 173 Beweis-Dokument NI 628 WTB-Mitteilung Nr. 1721 vom 15. 7. 1933 über die Bildung eines Generalrates der Wirtschaft.

32 G. Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates a.a.O., S. 651 f.

33 E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, S. 33 f.

34 W. Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt a.a.O., S. 785 und S. 798; Arthur Schweitzer, Die wirtschaftliche Wiederaufrüstung Deutschlands 1934—1936, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1959, S. 594 ff.; hierzu: Günther Gereke, Lebenserinnerungen (MS).

35 Zur Biographie vgl.: Wer ist Wer?, Berlin 1958, S. 355.

der unproduktiven Umformung seiner volkswirtschaftlich orientierten Arbeitsbeschaffungspläne widersetzte, wurde von Hitler suspendiert³⁶. Die dann nach der baldigen Auflösung des erst am 15. 12. 1932 geschaffenen Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung einsetzende Eskalation der Militarisierung aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verlief parallel zu einer großzügig angelegten Aufrüstung, die vor allem von der montanen Schwerindustrie getragen und von Schacht über die Wechsel der zu diesem Zweck gebildeten „Metallurgischen Forschungs GmbH“ (MEFO) finanziert wurde³⁸. Was Schacht energisch für die Arbeitsbeschaffungspläne Gerekes als inflationistisch abgelehnt hatte, die produktive Kreditschöpfung, das deficit spending, mobilisierte er nun gemeinsam mit Karl Blessing³⁹ und unter dem Beifall von Feder, Daitz und Hunke⁴⁰ für dieses Rüstungsprogramm⁴¹. Die „zukünftigen Reserven Deutschlands“ wurden im Vorgriff als „wirtschaftlich nutzbare Größe“ durch die Aktivierung des „Vertrauens der Wirtschaft in die Zukunft“ verwandelt, einer Zukunft, die Schacht und Blessing erst durch ihre Finanzpolitik schaffen wollten, die sie schon als eine militärische Aktion mit einer imperialen Zielstellung kalkulierten⁴². Diese Schacht'sche Politik der Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung auf der Basis einer unbegrenzten Kreditschöpfung wurde zum Inbegriff nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, die von beiden Gruppen des Oligopols befürwortet wurde. Ihre Meinungen gingen lediglich über die Verwendung der Milliardenkredite konträr auseinander, denn die Manager der Chemie-Industrie wollten vor allem den Ausbau ihrer syn-

36 DZAP Büro des Reichspräsidenten Nr. 19, Neuwahl des Reichspräsidenten (13. 3.—10. 4. 1932) Bd. 3; Berliner Börsenzeitung vom 31. 5. 1933.

37 HAB Rep 318 (Reichsarbeitsministerium) Nr. 885 Unterbringung verfügbar gewordener Beamter Bd. 4, 1. 10. 1930—31. 12. 1943, Auflösung des Reichskommissariats für Arbeitsbeschaffung gemäß Kabinettsbeschuß vom 23. 6. 1933.

38 W. Grotkopp a.a.O., S. 286 ff.

39 Zur Biographie: E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil II), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 9/1967, S. 910 ff.

40 Zur Biographie von Hunke: Ebenda S. 917 ff.; Akten der Deutschen Bank (im Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, Fotokopien) Nr. A 29 Generalsekretariat; Hunke, Korrespondenz, Bd. 1.

41 Hierzu: Schreiben von Schwerin-Krosigk (Essen) an E. Czichon vom 7. 5. 1964.

42 Sowohl Grotkopp a.a.O., S. 311 als auch Sauer a.a.O., S. 789 exkulpieren die nationalsozialistische Verbindung des Krisenbekämpfungsprogramms mit der militärischen Aufrüstung und werten den New Deal Roosevelts, weil er auf eine Erhöhung des Lebensstandards ausgerichtet war, gegenüber einer produktiven nationalistisch-militanten Konjunkturlandschaft ab. Ähnlich argumentierte auch Bernhard Köhler (Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP) in einem Bericht „Wertgewinn der Arbeitsschlacht“ vom 20. 3. 1936; HAB Rep 320 (Reichsinnenministerium) Nr. 363; vgl. hierzu auch: H. J. Abs, Vorwort zu: Die Zukunft des Kapitalismus, Herausgegeben von E. W. Mommsen, Düsseldorf/Wien 1967, S. 6, wo er vor einem „korrumpierenden Sozialstaat“ warnt.

thetischen Produktion vorantreiben und ihn zum Hauptbestandteil der Rüstungswirtschaft machen. Sie vertraten die Ansicht, daß die ausschließliche Orientierung der Aufrüstung auf die Schwerindustrie für einen modernen Krieg unzureichend sei⁴³.

Von Robert Bosch waren Buetefisch und Gattineau bereits im November 1932 zu Hitler gesandt worden, um ihm die Relevanz der deutschen Mineralölproduktion zu erklären. Hitler hatte ihren Ausführungen zwar aufmerksam zugehört⁴⁴, war aber nach dem 30. 1. 1933 nicht bereit gewesen, den weiteren Ausbau der Hydrierungsanlagen im Ammoniakwerk Merseburg in den Rahmen der Aufrüstungskonzeption einzubeziehen, obgleich ihm am 29. 5. 1933 nochmals eine Denkschrift über den Wert einer deutschen Mineralöl-Produktion für die Militarisierung überreicht worden war⁴⁵. Es entspricht daher nicht den Tatsachen, daß die Reichsregierung schon im Sommer 1933 die „Förderung des großzügigen Ausbaus einer deutschen Mineralöl-Industrie und schließlich die Großerzeugung synthetischer Treibstoffe vorbereitete“⁴⁶. Zwar wandte sich Karl Krauch, Mitglied des Vorstandes der IG Farbenindustrie AG und Leiter der Sparte I (Benzin)⁴⁷ im Herbst 1933 nochmals an den Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, Erhard Milch, um ihm die synthetische Produktion von Mineralöl und Kautschuk für den Ausbau der Luftwaffe

43 HAB 335, Fall 6, Nr. 31 Protokoll der Verhandlungen vom 12. 1. 1948, Vernehmung von Karl Krauch; Nr. 53 Protokoll der Verhandlungen vom 10. 3. 1948 Vernehmung von Heinrich Buetefisch; dazu: Nr. 203 Dokumentenbuch der Anklage VI Beweis-Dokumente NI 8637 Affidavit H. Buetefisch vom 16. 4. 1947, sowie NI 6786 Affidavit von Karl Krauch vom 16. 7. 1947.

44 HAB 335, 6, Nr. 53 und Nr. 74 Protokoll der Verhandlung vom 10. 3. 1948, Vernehmung von Heinrich Gattineau; Nr. 203 DBA III Beweis-Dokument NI 4833 Affidavit von H. Gattineau vom 13. 3. 1947; Nr. 655 Closing-Brief der Verteidigung für Gattineau, S. 12.

45 HAB Rep 320 (Reichsinnenministerium) Nr. 39, Schriftwechsel zwischen Freiherr von La Roche (Berlin-Anhaltinische Maschinenfabrik AG) der Reichskreditgesellschaft und Staatssekretär Grauert vom Mai und Juni 1933; hierzu: Rep 335, 6, Nr. 31 Verhör von Karl Krauch; Prof. Ubbelohde war Mitarbeiter von Staatssekretär Feder (Reichswirtschaftsministerium) und Frhr. v. La Roche gehörte der Leitung der Deutschen Gesellschaft für Erdölforschung an; Ubbelohde schlug ein Benzin-Schwelverfahren aus Erdöl und Teer vor, gegen dessen Einführung Krauch bei Feder intervenierte, nachdem sich Krauch im August 1933 mit Vögler sowohl über die weitere Zukunft der Hydrierung als auch der Konkurrenz-Situation beraten hatte; vgl.: G. Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, S. 663, wo Schulz die Relevanz des Benzinvertrages vom 14. 12. 1933, der im Ergebnis der Intervention von Krauch gegen Ubbelohde bei Feder abgeschlossen wurde, wesentlich überschätzt.

46 G. Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates a.a.O., S. 663 f.; ähnlich auch bei: Wolfgang Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933—1945, Berlin 1964.

47 HAB 335, 6, Nr. 211 Dokumentenbuch der Anklage XI, Beweis-Dokument NI 9826 Affidavit von Karl Krauch vom 20. 8. 1947.

zu empfehlen⁴⁸; einen entscheidenden Erfolg konnte er jedoch nicht erzielen, obgleich sich Göring und Milch für die Vorschläge von Krauch sehr aufgeschlossen zeigten. Sie erbatn sich nur ihre schriftliche Fixierung. Krauch ließ daraufhin eine Denkschrift erarbeiten, die er am 14. 9. 1933 an Milch übersandte. In ihr regte er die Ausarbeitung eines Vierjahresplanes an, in dessen Zeitraum die deutsche Chemie-Industrie so weit ihre synthetische Produktion ausgebaut haben könnte, daß die Aufrüstung in wichtigen Grundprodukten autark und somit von der Devisenlage unabhängig wäre⁴⁹. Doch so sehr sich Göring und Milch für die Vorschläge von Krauch einsetzten, erreichten die Vertreter der IG Farbenindustrie AG lediglich den beschiedenen Abschluß eines „Benzinvertrages“ am 14. Dezember 1933 mit dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder, in dem ihnen durch die Zusicherung einer staatlich garantierten Abnahme von 1000 000 t synthetischer Treibstoffe wenigstens der weitere Ausbau der recht aufwendigen Hydrieranlage ermöglicht wurde⁵⁰. Feder wurde jedoch sofort suspendiert, als Schacht im August 1934 auch zum Reichswirtschaftsminister avancierte⁵¹. Schacht behandelte den weiteren Ausbau der synthetischen Produktionskapazitäten der IG Farbenindustrie AG sehr dilatorisch und lehnte für sie staatliche Anleihen ab, die der Schwerindustrie, so u. a. dem Krupp-Konzern⁵² und den Vereinigten Stahlwerken AG⁵³ zur

48 HAB 335, 6, Nr. 202 DBA II Beweis-Dokument NI 5197 Verhör Georg von Schnitzlers vom 24. 9. 1945; dazu: Nr. 203 Beweis-Dokument NI 6767 Vernehmung Karl Krauch vom 16. 4. 1947; und Nr. 218 DBA XIX Beweis-Dokument NI 5930 Schreiben von Vögler an Krauch vom 10. 8. 1933.

49 HAB 335, 6, Nr. 206 BDA VI Beweis-Dokument NI 4718 Schreiben von Krauch an Milch vom 14. 9. 1933 mit der Anlage: Abhandlung über die deutsche Treibstoffwirtschaft (von W. Tréue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller, S. 499, hier wird die Denkschrift — wie viele andere Fakten in diesem Aufsatz — falsch datiert).

50 W. Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, S. 819 f.; HAB 335, 6, Nr. 201 DBA I Beweis-Dokument NI 6524 Affidavit K. Krauch vom 29. 4. 1947; Nr. 205 DBA V Beweis-Dokumente: NI 7123 Niederschrift einer Besprechung im Reichsluftfahrtministerium vom 15. 9. 1933, NI 881 Benzin-Vertrag vom 14. 12. 1933, der von Feder, Schwerin-Krosigk, Bosch und Schmitz unterzeichnet wurde, nebst Anlagen, NI 319 Schreiben von Bosch an Feder vom 14. 12. 1933 betreffs der §§ 3 und 4 des Benzin-Vertrages, NI 320 Aktennotiz (RK 14390 II) über die Vorlage des Vertrages bei Hitler.

51 National Archives of the United States, Alexandria/Washington, Microfilmcopy T 175 Roll 194 Akten des Reichssiedlungskommissars Staatssekretär Feder, Schreiben von Feder an Hitler vom 6. 8. 1934 und Schreiben von Lammers an Feder vom 8. 8. 1934.

52 ADB Nr. 4477 Friedrich Krupp AG Bd. 1 Generalsekretariat; Mosler/Schlitter, Schriftwechsel; Kredite für Krupp; dazu: HAB 335, 10, Nr. 177 DBA IX B Beweis-Dokumente NIK 1042 Niederschrift F. K. Gruson vom 21. 10. 1938, NI 3512 Affidavit von Walter Warlimont, NIK 12871 Vereinbarung zwischen Krupp und dem Reichskriegsministerium vom 12. 7. 1935; Nr. 180 DBA XI Beweis Dokument NI 1284 Bericht der Direktion von 1937/1938; die Entwicklung des bilanzierten Reingewinns nahm folgenden Ver-

Verfügung standen. Solche Anleihen wurden aber für den Aufbau der Buna-Produktion und der Hydrierung unumgänglich, da infolge des 1934 erlassenen Kapitalanlagegesetzes der öffentliche Wertpapiermarkt für staatliche Zwecke reserviert und der private Kapitalmarkt von Schacht über die Reichsbank eingeeignet worden war. Statt dessen ließ Schacht unter seiner Regie eine Braunkohlen-Benzin AG gründen, an der sich die IG Farbenindustrie AG nur mit 13% beteiligen durfte.

Im Frühjahr nahmen Schacht und andere Wirtschaftsführer an, daß sich das nationalsozialistische Regime innen- und außenpolitisch soweit konsolidiert habe, daß man ohne Gefahr von der verdeckten zur offenen Militarisierung übergehen könne. Am 26. 2. 1935 verkündete deshalb Göring öffentlich den Aufbau einer deutschen Luftwaffe, wenige Wochen später erließ Hitler das Gesetz „Über den Aufbau der Wehrmacht“ (16. 3. 1935) und Schacht legte am 3. 5. 1935 sein Memorandum „Finanzierung der Rüstung“ vor⁵⁴, worauf ihn Hitler zum „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft“ berief. Drei Wochen später, am 21. 5. 1935, wurde das Wehrpflichtgesetz erlassen und der geheime Reichsverteidigungsrat gebildet. Damit glaubte Schacht seine schon im August 1934 im „Neuen Plan“⁵⁵ festgelegten Grundsätze der korrelativen Entwicklung von Binnenkonjunktur und Rohstoffimport für das Wehrprogramm erfolgreich durchsetzen und gleichzeitig gegenüber den Kritikern seiner Rüstungspolitik aus dem Lager der Chemie-Industrie seine Prioritätsposition weiter festigen zu können. Doch gerade jene Maßnahmen, die dem weiteren Ausbau der Vormachtstellung der montanen Schwerindustrie gegenüber der Chemie und Elektroindustrie dienen sollten, wurden zum Debakel. Es hatten sich dabei keineswegs „schwerwiegende Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft“ vollzogen, sondern die Schacht'sche Konzeption der Aufrüstung und ihrer Finanzierung geriet in jene unvermeidbare Krise, in die jede Abenteuerpolitik geraten mußte. Das Dilemma wurde noch verstärkt, als im Sommer 1935 trotz der spektakulären „Ernteschlacht“ Darrés die Volksernährung infolge einer Mißernte aus dem eigenen Aufkommen nicht gedeckt werden konnte. Darré verlangte daraufhin von Schacht Devisen für Lebensmittelimporte, die dieser aber nicht bereit war der Rüstungswirtschaft zu entziehen⁵⁶. In dem so einsetzenden Streit

lauf: 1932/33 werden 3,1 Mill. RM ausgewiesen, 1933/1934 sind es 6,6 Mill. RM, 1934/35 10,3 Mill. RM und 1935/36 15 Mill. RM.

53 ADB Nr. 4711 Vereinigte Stahlwerke AG Bd. 3 Generalsekretariat; Mosler/Schlitter, Schriftwechsel; Kredite für Vestag.

54 IMT Bd. XXVII Beweis-Dokument PS 1168.

55 W. Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, S. 819 f.; dazu: Arthur Schweitzer, Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964; A. Schweitzer, Organisierter Kapitalismus und Parteidiktatur, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft 1959; Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler, Hamburg-Stuttgart 1948.

56 HAB 335, 6, Nr. 31 Zeugenaussage von K. Krauch; dazu Nr. 226 DBA XXIV Beweis-Dokument NI 6768 Protokolle der Vernehmungen von

zwischen Schacht und Darré um die Priorität der Sicherung der Ernährung der Bevölkerung oder der Rüstungswirtschaft spiegelte sich die Niederlage der Schacht'schen Rüstungspolitik eklatant wider. Als Ausweg schlug Schacht vor, das Tempo der Kriegsvorbereitung zu drosseln und dafür den Export zu forcieren, um für die weitere Rüstung die erforderlichen Devisen zu erlangen, wozu er die günstige Weltmarktsituation auszunutzen gedachte⁵⁷.

Es gab nur einen volkswirtschaftlich sinnvollen Ausweg: auf jede weitere Rüstungsproduktion zu verzichten. Doch mit diesem Ausweg waren beide Gruppierungen des Oligopols nicht einverstanden. Während Schacht einen Umweg in der Aufrüstung gehen wollte, betrachteten seine Rivalen die vieldiskutierte Devisen- und Rohstoff-Krise als jene günstige Gelegenheit, um ihre eigene Konzeption erneut anzubieten und zu versuchen, über ihre Durchsetzung die 1933 verloren gegangene Prioritätsposition im Oligopol zurückzugewinnen und selbst fortan die Grundlinien nationalsozialistischer Entwicklung zu bestimmen.

Die Verschiebung innerhalb der Machtverhältnisse des Oligopols begann mit der Legalisierung des Aufbaus der Luftwaffe. Göring und Milch erhielten einen eigenen Etat und damit neue Möglichkeiten, die Luftrüstung ohne den Umweg über Schachts Dienststellen in einem potenzierten Umfang zu finanzieren. Als Krauch im Sommer 1935 wiederum bei Milch auf eine baldige Realisierung seiner Vorschläge drängte^{57a}, setzte Milch eine persönliche Unterredung zwischen Krauch und Göring an⁵⁸. In dieser Situation wird jedoch Göring von Hitler beauftragt, den Devisenstreit zwischen Schacht und Darré zu schlichten und gleichzeitig Maßnahmen zu prüfen, wie sowohl die Ernährung als auch der Rohstoffimport für die Kriegsrüstung zu

Karl Krauch am 20. 9., 27. und 28. 9. 1945 durch Bernard Glaser und John Purcell; Nr. 212 DBA XII Beweis-Dokument NI 5187 Affidavit Ter Meer vom 15. 7. 1947 mit dem Statement by Geheimrat Dr. Hermann Schmitz vom 17. 9. 1945 über die Zusammenarbeit der IG Farbenindustrie AG mit der NSDAP, sowie Gegenerklärungen von Ter Meer vom 30. 3. 1946 und Georg von Schnitzler vom 20. 6. 1946; Fall 11 Nr. 550 DBA 101 Beweis-Dokument NID 12213 Affidavit Richard-Walther Darré vom 29. 10. 1947.

57 Hierzu: A. Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, S. 538 ff.; D. Eichholtz, *Monopole und Staat in Deutschland 1933—1945*, in: *Monopole und Staat in Deutschland 1917—1945*, Berlin 1966, S. 37 ff.; W. Treue, *Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik*, S. 497 ff.

57a HAB 335, 6, Nr. 206, Beweis-Dokument NI 4718 Schreiben von Milch an Krauch vom 23. 7. 1935, Schreiben von Krauch an Milch vom 29. 7. 1935; Nr. 218, Beweis-Dokument NI 5933 Schreiben von Krauch an Milch vom 16. 8. 1935.

58 HAB 335, 6, Nr. 8 Protokoll der Verhandlung vom 19. 9. 1947, Verhör von General von Hanneken (Chef des Stabes im Heereswaffenamt und danach Generalbevollmächtigter für Eisen- und Stahlwirtschaft in der Vierjahresplanbehörde); Nr. 33 Protokoll der Verhandlung vom 15. 1. 1948 Zeugenaussage von Erhard Milch; Protokoll der Verhandlung vom 16. 1. 1948 Kreuzverhör von Karl Krauch.

sichern sei⁵⁹. Mit der Krise der von Schacht vertretenen Rüstungskonzeption der montanen Schwerindustrie konnte im Machtkartell die nationalsozialistische Führungsspitze nunmehr eine gewisse Eigen gewichtigkeit dadurch erlangen, daß mit der Krise der Schacht'schen Konzeption eine Führungskrise im Oligopol ausbrach, wodurch die Führungsfunktion der Großindustrie geschwächt wurde und Hitler einen größeren Entscheidungsspielraum gewann⁶⁰, in den hinein die Manager der IG Farbenindustrie AG als Repräsentanten ihrer Finanz-Industrie-Gruppe mit einer Konzeption stießen, die eine reale Chance zur Überwindung der Devisen- und Rohstoffkrise sogar bei einer weiteren Forcierung des Rüstungstempos anbot. Während Bosch und Krauch im Dezember 1935 bei einem Besuch im Reichsluftfahrtministerium (am 16. und 12. 12. 1935)⁶¹ jene Grundgedanken nochmals darlegten, erläuterte sie Hermann ter Meer am 21. 1. 1936 in einem Schreiben dem Wirtschaftsberater Hitlers, Wilhelm Keppler⁶². Wenige Wochen später erklärte dann auch der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im Reichskriegsministerium, Oberst Thomas, in einer geheimen Aufzeichnung (vom 9. 3. 1936), daß es keinen anderen Ausweg als eine Forcierung der gesamten synthetischen Produktion gäbe⁶³. Göring, der im März 1936 Hitler über den Stand seiner Bemühungen berichtete, erhielt daraufhin den erweiterten Auftrag, prinzipielle Vorschläge zu erarbeiten, wie die deutsche Wirtschaft für die weitere Kriegsrüstung krisenfest gemacht werden könnte. Er wurde dazu am 4. 4. 1936 zum Rohstoff- und Devisenkommissar ernannt und mit entsprechenden Vollmachten ausgerüstet. Auf Vorschlag von Milch holte sich nun Göring für seinen neuen „Stab“ Karl Krauch, der für diesen Zweck von Hermann Schmitz als dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der IG Farbenindustrie AG freigestellt wurde⁶⁴. Göring bildete auf der Sitzung des Ministerrates am 12. 5. 1936 einen Gutachterausschuß zur Rohstoff- und Devisenlage, dem neben Göring und Schacht, Blessing, Thyssen, Flick und Voegler,

59 HAB 335, 6, Nr. 31 Zeugenaussage von Karl Krauch; dazu: Nr. 218 Beweis-Dokument NI 6525 Affidavit von Karl Krauch vom 22. 4. 1947.

60 Zur Problematik des „Entscheidungsspielraumes“ wird von Mason und auch von R. Gripenburg und K. H. Tjaden (Faschismus und Bonapartismus, in: Das Argument Nr. 41, Heft 6/1966 S. 463) auf K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1950 (in: K. Marx/F. Engels, Werke Bd. 7, Berlin 1960, S. 9—107) und auf K. Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (in: K. Marx/F. Engels, Werke Bd. 8, Berlin 1960, S. 111 bis 206) verwiesen, wobei sie — wie noch zu beweisen sein wird — Marx punktuell ausdeuten (vgl. Fußnote 88 a).

61 HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument NI 5932 Schreiben von Krauch an Milch vom 20. 12. 1935.

62 HAB 335, 6, Nr. 8, Beweis-Dokument NI 7241 Affidavit von Ernst A. Struss (Chef des TEA-Büros der IG Farbenindustrie AG von 1926—1945).

63 HAB 335, 6, Nr. 226, Beweis-Dokumente PS 1301.

64 HAB 335, 6, Nr. 31 Zeugenaussage von K. Krauch; Nr. 203 Beweis-Dokument NI 6767 Vernehmung von Karl Krauch vom 16. 4. 1947; Nr. 218, Beweis-Dokument NI 10386 Affidavit von Paul Koerner vom 29. 8. 1947.

Krosigk, Popitz und Trendelenburg vor allem Pleiger, Keppler, Kehrl, Schmitz und Wagemann angehörten⁶⁵. In der Debatte der Sitzung des Ausschusses am 26. 5. 1936 forderte Schacht nochmals nachdrücklich die Finanzierung der erforderlichen Rohstoffimporte durch eine entsprechende Exportintensivierung, während Schmitz, von Göring und Keppler assistiert, demgegenüber den Ausbau der synthetischen Produktion verlangte⁶⁶. Nach einer persönlichen Unterredung zwischen Schmitz und Göring im Anschluß an die Sitzung des Gutachterausschusses entschied der Ministerrat am folgenden Tag in seiner Sitzung, an der neben Göring, Blomberg, Krosigk, Popitz und Loeb auch Schacht teilnahm, eine Konzeption für die „Ersatzstoff-Frage“ auszuarbeiten⁶⁷. Gegen diesen Beschluß legte nun Schacht in einem Memorandum an Hitler schärfsten Protest⁶⁸ ein, ohne daß Hitler es beantwortete. Im Gegenteil, nach einer Beratung am 15. 6. 1936 mit Vertretern der IG Farbenindustrie AG in Görings Rohstoff- und Devisenstab⁶⁹ arbeitete das Krauch-Team einen „Bericht zur Lage“ aus, den Göring am 15. 8. 1936 bei Hitler vortrug⁷⁰. „Unter Verwendung des Krauchschen Berichts“, schreibt Eichholtz, stellte nun Hitler „in wenigen Tagen seine bekannte Vierjahresplandenkschrift⁷¹ zusammen.“ So ist es nicht erstaunlich, daß bereits am 4. 9. 1936 Göring diesen Plan noch „streng geheim“ auf einer Ministerratssitzung als „Denkschrift Hitlers“ erläutern konnte⁷². Nochmals versuchte Schacht sein Veto einzulegen. Am 8. 9. 1936 rief er Thomas an und bat ihn, über Blomberg Hitler zu veranlassen, den von den IG Farben-Vertretern und Göring ausgearbeiteten Vierjahresplan nicht zu verkünden⁷³. Doch die Entscheidung Hitlers war gefallen. Er akzeptierte die ihm von Schachts Rivalen übergebene Konzeption der Forcierung der Rüstungspolitik und verkündete am folgenden Tag auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg spektakulär den neuen Vierjahresplan.

Die Führer der NSDAP versuchten nun in der Folgezeit,

65 HAB 335, 6, Nr. 218 und Nr. 226, Beweis-Dokument PS 1301 mit dem Protokoll der Sitzung des Ministerrates vom 12. 5. 1936.

66 HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument NI 5380 Protokoll der Sitzung des Gutachter-Ausschusses über Rohstoff-Fragen vom 26. 5. 1936.

67 HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument PS 1301 mit dem Protokoll der Sitzung des Ministerrates vom 27. 5. 1936.

68 HAB 335, 6, Nr. 219 DBA XIX Beweis-Dokument NI 4955 Memorandum von Hjalmar Schacht an Hitler zum beabsichtigten Vierjahres-Plan.

69 HAB 335, 6, Nr. 8, Beweis-Dokument NI 7241 und NI 7625 Schreiben von Göring an den Vorstand der IG Farbenindustrie AG vom 16. 6. 1936.

70 D. Eichholtz, Monopole und Staat, S. 40—41.

71 Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte Heft 2/1955, S. 184—210; HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument NI 4955 Affidavit von Albert Speer vom 22. 8. 1945.

72 HAB 335, 6, Nr. 218, Beweis-Dokument EC 416 Niederschrift der Sitzung des Ministerrates vom 4. 9. 1936.

73 HAB 335, 6, Nr. 226, Beweis-Dokument NI PS 1301 mit der Aktennotiz von Thomas vom 8. 9. 1936.

ihre errungene Position einer Eigengewichtigkeit zu erhalten und beide Industrie-Finanz-Gruppen des Oligopols auch weiterhin gegenseitig auszuspielen und in einem status quo zu halten. Sie strebten daher keine Entscheidung an, die eine eindeutige Machtverschiebung erleichtern und damit wieder die Prioritätsstellung einer Gruppe etablieren würde. Wie es schien, sollten sie damit vorerst auch Erfolg haben. Schacht blieb weiterhin Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister, nur Göring wurde analog zu Schachts Stellung als Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft nun selbst zum Bevollmächtigten für den Vierjahresplan berufen und bildete ein für die Industrie sehr wesentliches „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“, dem Koerner als Staatssekretär vorstand. In diesem Amt waren nahezu 90 % der Angestellten ehemalige Mitarbeiter aus den Büros der IG Farbenindustrie AG⁷⁴, und Karl Krauch übernahm die Leitung der Abteilung „Entwicklung und Forschung“. Die IG Farbenindustrie AG hatte damit als Repräsentantin ihrer Gruppierung eine entscheidende Schlüsselposition in die Hand bekommen.

Tim Mason bemerkt richtig, daß fortan die Schwerindustrie nicht mehr behaupten konnte, „daß ihre Interessen denen des deutschen Imperialismus schlechthin gleich waren“; daß ferner die Aufrüstung, für die sie seit 1919 gekämpft hatte, „dank des technischen Fortschritts jetzt zu ihrem Schicksal wurde“. Mason irrt jedoch, wenn er annimmt, daraus nun die Schlußfolgerung ziehen zu können, daß durch die „Krise“ von 1936 ein autonomer politischer Bereich mit eigenen Gesetzmäßigkeiten entstanden sei und damit zum Primat der nationalsozialistischen Politik über die Wirtschaft führte. Ähnlich wie er argumentiert auch Treue⁷⁵, der nun Hitler die Absicht zuschreibt, mit diesem „zweiten“ Vierjahresplan den Privatkapitalismus organisieren und schließlich in einen Staatskapitalismus transformieren zu wollen⁷⁶. Während jedoch Treue — ganz offensichtlich wider bessere Kenntnis — behauptet, daß in allen bekannten Akten „eine irgendwie geartete Einflußnahme der Industrie auf die Entscheidungen im Frühjahr 1936 nirgendwo festzustellen“ sei, scheint Mason allerdings einigen Trugschlüssen zu unterliegen. Mit der neuen Orientierung ging keinesfalls „eine geschlossene und einheitliche politische Willensbildung und Interessenvertretung des

74 HAB 335, 6, Nr. 15 Protokoll der Verhandlung vom 16. 10. 1947 Zeugenaussage von Paul Koerner; Nr. 31 Protokoll der Verhandlung vom 12. 1. 1948; Nr. 32 Protokoll der Verhandlung vom 13. 1. 1948; Nr. 33 Protokoll der Verhandlung vom 16. 1. 1948; Nr. 34 Protokoll der Verhandlung vom 19. 1. 1948; Verhör. Zeugenaussage und Kreuzverhör von Karl Krauch.

75 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin Nr. 1314 Kaderakte von Dr. habil Wilhelm Treue; Treue war 1933 der SA beigetreten und arbeitete nach seiner Habilitation an kriegswichtigen Forschungen im Oberkommando der Marine; in seinem zitierten Aufsatz (Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller) verzichtet er nicht nur auf Quellenbelege, sondern auch auf exakte Zahlen- und Datenangaben, womit seine Ausführungen selbst qualifiziert sind.

76 W. Treue, Die Einstellung, S. 505 f.

deutschen Kapitals zu Ende“, die es als politisch-ökonomische Homogenität ja nie gegeben hat. Auch führten jene Ereignisse des Jahres 1936 nicht zur „Zersplitterung der wirtschaftlichen Macht der Industrie“ und kein „kollektives Interesse der herrschenden Klassen (der Plural hierbei ist falsch!) löste sich in einem Firmenantagonismus auf“. Solche Mutmaßungen Masons widersprechen den historischen Vorgängen und dem Gesamtverhalten der deutschen Industriellen und Bankiers. Sie basieren einerseits auf einer Überbewertung der Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse und andererseits auf einer Bewertung der Periode des Gleichgewichts als einer stabilen Kontinuität. Mason übersieht dabei, daß die zwischen den Finanz-Industrie-Gruppen bestehenden Rivalitätsprobleme in der Führungssproblematik der Gesamtklasse, in der Erarbeitung einer entsprechenden Optimaltaktik und -methodik, sowie auch in einzelnen Details der imperialen Zielstellung niemals einen intransigenten Charakter annahmen, weil sie die gemeinsame sozioökonomische Basis der Klassenherrschaft nicht verlassen konnten; und schließlich erkennt er nicht die Dynamik dieser Rivalitäten, die, auf den Gesetzen der Konkurrenz basierend, zu einem finish führen muß, das jedes Gleichgewicht schließlich aufhebt und wieder eindeutig eine Führungsgruppe etabliert.

Schacht widersetzte sich auch weiterhin einem großen Teil der vorgeschlagenen Ausdehnung der Produktionsmöglichkeiten in bezug auf die synthetischen Stoffe und deren Finanzierung, weil sie seiner Ansicht nach unrentabel waren. Er drängte darauf, die Politik von Krauch und Göring aufzugeben, die er beide persönlich für volkswirtschaftliche Analphabeten hielt⁷⁷. Seinen Widerstand, dem sich folgerichtig auch einige Industrielle der montanen Schwerindustrie anschlossen, apostrophiert nun Treue als „mutige Gegnerschaft zum Nationalsozialismus“. Die Haltung von Schacht brachte, so schreibt Treue, Vögler zum „Nachdenken über den Nationalsozialismus“, machte Poengen zum Gegner und bestärkte selbst Fritz Thyssen zur aktiven Gegnerschaft. Schachts Gegnerschaft, meint Treue naiv, war ebenso geschickt getarnt, wie sie energisch betrieben wurde, denn sie blieb stets hinter einer äußerlichen Loyalität versteckt. „Bedenken“, „Sorgen über Schwierigkeiten“ und „Kritiken an mangelnder Qualität“ führt Treue als Kriterien dieses industriellen „Widerstandes“ an⁷⁸. Sachlich analysiert, läßt dieser „Widerstand“ jedoch jede intransigente Tendenz in Bezug auf den Nationalsozialismus vermissen und reduziert sich schlicht auf eine Form des Konkurrenzkampfes beider Gruppierungen des Oligopols.

Eine Zuspitzung der heftigen Auseinandersetzungen beider Gruppierungen ergab sich durch die im Sommer 1937 erfolgte Gründung der Reichswerke AG „Hermann Göring“ für Bergbau und Hüttenbe-

77 HAB 335, 6, Nr. 203 Beweis-Dokument NI 406 Vernehmung von H. Schacht vom 20. 7. 1945.

78 W. Treue, Die Einstellung, S. 501 f.

triebe⁷⁹. Dabei ging es darum, wie die Chemie- und Elektroindustrie um die Deutsche Bank AG als ihrem Finanzzentrum⁸⁰ der montanen Schwerindustrie als Konkurrenten auf deren eigenem Gebiet Paroli bieten konnte. Die exponierten Vertreter der Schwerindustrie empfanden diesen Schlag als unlautere Konkurrenz und waren dann arg verbittert, als jetzt 'zig Millionen-RM-Subventionen an die Reichswerke und an die Chemie-Industrie zum Ausbau der neuen Produktionsstätten in Salzgitter, in Buna und in Huels flossen⁸¹. Wenn auch Krupp nochmals einen Millionen-RM-Rüstungskredit erhielt⁸² so mußte sich doch die montane Schwerindustrie von nun an im wesentlichen über die Selbstfinanzierung helfen, während die Chemie-Industrie und auch die Reichswerke AG die staatlichen Subventionskredite vereinnahmten.

Trotz aller Hindernisse von Schacht dehnte die Gruppierung Krauch-Göring ihren Einfluß über die Mob-Planung⁸³ mit Hilfe des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe und des Wehrwirtschaftsstabes im Reichskriegsministerium schnell aus. Was der Chemie- und Elektro-Gruppierung durch die Offensive von Schacht nach dem 30. 1. 1933 verloren gegangen war, ihre Priorität im Oligopol, erlangte sie jetzt, im Sommer 1937, schnell zurück: sie überwand das Schacht'sche Displacement und besetzte wieder schrittweise die wichtigsten Positionen in den staatlichen Wirtschaftsorganen und schließlich auch in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, als statt Ewald Heckert nun der mit der Deutschen Bank AG eng liierte Albert Pietzsch die Leitung der Reichswirtschaftskammer übernahm⁸⁴. Als

79 ADB Nr. 4551 Reichswerke Hermann Göring AG Bd. 1 (Generalsekretariat; Kimmich, Schriftwechsel vom 25. 7. 1937 bis 10. 6. 1942; Unterlagen über den Konkurrenzkampf zwischen der Deutschen Bank AG und der Dresdner Bank AG über die Finanzierung der Reichswerke, Schriftwechsel zwischen Pleiger, Kimmich, Flick und Peter Klöckner.

80 Hierzu: E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil I).

81 ADB Nr. 4376 IG Farbenindustrie AG Bd. 5 Generalsekretariat; Mosler, Schriftwechsel 1937 bis 1938, Anleihen der IG Farbenindustrie AG nach 1938, z. B. die 100 Mill. RM-Anleihe von 1938, in deren Konsortium die Gruppe Deutsche Bank/Berliner Handelsgesellschaft 33 % die Führung übernahm; HAB 335, 6, Nr. 206, Beweis-Dokument NI 8320 Dokumentation über die Entwicklung von Buna für Dr. Weissbrodt vom 11. 4. 1947.

82 ADB Nr. 4477 Friedrich Krupp AG Bd. 1 Generalsekretariat; Kredite für Krupp; im Jahre 1936 erhält Krupp noch eine 60 Mill.-RM-Anleihe zu 4,5 %, im Jahre 1937 eine weitere 10 Mill.-RM-Anleihe zu 10 % und 1939 nochmals 40 Mill. RM; während Krupp im Jahre 1938/39 23 Mill. RM bilanzierten Reingewinn ausweist, zeigt die Bilanz der IG Farbenindustrie AG bereits 56 Mill. RM Reingewinn an, der bei ihr bis 1941 sogar noch auf 72 Mill. RM ansteigt (Nr. 4376 Bd. 7 Generalsekretariat; Abs, Prospekte/Bilanzen).

83 HAB 335, 6, Nr. 208 DBA VIII Beweis-Dokument NI 8637 Vernehmung Heinrich Buetefisch vom 16. 4. 1947.

84 Albert Pietzsch wird wenige Jahre später stellvertretender Vorsitzter des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG.

wichtigste Zäsur dieser Entwicklung muß der Rücktritt von Schacht am 16. 11. 1937 bewertet werden, der sich schon nach dem Briefwechsel im August 1937⁸⁵ anbahnte und der sich deutlich abzeichnete, als Schacht kurze Zeit darauf, am 5. 9. 1937, seinen Urlaub antrat.

Ein Jahr nach der Bildung des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe war jene Machtverschiebung im Oligopol, die mit dem Gleichgewicht der Finanz-Industrie-Gruppen eingeleitet worden war, endgültig zugunsten der IG-Farben-Gruppierung abgeschlossen. Der Chemie- und Elektro-Komplex etablierte sich als neue Führungsgruppe im Machtkartell.

War es vor 1933 die montane Schwerindustrie gewesen, die am entschiedensten die faschistische Diktatur und über sie die militante Aggression anstrebte, übernahm diese Funktion nunmehr die Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie, während die montane Schwerindustrie in eine Partnerposition gedrängt wurde. Es war mithin nicht „Hitlers Weg“, der zur Kriegsauslösung von 1939 führte, sondern es blieb der Weg der deutschen Großindustrie. In den Jahren 1936 und 1937 vollzogen sich keine „„schwerwiegenden Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft“, die zur Herausbildung eines „autonomen politischen Bereichs mit eigenen Gesetzmäßigkeiten“ geführt hätten, so daß die „Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief“. Was sich in jenem Jahr abspielte, war kein Strukturwandel, sondern eine eindeutige Machtverschiebung im Oligopol, ein Führungswechsel mit dem eindeutigen Ziel, die nationalsozialistische Aufrüstung auf einer autonomen Wirtschaftsgrundlage zu beschleunigen. Das war ausschließlich Sinn und Zweck der eingeleiteten Vierjahresplan-Politik⁸⁶, die von den Managern der Chemie-Industrie ausgearbeitet worden war und von seiten der anderen Industrie-Gruppen Unterstützung fand. Die neue Führungsgruppe übernahm nun die Gesamtrepräsentanz der herrschenden Klasse und bestimmte in den folgenden Jahren die Grundlinien der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik.

Dieser Prozeß eines Führungswechsels stellt kein Novum dar. Er gehört zum essentiellen Bestandteil einer monopolen Kapital-Konkurrenz-Wirtschaft. Wenn Mason annimmt, aus seiner unexakten Analyse heraus auf eine „Zersplitterung der wirtschaftspolitischen

85 HAB 335, Fall 11, Nr. 633 DBA 170 A Beweis-Dokument EC 493 Schreiben von Hermann Göring an H. Schacht vom 22. 8. 1937.

86 IMT Bd. IX Aussage von H. Göring, S. 319—320; dazu: HAB 335, 6, Nr. 219 Beweis-Dokument NI 5955 Affidavit P. Koerner vom 24. 1. 1947 über die Reden von Hitler und Göring vor Großindustriellen am 17. 12. 1936; Nr. 220 DBA XX Beweis-Dokument NI 051 Wortlaut der Rede von H. Göring vom 17. 12. 1936; Nr. 226 Beweis-Dokument R 140 Karinhall-Plan vom 8. 7. 1938; sowie Nr. 202 Beweis-Dokument NI 5917 Affidavit von Georg von Schnitzler vom 4. 3. 1947 mit dem Vernehmungsprotokoll vom 11. 9. 1945.

Macht der Industrie“ schließen zu können, indem „die besitzenden Klassen^{86a} jeden Sinn eines kollektiven Interesses“ verloren hätten und sich schließlich das „kapitalistische Wirtschaftssystem weitgehend auflöste“, irrt er nicht nur, sondern er steht im krassen Widerspruch zu den historischen Tatsachen. Mason überschätzt damit den Wirkungsgrad der Konkurrenz und negiert die sozioökonomische Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse. Die in die Partnerposition gedrängte Gruppe der Schwerindustrie identifizierte sich — bis auf wenige Ausnahmen — jedoch sehr bald mit der Führungsgruppe, nicht nur um sich wirtschaftlich weiterentwickeln zu können, sondern vielmehr um Anteil zu nehmen am Profit- und Expansionsstreben. Das kam deutlich zum Ausdruck, als in den folgenden Monaten alle Großunternehmen nahezu ohne Ausnahme die Initiative bei der „Arisierung“ der Wirtschaft ergriffen⁸⁷ und zugleich die ökonomische Okkupation und politische Annexion außerdeutscher Gebiete forderten^{87a}. Nach der Besetzung Österreichs und der CSR drängte die montane Schwerindustrie ebenso wie die industrielle Führungsgruppe danach, die Industrien dieser Länder zu vereinnahmen und in die „reichsdeutsche“ Rüstungspolitik einzubeziehen⁸⁸.

Es bleibt unbestritten, daß gegenüber der Wirtschaft ein politischer Bereich mit relativierter Gesetzmäßigkeit existiert^{86a}, daß die poli-

86a Der von Mason gebrauchte Begriff „besitzende Klassen“ ist ein Beispiel für seine Begriffskonfusion; entweder schließt er sich dem anerkannten Klassenbegriff an oder er führt einen neuen Begriffsapparat ein, den er dann aber bestimmen muß, das unterläßt Mason.

87 E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil I).

87a HAB 335, 6, Nr. 255 DBA LII Beweis-Dokument NI 9289 Affidavit von Günther Frank-Fahle mit den Protokollen über die Sitzungen des Kaufmännischen Ausschusses zur Österreich- und CSR-Frage; ADB Nr. 5961 Deutsche Bank, Bd. 71 Kanzlei, Rheinisch-Westfälischer Beirat, Köln; Sitzungen der Protokolle von 1937 bis 1941 mit den Reden von Abs.

88 HAB 335, 11, Nr. 595 DBA 144 Beweis-Dokumente R 133 Vermerk über eine Besprechung vom 25. 7. 1939 über die Einbeziehung der Wirtschaft der CSR in das deutsche Kriegspotential, NID 14615 Denkschrift von Leopoldi Chmelá vom März 1946 über die wirtschaftlichen Methoden und Folgen der deutschen Besetzung der CSR, PS 998 Schriftsatz der Anklage T III Vernichtung des tschechischen Wirtschaftslebens; Nationalarchiv der USA, Microfilmcopy T 83/101 Akten der Dresdner Bank Nr. 117 A Denkschrift der Österreichischen Creditanstalt Wien vom 8. 11. 1945, dazu: HAB 335, 6, Nr. 255 Beweis-Dokument NI 10998 Affidavit Josef Joham, Verwalter der Österreichischen Creditanstalt Wien, vom 13. 9. 1947; und: ADB Nr. A 1 Bd. 20 Generalsekretariat; Abs, Persönlicher Schriftwechsel, Schriftwechsel zwischen Abs und Joham aus den Jahren 1939 und 1940.

88a Mason unterschätzt in der Problematik des „Entscheidungsspielraumes“ (vgl. Fußnote 60) bei der Auslegung von Marx die Erkenntnis, daß „die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei“ und vergaß jene anerkannte Gesetzmäßigkeit zu berücksichtigen, die Marx als Korrelat zwischen Basis und Überbau formulierte, in dem die Priorität der Basis zusteht; vgl.: K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: K. Marx/F. Engels, Werke Bd. 13, Berlin 1961, S. 8—9.

tische Einzelentscheidung über den taktisch günstigsten Moment der Auslösung der speziellen Annexionsaktionen in diesem politischen Bereich lag und im Detail unabhängig blieb von unternehmerischen Empfehlungen. Doch die Zielprojektion als Leitlinie der Aktivität dieses Bereichs war nicht nur abhängig von seiner sozioökonomischen Struktur, durch die Führungsgruppe des Oligopols repräsentiert, sondern wurde auch von ihr geprägt und ausgearbeitet. Sie bestand vor allem in der angestrebten Neuordnung des europäischen Kontinents⁸⁹ und in einer möglichen Neuaufteilung des Weltmarktes⁹⁰. Die volkswirtschaftlichen Abteilungen der Großkonzerne und der größten Privatbanken der Chemie- und Elektroindustrie entwarfen als Voraussetzung einer Erreichung dieses Zieles die Konzeption des Wirtschaftskrieges⁹⁰. Allein die Expansionsrichtung Südost-Europa wurde beispielsweise von der IG Farbenindustrie AG im Bürokomplex IG Berlin NW 7, der unter der Leitung von Max Ilgner stand⁹¹, in einem „konzertierten“ Zusammenwirken mit Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank AG über den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag e.V. — der als Planungsstab für die interessierten Konzerne fungierte — entworfen⁹². Hier trafen sich die Vertreter der Mannesmann Röhrenwerke AG mit denen der Siemens-Gruppe, der AEG, der IG Farbenindustrie AG, der Deutschen Bank und der Carl-Zeiss-Stiftung Jena unter dem Vorsitz des Krupp-Schwagers Thilo von Wilmowski⁹³. Der gleiche Kreis führender Industrieller entwarf auch

89 Hanns-Jochen Hauß/Reinhard Opitz, Zu Karl Schillers Werdegang, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 5/1967, S. 454 ff., dazu: ADB Nr. A 1 Bd. 25 Gesellschaft für europäische Großraumwirtschaft und Wirtschaftsplanung; HAB 335, 6, Nr. 247 DBA ILII Beweis-Dokument NI 1332 Postbesprechungsprotokoll des Büros IG Berlin NW 7 vom 23. 7. 1940 über den Stand der Arbeiten zur Frage der Großraumwirtschaft; Nr. 253 DBA LI Beweis-Dokument NI 4897 Schreiben Georg Schnitzlers vom 24. 6. 1940 zur Vorbereitung der Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG am 28. und 29. 6. 1940 über die Neugestaltung Europas.

90 DZAP Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, Nr. 68758 Handakte Clodius, Wirtschaftskrieg 1940—1945; HAB 335, 6, Nr. 249 DBA XLIX Beweis-Dokumente EC 14 Vorbereitung des deutschen Wirtschaftskrieges (1937) und NI 10577 Vertraulicher Bericht des US-Justiz-Departement vom 10. 8. 1944 über den Wirtschaftskrieg der IG Farbenindustrie AG.

91 HAB 335, 6, Nr. 224 DBA XXII Beweis-Dokument NI 6087 Niederschrift der 43. Sitzung des Kaufmännischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG vom 23. 9. 1941 unter Leitung von Max Ilgner über die Gründung eines Südost-Ausschusses der IG Farbenindustrie AG; Nr. 249 Beweis-Dokumente NI 8149 Affidavit Hans Bannert vom 19. 5. 1947; dazu: Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1950.

92 ADB Nr. 6443 Mitteleuropäischer Wirtschaftstag e. V. Bd. 2 Generalsekretariat; Abs, Schriftwechsel 1938—1941; Streng vertrauliche Denkschrift vom Februar 1940 über eine deutsche Kapitalpolitik in Südost-Europa; Abs wird Mitglied des Kuratoriums des MWT.

93 Thilo von Wilmowski, Rückblickend möchte ich sagen ... Oldenburg/Hamburg 1961, S. 189 ff.; HAB 335, 6, Nr. 731 DBV für Ilgner VIII Eidesstattliche Erklärung von Thilo von Wilmowski vom 16. 1. 1948; Rede von

nach Ausbruch des Krieges detaillierte Kriegszielvorstellungen. Hermann Josef Abs, der schon 1938 für die Gesamtokkupation der ČSR eingetreten war⁹⁴, hatte am 9. 5. 1940 in einer Rede vor dem Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen zur Sicherung der weiteren Kriegsfinanzierung die vordringliche Vereinnahmung der südosteuropäischen Völker in die deutsche Kriegswirtschaft gefordert, weil dort der Devisenbestand, der für die weitere Kriegsführung so dringend benötigt wurde, nirgends eine nennenswerte Einbuße erlitten habe, sich teilweise sogar noch im Steigen befände, und weil außerdem diese Länder über jene unentbehrlichen Güter verfügten, die — so H. J. Abs — „der deutsche Boden und der deutsche Erfindergeist nicht liefern könnte“⁹⁵. Wenn nun Mason meint, die Großindustriellen hätten sich mit dem Nationalsozialismus nur identifiziert um ihr Profitziel zu erreichen, verschiebt er leicht die Akzente. Um eine Maximierung ihrer Profite zu sichern, dirigierten und finanzierten sie die Hitler'sche Kriegspolitik. Sie bestimmten die Leitlinien und die Ziele der Aggression. Die IG Farbenindustrie AG⁹⁶, die Mansfeld AG⁹⁷, AEG⁹⁸ und die Manager der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena⁹⁹ legten in ausführlichen Dokumentationen ihre Kriegsziele fest. Abs war es, der am 17. 7. 1941 vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer diese Kriegszieldiskussion programmatisch zusammenfaßte und im Ergebnis eines nationalsozialistischen „Endsieges“ nicht nur die großindustriell-deutsche Vormachtstellung in Europa¹⁰⁰ beanspruchte, sondern auch Ostasien und Südamerika als

Max Ilgner vom 2. 9. 1940 mit der Forderung, Deutschland und die südosteuropäischen Länder müßten zusammen einen „Lebensraum“ bilden; hierzu: E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil II).

94 ADB Nr. 5961 Bd. 71, Rede von H. J. Abs vor dem Rheinisch-Westfälischen Beirat der Deutschen Bank in Köln am 31. 3. 1938.

95 ADB Nr. A 1 Bd. 30, H. J. Abs, Die finanziellen Rückwirkungen des Krieges auf die west- und mitteleuropäischen Länder, Berlin 1940.

96 HAB 335, 6, Nr. 254 DBA LI/2. Fassung Beweis-Dokument NI 11252, gedruckt bei D. Eichholtz, Die IG-Farben-Friedensplanung, Schlüsseldokumente der faschistischen „Neuordnung des europäischen Großraumes“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, Teil III Berlin 1966, S. 271 ff.; vgl. E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (II. Teil), S. 915 f.

97 Betriebsarchiv des VEB Mansfeld-Kombinat „Wilhelm Pieck“, Eisenleben, Akte Berlin Nr. 1100, Neuordnung der Wirtschaft, Schreiben von Fitzner an das Reichswirtschaftsministerium vom 19. 8. 1940.

98 Betriebsarchiv des VEB Transformatorenwerk „Karl Liebknecht“ Berlin Oberschöneweide, Akte Nr. 169, Neuordnung der Wirtschaft, Schreiben vom 18. 7. 1940.

99 Betriebsarchiv des VEB Carl Zeiss Jena, Akte Nr. W 54, Neuordnung der europäischen Wirtschaft (Juni 1940—Juli 1942), Geheimes Memorandum der Firma Carl Zeiss vom Juli 1940; hierzu: Wolfgang Schumann, Das Kriegsprogramm der Zeiss-Konzerne im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Heft 4/1963, S. 704 ff.

100 Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep 92, Nachlaß von Wolfgang Kapp, Nr. DV 5, Schriftwechsel von Kapp mit Claß und Hugenberg über ein „Europa-Programm“ als Folge eines deutschen Endsieges; hierzu: F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 217 ff., S. 304 ff. und S. 402 ff.;

Absatzgebiete¹⁰¹. Bemerkenswert bei dieser internen Veranstaltung war, daß Hitler aus seinem Hauptquartier einen Sondergesandten delegiert hatte¹⁰². Daß es folglich nach 1937 keine selbständige Machtposition der nationalsozialistischen Führung gegenüber der Großindustrie, dem Oligopol, gab, unterstreicht auch ein Briefwechsel zwischen Ley und Funk vom Frühjahr 1941. Staatssekretär Dr. Landfried hatte am 23. 5. 1941 auf einer Wirtschaftstagung vor Gauleitern und Gauwirtschaftsberatern der NSDAP über die „möglichen Formen einer privatkapitalistischen Planwirtschaft“ gesprochen und war in diesem Rahmen für eine stärkere Verstaatlichung der Monopole durch den nationalsozialistischen Staat (auch im Namen von Robert Ley) eingetreten¹⁰³. Doch wenige Tage später, am 3. 6. 1941, richtete Walther Funk, der übrigens engstens mit Abs befreundet war¹⁰⁴, einen scharfen Brief an Robert Ley und wies die Forderungen von Dr. Landfried als gegen den Willen des „Führers“ verstoßend und die Grundsätze des Nationalsozialismus verletzend zurück. Funk betonte in seinem Schreiben, daß vom Nationalsozialismus das Eigentum anerkannt werde und damit auch der freien Entwicklung aller Konzerne von Partei und Staat kein Hindernis entgegengestellt werden dürfe. Jede Konkurrenz, so argumentierte Funk, zwischen der Wirtschaft und der Partei oder dem Staatsapparat sei nicht nur unerwünscht, sondern geradezu gefährlich. Partei und Staat dürften nicht in die Wirtschaft eingreifen, im Gegenteil, sie müßte sich ihren Wünschen anpassen. Daher, kündigte Funk schließlich an, würden auch zur gegebenen Zeit die DAF-Betriebe, das Volkswagenwerk und selbst die Reichswerke „Hermann Göring“ reprivatisiert werden. Das oberste Gebot für den Nationalsozialismus sei, dozierte Funk, die Erhaltung der unternehmerischen Initiative und Leistung¹⁰⁵.

Der von den Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit als Propa-

ADB Nr. 6474, Reichswirtschaftskammer Bd. 1, Generalsekretariat; Abs, Schriftwechsel; Denkschrift von Richard Riedl, Vorsitz der Aufsichtsrates der Donau Chemie AG (deren Aktienmehrheit sich im Besitz der IG Farbenindustrie AG befand) über die Lösung der Bildung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses, Schreiben von Krüger an Abs vom 11. 10. 1940 und Schreiben von Abs an Krüger zur Studie von Riedl vom 15. 11. 1940, sowie: H. J. Abs, Die zukünftigen außenwirtschaftlichen Aufgaben der deutschen Kreditwirtschaft, Rede am 25. 10. 1940 vor dem Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen, Berlin 1940.

101 ADB Nr. 6474 Bd. 1, H. J. Abs, Europa und die USA in wirtschaftlicher Betrachtung, und: Protokoll der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses vom 17. 7. 1941 mit dem Schlußwort von H. J. Abs.

102 ADB Nr. 6474 Bd. 1, Protokoll vom 17. 7. 1941, Anwesenheitsliste.

103 HAB Rep 320 (Reichsinnenministerium) Nr. 363, Staat und Industrie, Schreiben von Dr. Robert Ley an Walther Funk vom 24. 5. 1941.

104 ADB Nr. 5960 Deutsche Reichsbank Bd. 8, Generalsekretariat; Abs, Schriftwechsel und Einladungen; Einladungen von Funk an Abs; dazu: E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil I), in: Blätter Heft 7/1967, S. 702 f.

105 HAB Rep 320, Nr. 363, Schreiben von Walther Funk an Robert Ley vom 3. 6. 1941.

gandaschlagwort spektakulär verkündete „Primat der Politik“ diente offensichtlich nur dem Ziel, die realen Machtverhältnisse zu verschleiern und eine „Volksgemeinschaft“ staatlicher Gesamtrepräsentanz als Kulisse zu erhalten. Infolge seiner zu stark punktuellen Analyse und unzureichender Forschungsmethoden gerät folglich auch Tim Mason ungewollt in die Position einer Exkulpation dieser Bestrebungen, denn der „Primat der Politik“ wurde selbst in dem Augenblick nicht realisiert, als am 15. 4. 1942 im Ministerium Speer (Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion) ein zentrales Planungsamt geschaffen wurde¹⁰⁶. In den Wirtschaftsbeiräten und den Speer zugeordneten Industriezweig-Hauptausschüssen saßen fast ausschließlich die Vertreter der Großkonzerne, denen diese Hauptausschüsse willkommene Organe waren, um die Produktion ihres Industriezweiges entsprechend den eigenen Interessen weitgehend umzustrukturieren und zu reglementieren¹⁰⁷.

Es war wiederum kein geringerer als H. J. Abs, der am Tage der Bildung des Planungsamtes in einer internen Rede die Konzeption des rational geplanten totalen Krieges als Hauptaufgabe der Wirtschaft entwarf. „Höchstleistungen von Mensch und Maschine sind jetzt anzustreben“, rief er aus, um durch eine „strenge Rationalisierung ohne Rücksicht auf Konkurrenzfragen“ die großindustriellen Kriegsziele zu erreichen, wobei es — nach der Meinung von Abs — weniger wichtig sei, was aus den einzelnen Betrieben würde (gemeint waren Kleinbetriebe, E. C.), sondern „wichtig sei allein die Gewinnung des Krieges“¹⁰⁸.

Mason glaubt schließlich, seinen „Primat der Politik“ in einer Reihe „selbsterstörender Maßnahmen der SS“ bestätigt zu finden, wo „die Umsetzung der Ideologie in die Praxis den kriegswirtschaftlichen Interessen glatt widersprach und dennoch verwirklicht wurde“. Dem wäre nun prinzipiell einmal entgegenzuhalten, daß die Kategorie der „Selbsterstörung“ im modernen Kapitalismus¹⁰⁹ kein Spezifikum des nationalsozialistischen Herrschaftssystems darstellt und damit allein in ihm ursächlich begründet läge. Im Gegenteil, die Geschichte aller modernen kapitalistischen Länder zeigt, daß diese Kategorie ein immanentes Moment jedes Kapital-Konkurrenz-Systems darstellt und sich in Krisen und Expansionen durchsetzt. Mason reduziert die Kategorie der Selbsterstörung recht eigenwillig und ohne erkennbaren Grund auf Einzelfälle der nationalsozialistischen

106 Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945, Stuttgart 1966, S. 77 ff. hierzu: HAB 335, 6, Nr. 222 DBA XXI Beweis-Dokument NI 5821 Vernehmung von Albert Speer vom 28. 5. 1945 über die Selbstverantwortung der deutschen Industrie.

107 A. Milward a.a.O., S. 82 ff.; DZAP, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion Nr. 51, Vertrauliche Nachrichten (März 1942—Januar 1945), Liste der Mitglieder der Industriebeiräte beim OKH und OKW.

108 ADB Nr. 5961 Bd. 71, H. J. Abs, Rede vor dem Rheinisch-Westfälischen Beirat der Deutschen Bank am 15. 4. 1942 in Köln.

109 Zum Begriff „moderner Kapitalismus“ identifiziere ich mit dem Imperialismus-Begriff (vgl. Fußnote 12).

Herrschaft, die bei der Vernachlässigung ihrer komplexen Erforschung durchaus einen widersprüchlichen Anschein haben können. Der Nationalsozialismus, der mit seinen extrem terroristischen Herrschaftsmethoden und seiner militanten Aggression die Klassenwidersprüche rapide verschärfte, versuchte durch eine Eskalation der selbstzerstörerischen Tendenzen die unabwendbaren Folgen des Klassenwiderspruchs aufzufangen. Das bedeutet aber, daß damit jene Maßnahmen nur zu einem manipulierten Kalkül der Interessen einer Gesamtrepräsentanz des Oligopols wurden. Dabei war es nicht ausgeschlossen, daß sich einzelne Maßnahmen sogar gegen Gruppeninteressen der herrschenden Klasse selbst richteten. Diese Irrationalität ist durch die kapitalistische Eigentums- und Gesellschaftsstruktur bedingt, im Nationalsozialismus liegt lediglich ihre Übersteigerung und extreme Zuspitzung begründet.

Tim Mason geht in seinen Hypothesen von unexakten Prämissen aus, die keiner wissenschaftlichen Kritik standhalten. Er erwartet von der kapitalistischen Gesellschaft sozio-politische Normen, die ihren Eigentumsverhältnissen eindeutig widersprechen: gesellschaftliche Homogenität, soziale Gerechtigkeit und Rationalität, staatliche Gesamtrepräsentanz und echte Demokratie durch Mitbestimmung. Nicht der Nationalsozialismus verhindert die Herausbildung dieser Normen, sondern der Kapitalismus und die ihm innewohnende Gesetzmäßigkeit¹¹⁰. Diese Normen sind gesellschaftlich nur zu realisieren, wenn der Kapitalismus und der Machtmißbrauch des Oligopols durch eine Demokratisierung der Wirtschaft, durch einen demokratisch ausgeübten und kontrollierten „Primat der Politik“ eingeschränkt wird, wenn die Rechte des Parlaments und die der Gewerkschaften zur überbetrieblichen Mitbestimmung erweitert werden können. Aber einen solchen „Primat der Politik“ lehnen die Oligarchen wie H. J. Abs. als ein „reines Machtstreben der Gewerkschaften“ ab¹¹¹, und es verwundert dann durchaus nicht mehr, wenn Eugen Gerstenmaier auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU den „Primat der Wirtschaft“ gegen jede Forderung eines „Primats der Politik“ verteidigt, weil die Wirtschaft zu jenem Zentralbereich gehört, in dem sich — nach Gerstenmaier — nicht nur das persönliche Schicksal, „sondern auch unsere gemeinsame Existenz entscheidet“¹¹².

Der Zusammenhang zwischen dem diskutierten angeblichen „Primat der Politik“ im Nationalsozialismus und dem von autoritärer bundesdeutscher Position geforderten „Primat der Wirtschaft“ ist nicht vordergründig konstruiert; denn die sozialen Träger des heuti-

110 Zum Begriff der „Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus“ verweise ich auf die Analyse von K. Marx in „Das Kapital“, vgl. Fußnote 10.

111 H. J. Abs, Macht durch Mitbestimmung, Rede am 27. 6. 1966 vor dem Industrierechtlichen Seminar der Universität Bonn, Vortragsreihe des Deutschen Industrieministries Nr. 30 vom 26. 7. 1966.

112 Eugen Gerstenmaier, Der Primat der Politik, Rede am 26. 1. 1967 auf dem Herrenabend des Wirtschaftstages der CDU/CSU, Bonn, Januar 1967, in: Die Wirtschaft in der politischen Verantwortung, Bonn 1967, S. 194 ff.

gen Oligopols und die der Kriegswirtschaftspolitik und militanten Expansion nach 1937 sind sowohl sozio-ökonomisch als auch personell identisch¹¹³. Hier gilt es Kausalitäten zu erkennen, auf Verhaltensweisen und Tendenzen zu verweisen, die von aktuell politischer Bedeutung sind und wieder einmal für die Demokratie im hohen Grade gefährlich werden könnten¹¹⁴.

113 E. Czichon, H. J. Abs, Bankier und Politiker (Teil III), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 3/1968.

114 Hierzu: Karl Jaspers, Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966; K. Jaspers, Antwort zur Kritik meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik“, München 1967; sowie: Gert Schäfer/Carl Nedelmann, Der CDU-Staat, Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967.

Tim Mason

Primat der Industrie? - Eine Erwiderung

Aus verschiedenen Gründen werden die folgenden Ausführungen ziemlich kurz gehalten; damit auf Wiederholungen zumindest teilweise verzichtet werden kann, wird der Leser gebeten, auf den ersten Beitrag zu dieser Diskussion zurückzugreifen: *Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in „Das Argument“ Nr. 41 (8. Jhg./1966, Heft 6). Nur einige grundsätzliche Probleme können hier — zum ersten Mal oder erneut — behandelt werden, denn Erwiderungen pflegen langweilig zu wirken — erst recht dann, wenn sie durch eine ‚das-habe-ich-doch-nicht-gemeint‘-Position gekennzeichnet sind. Eine Erwiderung auf Eberhard Czichons Kritik muß jedoch mit gerade dieser Feststellung anfangen, denn das Aneinandervorbeireden ist manchmal ein Symptom großer Probleme der Interpretation.

I

Einem Teil von Czichons Kritik liegen Mißverständnisse meiner Argumentation zugrunde, die auf grundsätzliche methodologische Schwierigkeiten hindeuten. Er versteht nämlich deskriptive Passagen, idealtypische Definitionen und selbst die distanzierte Anwendung damaliger Begriffe und Schlagwörter gewissermaßen als politische Bekenntnisse meinerseits. Es geht im folgenden nicht um meine reine (oder auch nicht) politische Weste, auch nicht um die fragwürdige Gepflogenheit, historische Argumente auf ihren vermeintlichen politisch-aktuellen Bezug abzuklopfen (hierzu noch einiges am Schluß), sondern um die Erforderlichkeit und Richtigkeit der Argumente selber. Z. B. stimmt es einfach nicht, daß ich „axiomatisch den Staat als Repräsentation des Volkes“ einführe, „die zwischen der Wirtschaft und der Arbeiterklasse einen harmonischen Konsens zu schaffen habe“; richtig ist, daß gewisse Voraussetzungen der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft festgestellt wurden: die Fähigkeit des Staates, die Interessen der herrschenden Gesellschaftsgruppen aufeinander abzustimmen, das Vorhandensein eines dem Kapital erträglichen Ausgleichs mit den Interessen der Arbeiterklasse und ein Konsens der stärksten Meinungsgorgane in Grundsatzfragen¹. Daß diese Voraussetzungen 1930—1933 in Deutschland nicht erfüllt waren, bildete eine negative Vorbedingung der nationalsozialistischen Machtergreifung und bestimmte zugleich die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben des neuen politischen Systems. Noch weniger erfreulich und ver-

¹ Das Argument, Nr. 41, S. 478; künftige Seitenangaben in Klammern im Text. Czichons Paraphrase dieser Sätze ist sinnentstellend.

ständig ist die Unterstellung, ich würde meinen, daß der Nationalsozialismus den „fehlende(n) Konsens zwischen der Wirtschaft und der Arbeiterklasse, also eine politische Gesamtrepräsentation des Volkes, mit politischen Mitteln wiederhergestellt“ hätte; denn es folgt im Original ein Nebensatz: „und das hieß 1933 mit offener Gewalt“ (478). Jede Unklarheit über den Sinn dieser Sätze hätte durch die Feststellung behoben werden müssen: „Unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion haftet der Behauptung eines Primats der Politik stets etwas Irrationales an, da das, wodurch sich dieser Primat legitimiert, das Gemeinwohl, nur vorgetäuscht werden kann“ (493). Die Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft hängt nicht zuletzt von der *erfolgreichen* Vortäuschung der obengenannten Voraussetzungen ab; Merkmal der letzten Jahre der Weimarer Republik war gerade ein zunehmendes Unvermögen aller Kräfte und Interessengruppen, ein Gemeinwohl in diesem Sinne vorzutäuschen; es mußte also der Gesellschaft gewalttätig oktroyiert werden. Ebenso wenig treffen auch Czichons Schlußbemerkungen im vorletzten Absatz über das zu, was ich angeblich von der kapitalistischen Gesellschaft erwarte; seine Feststellung, ich würde „die ökonomischen Prioritäten“ in der Gesellschaftsstruktur sowie ihre Wirkungsweise gegenüber sekundären und politischen Infrastrukturen negieren, läßt befürchten, daß er meinen Ausgangspunkt mißverstanden hat, der darin lag, die Ursachen des Primats der Politik im Nationalsozialismus gerade in der Wirtschaftsgeschichte zu suchen.

Diese Mißverständnisse werfen ein bezeichnendes Licht auf Czichons Methodologie, denn es sind eben die Passagen, die er entstellt, die über die Machtverhältnisse innerhalb der Industrie hinauszugehen versuchen; er selbst redet kaum von Staat, Gesellschaft, Politik. Indem er diese Bereiche implizit zu Epiphänomenen der monopolen Wirtschaftsstruktur degradiert, überbewertet er die faktische Macht der Monopole: die gesellschaftliche Reproduktion wird durch eine Absprache zwischen Vertretern zweier Industriegruppierungen am 4. 1. 1933 garantiert und der zweite Weltkrieg durch eine Verschiebung innerhalb des Oligopols mitverursacht. Es geht hier nicht um den unsinnigen Vorwurf (— unsinnig, weil gegen einen kurzen Aufsatz gerichtet —), daß Czichon keine umfassende Theorie der nationalsozialistischen Herrschaft vorlege, sondern darum, daß seine Vernachlässigung gesamtgesellschaftlicher Perspektive ihm alle Maßstäbe nimmt, um die historische Bedeutung einzelner Handlungen der Monopolgruppen genau einzuschätzen². Die Entwicklung hin zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ schreibt *keine bestimmte* Herrschafts- oder Gesellschaftsstruktur gesetzmäßig vor, sondern hat sich in einer Vielfalt solcher Strukturen vollzogen (USA, England usw.), die man laufend vor Augen haben muß, um das historisch Spezifische an der deutschen Erfahrung richtig bewerten zu können. Diese Beispiele zeigen, daß das staatsmonopolistische System doch mit einem gewissen Maß vorgetäuschter oder aber krisenvorbeugen-

2 Beispiele unten, Teil III.

der „gesellschaftliche(r) Homogenität, soziale(r) Gerechtigkeit“ durchaus vereinbar ist; wenn es auch fraglos die Hauptaufgabe einer aufklärenden Analyse darstellt, die Rolle der Monopole aufzuzeigen, so darf man dabei nicht unterlassen, den gesellschaftlichen und politischen Rahmen zu untersuchen, innerhalb dessen sie sich durchzusetzen haben. Dieser Rahmen bestimmt mindestens die Wirkungsweise „der ökonomischen Prioritäten“, er kann aber auf längere Sicht auch die gesamtgesellschaftlichen Folgen ihrer Wirkung, ja sogar ihre Existenz als Prioritäten bestimmen. Denn dem staatsmonopolistischen Wirtschaftssystem an sich wohnen kaum Garantien seiner eigenen Selbsterhaltung und -reproduktion inne; diese werden vielmehr in erster Linie im größeren gesamtgesellschaftlichen und politischen Rahmen gesichert — oder auch nicht. Also bleibt die Analyse des staatsmonopolistischen Systems *allein*, wie sie Czichon vollzieht, unvollkommen; selbst wenn man ein enges kausales Verhältnis zwischen wirtschaftlichen Gruppierungen und außenpolitischen Konzeptionen 1933—41 oder etwa eine Vorrangstellung der Wirtschaft in der nationalsozialistischen Okkupationspolitik nachweisen könnte, so hätte man längst nicht alle wesentlichen immanenten Tendenzen nationalsozialistischer Herrschaft festgestellt: Die Frage nach der Selbsterhaltung und Reproduktion des gesamten Systems bliebe immer noch offen und ihr ist auch nicht allein mit Mitteln der Analyse beizukommen. Darüber, ob der *Nationalsozialismus* als historisch spezifische Herrschaftsform etwa eine Lösung des ökonomischen Konkurrenz- und Expansionsprinzips von allen auf die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion gerichteten Beschränkungen bewirkt hat, ob sich eine stabile, lebensfähige nationalsozialistische „Neuordnung“ Europas vorstellen läßt (493), darf man sicherlich geteilter Meinung sein. Man darf nur nicht behaupten, die Fragen seien unsinnig oder aber identisch mit der Frage nach der Abhängigkeit der Staatsführung von bestimmten wirtschaftlichen Interessen. Anstatt eine konkret-historische Theorie zu entwerfen, geriete man so in die Gefahr, eine Metaphysik positivistisch belegen zu wollen³. Bei aller Verflechtung von Staat und Industrie bleibt die Verantwortung für das Gesamte beim Staat.

Zur Theorie gehört, neben der Analyse der Machtverhältnisse, auch noch eine Herrschaftsphänomenologie. Um den sehr skizzenhaften Versuch hierzu (492 f.) etwas deutlicher zu machen: Man kann einen grundsätzlichen Mangel an Konformität zwischen politischem Kalkül und wirtschaftlicher Führung im nationalsozialistischen Deutschland feststellen. Tendieren die politischen Führungen seit 1945 überall im Westen dazu, sich immer mehr als Leitung eines Großunternehmens zu verstehen, die vor allem durch eine vermeint-

3 An Metaphysik grenzend erscheinen mir Czichons Strukturmodell des monopolistischen Systems, S. 170 f., Sätze wie „Doch die Zielprojektion als Leitlinie der Aktivität...“ S. 187 und „Der Nationalsozialismus, der mit seinen extrem terroristischen Herrschaftsmethoden...“, S. 191 — ich kann hierbei keine Rückvermittlung auf die historischen Vorgänge vollziehen.

liche Zweckrationalität gekennzeichnet wird, so kannte Hitler dagegen, wie er selbst sagte, nur eine politische Spielregel: *va banque*.⁴ Er hat auch konsequent danach gehandelt. Die Ergebnisse dieser Politik waren gewiß zeitweilig für die Industrie ertragreich; ihr fehlte aber jeder auch nur mittelbare Bezug zu den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Reproduktion. Dies ist daran zu sehen, daß die expansionistische Zielsetzung in keinem Verhältnis zum deutschen wirtschaftlichen Potential stand; daß die Zielsetzung an sich schon unreal — weil unbegrenzt — war und zur Niederlage führen mußte; daß die größte Unklarheit betreffs Zweck und Organisation der deutschen Herrschaft über die eroberten Gebiete bestand; und daß die Expansion selbst die Widersprüche im Gesamtsystem stark verschärfte, einmal durch die Hervorrufung eines aktiven sozialistischen wie auch konservativen Widerstandes, zum anderen durch ihre Förderung der Machtkämpfe innerhalb der politischen Führung. Aber darüber hinaus ist *va banque* keine Maxime des monopolistischen Wirtschaftens; das Großunternehmen kann es sich nicht leisten, solche Risiken in solchem Tempo einzugehen — es hat sie auch nicht nötig. Es wäre allzu leicht, im nachhinein ein imperiales Programm für das Deutschland von 1938—39 zu entwerfen, das eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in ganz Europa gewährt hätte, die dann hätte verfestigt und weiter ausgebaut werden können. Hierzu gab es Ansätze, nicht nur im konservativen Widerstand insgesamt, sondern vor allem auch im Denken von General Thomas⁵. Eine grundsätzliche Frage zum Nationalsozialismus (— die üblicherweise vom falschen Standpunkt aus gestellt wird!) lautet: warum ist der deutsche Anspruch auf diese imperiale Vorherrschaft *nicht* verwirklicht worden? Ab 1936 war die internationale Kräftekonstellation in vieler Hinsicht sehr günstig.

Eine durch Detailforschung belegte Analyse, die die *va banque* Politik der Jahre 1938—41 als adäquaten Überbau der monopolwirtschaftlichen Basis darzustellen vermag, steht noch aus. Die Schwierigkeiten dabei sind nicht in erster Linie empirischer Natur, noch liegen sie im sehr komplexen Charakter der Vermittlung zwischen Basis und Überbau; daß die Analyse lange vor 1938 angesetzt werden müßte, bildet auch kein prinzipielles Hindernis. Die Schwierigkeit liegt gerade darin, daß die *va banque*-Politik nachweislich *kein* adäquater Überbau war: ihr Vermächtnis bestand aus Trümmern und Asche — und einer (noch) anhaltenden Niederwerfung des selbst-

4 Zitiert von A. Bullock, „Hitler and the Origins of the War of 1939—45“, Raleigh Lecture, British Academy, November 1967.

5 Vgl. seine von Wolfgang Birkenfeld herausgegebene „Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft“, Boppard a. Rh., 1966, Kap. XVII und S. 509 f. Noch 1939 pflegte Thomas Beziehungen zu Schacht, Goerdeler und einem Kreis nicht-nationalsozialistischer Industrieller und Großgrundbesitzer um Paul Reusch — Hist. Archiv der Gutehoffnungshütte, Bde. 40010124/4—5. Vgl. auch den Beitrag von H. Graml zum Sammelband „Der deutsche Widerstand gegen Hitler“, hrsgg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim (Köln/Berlin 1966).

ständigen deutschen Imperialismus. Es soll hierdurch nicht generell impliziert werden, nur der zweckrationale Imperialismus könne sich historisch behaupten, noch, daß die Zweckrationalität allein den geschichtlichen Erfolg des Imperialismus garantiere. In der konkreten Situation Deutschlands Ende der 30er Jahre aber hätte eine vorsichtiger Politik den imperialistischen Interessen sowohl lang- als auch kurzfristig besser gedient. Auch führt dieses Urteil nicht zu der für den Historiker widersinnigen Position, man würde die eigentlichen Interessen der Monopole besser verstehen als ihre eigenen Führer selbst. Es erhebt sich vielmehr die Frage, warum die *va banque*-Politik keinen adäquaten Überbau darstellte, wieso diese Politik überhaupt möglich wurde; und diese Fragen weisen wiederum auf den gesamtgesellschaftlichen Rahmen zurück, auf die Bedingungen, unter denen die Monopole sich durchzusetzen hatten, auf die Herrschaftsform des Nationalsozialismus. Daß der Nationalsozialismus unfähig war, seine Politik durch die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Reproduktion bestimmen zu lassen, darf man freilich nicht *allein* aus der totalen Niederlage von 1945 schließen; fehlt es doch von der *va banque*-Politik über die Vergasung der Juden und die irrationale Arbeitseinsatz- und Siedlungspolitik bis hin zu Hitlers Zerstörungsbefehl (verbrannte Erde) vom März 1945 nicht gerade an weiteren Indizien. Expansion ist gewiß eine grundsätzliche Voraussetzung der Reproduktion des Monopolkapitalismus, aber die nationalsozialistische Expansion ging weit über die *Bedürfnisse* des Wirtschaftssystems in dieser Hinsicht hinaus, war sozusagen Expansion schlechthin. Daß die Großunternehmen rege daran teilnahmen, stellt keinen zwingenden Beweis dafür dar, daß ihre Bedürfnisse und Interessen dieser Expansion zugrunde lagen, noch daß das aus dieser Expansion entstehende, neue Gesamtsystem lebens- und reproduktionsfähig gewesen wäre⁶. Das Verhalten der Großunternehmen ist eher als eine unmittelbare, selbstverständliche (— weil dem Konkurrenzprinzip entsprechende) Wahrnehmung wunschtraumhafter Möglichkeiten zu begreifen, ihre eigene wirtschaftliche Macht fast kostenlos auszudehnen. Das sagt viel über die diesem Wirtschaftssystem innewohnende Gewalttätigkeit und Irrationalität aus, weniger aber über die Ursprünge nationalsozialistischer Politik.

Czichons Darstellung vermittelt den Eindruck, als seien die Gewalttätigkeit und Irrationalität des Monopolkapitalismus identisch mit denen der nationalsozialistischen Herrschaft; als habe die Funktion dieser allein darin bestanden, den Konkurrenzkampf der Monopole und ihren Expansionstrieb von allen ausgleichenden staatlichen Regelungen und gesellschaftlichen Hemmnissen zu befreien, ja sie zu verschärfen und zu beschleunigen⁷. Gegen den zweiten Teil dieser Formulierung ist weniger einzuwenden, nur stellt sie den Ausgangs-

6 Eine Untersuchung der deutschen Friedensplanung 1941—42, in der Zeit, als der Krieg kurz vor Abschluß zu sein schien, ist dringend nötig.

7 So erwähnt Czichon S. 187 f. *nur* die industriell-imperialen Expansionsbetriebe. Was war ihr Verhältnis zu Hitlers Vorstellung von „Lebensraum“?

punkt und nicht den Schluß der Debatte dar; denn welchen Interessen war dadurch gedient, daß die ohnehin geringen Momente der Selbsterhaltung im Wirtschaftssystem untergraben wurden und daß der Staat seine Funktion als Garant der Selbsterhaltung und Reproduktion des Gesamtsystems immer weniger erfüllte? Kurzfristig gesehen waren es vielleicht die der Firmen im Rüstungssektor; in der Tat aber waren es die Interessen der Staatsführung, die für den Nationalsozialismus im Ausbau eines größtmöglichen freien Entscheidungsspielraums bestanden. Eine solche freischwebende Politik, wie sie Hitler sich vorstellte und auch praktizierte, war aber *nur* zu verwirklichen, wenn der Staat auf seine Funktion als Garant der Reproduktion des Gesamtsystems verzichtete, wenn politische Entscheidungen *ohne* hemmende Rücksicht auf die diesbezüglichen Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft getroffen werden konnten, wenn alles zu einer „Willensfrage“ gemacht wurde (Hitler über den Vierjahresplan). Die nationalsozialistische Staatsführung hat tatsächlich über einen solchen freien Entscheidungsspielraum verfügt; eine Ursache dafür lag gerade in ihrer Ausnutzung der von ihr selbst gesteigerten wirtschaftlichen Konkurrenz (zwischen Gruppen sowie zwischen Firmen), in deren Zuge die Industrie den Sinn für ihr kollektives, an der Erhaltung eines Gesellschaftssystems orientiertes Interesse verlor; eine zweite bestand darin, daß die Staatsführung diesen Spielraum kaum ausdrücklich *gegen* die kurzfristigen Interessen der Industrie anwendete.

Ferner gab es eine auffällige Parallelität zwischen den Entwicklungen der wirtschaftlichen und der politischen Herrschaftsstrukturen, denn jene war genausowenig durch ein wirklichkeitsnahes Zukunftsbild bestimmt wie diese. Staatliche Ordnung zerfiel in eine „fortwährende Neubildung von Hoheitsträgern mit eigenem, willkürlich abgestecktem und von älterer staatlicher Organisation nicht wirklich geschiedenem Kompetenzbereich“. Die Entfaltung nationalsozialistischer Herrschaft beruhte „auf einer fortschreitenden parasitären Zersetzung eines überkommenen Obrigkeitsstaates“⁸ — ohne daß dabei eine neue Ordnung zustande kam, die fähig gewesen wäre, sich selbst zu reproduzieren. Selbst in dem von ihm ausgewählten und verherrlichten Bereich der politischen Ordnung barg der Nationalsozialismus keine Zukunft in sich.

Dies will nicht heißen, daß ich dem Staat „axiomatisch“ irgendwelche Form oder Funktion zuschreiben will; es will nicht heißen, daß ich irgendwelche Rationalität von der monopolkapitalistischen Gesellschaft erwarte. Die Frage ist vielmehr diese: Der Monopolkapitalismus hat sich im allgemeinen nur allzu zählebig und reproduktionsfähig erwiesen — nur die nationalsozialistische Version nicht. Warum? Es müßte möglich sein, die allgemeinen Voraussetzungen der Selbsterhaltung des Monopolkapitalismus und ihr Nichtvorhandensein im Nationalsozialismus festzustellen, ohne deswegen politischer Bekenntnisse verdächtigt zu werden.

8 Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1967, S. 13.

II

Czichon geht in seiner Kritik nur auf einen Teil meiner Argumentation ein, und zwar auf den, der die politischen Machtverhältnisse innerhalb der Industrie betrifft. Daß die Entwicklung eines Primats der Politik im Nationalsozialismus *allein* auf Verwandlungen in diesem Bereich zurückzuführen sei, stand niemals zur Diskussion. Es ging doch gerade darum, diesen Aspekt in historische Verbindung zu den anderen wirtschaftlichen Verwandlungen zu setzen, durch die die Jahre 1933—39 gekennzeichnet sind. Dazu gehörten:

die weitgehende Ausschaltung von Vertretern der Industrie aus dem *unmittelbar* politischen Willensbildungsprozeß (vgl. im Gegensatz dazu die Bundesrepublik heute);

das außerordentlich rapide Anwachsen der wirtschaftlichen Rolle des Staates als Auftraggeber, Absatzmöglichkeit und damit als bestimmender Faktor für die Produktion;

die Verlagerung der kapitalistischen Konkurrenz vom Kampf um Märkte auf den Kampf um Rohstoffe und Arbeitskräfte. Dieser war wiederum Produkt allein der Aufrüstung (also der staatlichen Aufträge), war wesentlich schärfer als die idealtypische kapitalistische Konkurrenz, da ganze Industriestrukturen dadurch gefährdet wurden⁹ und führte zu umfangreichen staatlichen Regelungen (— unterschiedlichen Erfolgs);

der nachweisliche Machtverfall der wirtschaftlichen Interessenverbände;

das Unvermögen der Rüstungswirtschaft, die von ihr für notwendig gehaltene Umverteilung des Sozialprodukts vor 1942 durchzusetzen.

All diese, keineswegs zufälligen Entwicklungen traten im gleichen Zeitraum, 1936—37, erstmalig oder verstärkt in Erscheinung, wie die Ablösung der montanen Schwerindustrie durch IG Farben als der politisch führenden Industriegruppe. Sie waren weitgehend gruppenindifferente Erscheinungen im Sinne Czichons; so wurden z. B. die Aufbaupläne der IG Farben durch Mangel an Kapital, Rohstoffe und Arbeitskräfte genauso beeinträchtigt wie die des Ruhrkohlenbergbaus¹⁰. Sind sie deswegen für die Fragestellung nach dem Primat der Politik bzw. der Industrie irrelevant? Czichon beweist dies nicht; es scheint überhaupt notwendig, den Rahmen dieser Fragestellung so weit wie möglich abzustecken, das Verhältnis Staat-Wirtschaft unter möglichst allen wichtigen Gesichtspunkten zu untersuchen, auch wenn das vorderhand bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung auf diesem Gebiet noch zu einer „stark punktuellen Analyse“ führen muß. Macht man den gesamten Bereich der politischen Ökonomie zum Gegenstand der Diskussion, so kann man wohl doch von „schwerwiegenden Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft“ in den Jahren 1936—37 sprechen, denzufolge der Staat bedeutend an Selbständigkeit gewann.

9 Z. B. 1939 alle auf Kohle angewiesenen Industrien — BA Koblenz, R 41 Bd. 174.

10 Vgl. D. Petzina, Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Diss., S. 156—63.

Czichons sehr detaillierte Darstellung der Ursprünge und des Verlaufs der „Machtverschiebung im Oligopol“, durch die die IG Farben ihre Vorrangstellung erarbeitete, steht im gewissen Gegensatz zur Dürftigkeit seiner Analyse ihrer *Folgen*. Ob dieser Führungswechsel ein „Novum“ war oder nicht, ist für eine konkrete historische Analyse dieser Frage ziemlich belanglos. Der entscheidende Aspekt des Primats der Politik in den Jahren 1936—41 war die Außenpolitik und die Strategie; der innenpolitische Machtanspruch der nationalsozialistischen Staatsführung wurde immer durch Bezug auf diesen Bereich begründet, einzelne Maßnahmen hierdurch gerechtfertigt; außenpolitische „Erfolge“ lieferten die wichtigste Legitimation der nationalsozialistischen Herrschaft im Innern, und der Expansionismus untermauerte die Machtstellung der Staatsführung, insoweit er die Zuordnung neuer, immer größer werdender Aufgaben an Industrie, Bürokratie und Militär erforderte — und gerade hierin sah Hitler die Voraussetzung für die Erhaltung des spezifisch Nationalsozialistischen im Herrschaftssystem: innen- und außenpolitische Konsolidierung wäre nur den konservativen Kräften in Staat und Gesellschaft zugute gekommen¹¹. Der Vierjahresplan ermöglichte der Staatsführung, gerade einer solchen Konsolidierung auszuweichen, indem er eine wirtschaftliche Basis für die abenteuerliche Außenpolitik der Jahre 1939—41 schuf¹², die sonst nicht vorhanden gewesen wäre; eine Außenpolitik, die wiederum den prägnantesten Ausdruck des Primats der Politik bildete. Es ist schlechterdings unmöglich, diese Politik als „Einzelentscheidung(en) über den taktisch günstigsten Moment der Auslösung der speziellen Annexionsaktionen“ (Czichon) abzutun, denn hier stand alles auf dem Spiel: ob Deutschland mit oder gegen England, Frankreich und die USA die Niederwerfung der Sowjetunion erstreben würde; ob Zeitpunkt, Zielsetzung und kriegswirtschaftliches Potential in angemessenem Verhältnis zueinander standen. Um seine These konsequent zu verfechten, müßte Czichon argumentieren, daß die tatsächliche Außenpolitik 1939—41 in einem erkennbaren Sinne die der neuen führenden Gruppe im Oligopol war (— natürlich nicht in allen Einzelheiten); das behauptet er zwar, aber die Wiederholung dieser Behauptung bildet keinen Ersatz für eine Beweisführung¹³. Dagegen ist es nachzuweisen, daß die beiden wichtigsten politischen Vertreter der Wirtschaft, Göring und General Thomas, die beide IG Farben nahestanden, die außenpolitische Entwicklung 1939—40 für verhängnisvoll überstürzt hielten, und die Schwierigkeiten, die Krauch bei der Beschaffung von Kapital, Rohstoffen und Arbeitskräften für den Ausbau des chemischen Sektors hatte, lassen schließen, daß auch er derselben

11 Vgl. die sog. Hossbach-Niederschrift vom 5. 11. 37, Documents on German Foreign Policy, ser. D, vol. 1, pp. 29 ff.

12 Umfassende Produktionsstatistik bei Petzina, a.a.O., S. 249 f. Die Planziele wurden auf nur wenigen Sektoren erreicht, die tatsächlichen Produktionserhöhungen waren dennoch beträchtlich.

13 S. 185.

Meinung war¹⁴. Es wird nicht bestritten, daß ein Eroberungskrieg einen zentralen Platz in der historischen Logik nationalsozialistischer Herrschaft hat; auch nicht, daß die Industrie aus verschiedenen Gründen an einem solchen Krieg stark interessiert war. Aber die Fragen, *welcher Krieg?* gegen wen? unter welchen Voraussetzungen? bleiben Fragen welthistorischer Bedeutung. Es mag Czichon erscheinen, daß ich mir „eine Überhöhung der Persönlichkeitsbewertung, insbesondere der Funktion Hitlers und seines Entscheidungsbereiches“ habe zuschulden kommen lassen; aber alle aktenkundigen Erforschungen sind darüber einig, daß die wichtigen strategischen und außenpolitischen Entscheidungen von Hitler persönlich, oft gegen den Rat seiner nächsten Gefolgschaft getroffen wurden¹⁵. Worin war diese Selbständigkeit begründet?

III

Czichons mangelhaftes Verständnis für den gesellschaftlichen und politischen Rahmen, in dem die Industrie zu handeln hatte, führt ihn zur Mißdeutung vieler Einzelheiten, die, zusammengezählt, seine Grundthese auch von einem empirischen Standpunkt etwas fragwürdig erscheinen lassen; im folgenden soll auf sie kurz eingegangen werden:

a) Es bleibt in Czichons Analyse wie auch in seinem Buch¹⁶ unklar, wie es Anfang Januar 1933 zu der Verständigung zwischen den beiden Monopolgruppen (Elektro-Chemie und Schwerindustrie) kam, dem Nationalsozialismus an die Macht zu verhelfen, und wie dieses Einverständnis dann sofort durch fortgesetzten Kampf zwischen ihnen verlorenging, in dem die Schwerindustrie mühelos siegen konnte. Noch fehlen die Belege, sowohl für den Vorgang selbst wie auch für seine Bedeutung. Es ist keineswegs klar, daß die erstgenannte Gruppe an der Regierung Schleicher viel auszusetzen hatte, noch daß die Verständigung die Voraussetzung *sine qua non* der „Machtergreifung“ darstellte, nicht einmal, daß sich die weiteren Beziehungen zwischen den beiden Gruppierungen so eindeutig und

14 Göring, s. B. Dahlerus, *The last Attempt*, London 1947; Thomas, *Geschichte...*, a.a.O.; Krauch, vgl. Anm. 10 oben — im April 1940 fehlten ihm 4 000 Techniker und chemische Facharbeiter: BA Koblenz, R 41 Bd. 278, Bl. 127. Diese Haltung von Göring und Thomas steht nicht im Widerspruch zur These, der Vierjahresplan hätte Hitler die wirtschaftliche Basis für seine Abenteuerpolitik geliefert; denn ohne den Vierjahresplan wäre selbst der Feldzug gegen Polen kaum möglich gewesen; zudem hatten Hitler und Thomas unterschiedliche Vorstellungen von dem zu erwartenden Ausmaß des Kriegs.

15 Bullock, der das Material nun dreimal durchgearbeitet hat, bekräftigte diese Position erneut in seinem Vortrag, a.a.O.

16 „Wer verhalf Hitler zur Macht?“, Köln 1967.

sauber entwickelten, wie Czichon sie darstellt¹⁷. Eine weitere Frage ist die nach den Vorstellungen der betreffenden Industriellen über die Rolle von Papens in der neuen Regierung, die am 4. 1. 1933 ausgehandelt wurde.

b) Die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ war auch etwas zweideutiger, als man Czichons Bemerkungen entnehmen muß. Inspirator der Spende war weniger Krupp als die SA und die unteren Gliederungen der NSDAP, die im Laufe der „Erhebung“ vom Frühjahr 1933 überall Geld von der Industrie verlangten. Krupp, ordnungsbesessen wie immer, war bereit, einen Preis für die Einstellung der wilden Sammlungen zu zahlen. Was soll man hervorheben — die Entstehungsgeschichte der Spende, oder die Spende als Symbol der Allianz zwischen Schwerindustrie und NSDAP?¹⁸

c) Noch weniger aussagekräftig als Beleg ist der Generalrat der Wirtschaft, eins der zahlreichen Beratungsgremien, die 1933 ins Leben gerufen wurden und über das Jahresende hinaus nicht weiter existierten. Der Generalrat trat nur ein einziges Mal zusammen, diskutierte über Arbeitsbeschaffungsprobleme und hörte kurze, allgemein gehaltene Reden von Hitler und Ley¹⁹.

d) Es ist *nicht* nachgewiesen, daß „im Frühjahr (1935) ... Schacht und andere Wirtschaftsführer“ annahmen, das Regime hätte sich soweit konsolidiert, daß „man zur offenen Militarisierung übergehen konnte“ und daß „deshalb“ der Aufbau der Luftwaffe ebenso wie die Einführung der Wehrpflicht verkündet wurden. Von einer beratenden Rolle der Wirtschaftsführer in diesem Zusammenhang sagen die Akten nichts aus — sie wäre auch unwahrscheinlich, denn die wirtschaftliche Situation, besonders was Außenhandel und Devisen betraf, war alles andere als konsolidiert. Ebenso wenig steht Schachts Memorandum „Finanzierung der Rüstung“ in einem ursächlichen Verhältnis zu seiner Ernennung zum Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft. Diese war vielmehr nur ein Aspekt der *allgemeinen* Mobilmachungsvorbereitungen vom Frühjahr 1935, die durch verschiedene „Schubladengesetze“ und die Schaffung neuer Organi-

17 Czichon unterschätzt m. E. die Bedeutung des Benzinvertrags, der im Bergbau sehr umstritten war, und überschätzt die Verdrängung der Elektro-Chemie-Gruppe nach 1933. Sehr fraglich erscheint mir die These, die Schwerindustrie hätte sich ab 1938 mit der neuen Prioritätsgruppe „identifiziert“: entscheidend war eher die Tatsache, daß die staatliche Nachfrage für ihre Produktion, entgegen ihrer Erwartung, immer noch anstieg; darüber hinaus, daß ein effektiver wirtschaftspolitischer Widerstand nicht mehr möglich war.

18 Eine detaillierte Untersuchung der „Erhebung“ vom März 1933 steht noch aus; m. E. war diese Terrorwelle weiter verbreitet, spontaner und politisch bedeutungsvoller als Bracher/Sauer/Schulz, „Die nationalsozialistische Machtergreifung“, sie darstellen. Eingriffe in die Wirtschaft waren sehr zahlreich.

19 Stenogr. Bericht in BA Koblenz, R 43 II Bd. 321/1 (20. 9. 33).

sationsformen für einen (damals noch eventuellen) Kriegsfall gekennzeichnet waren. Schacht bekam den Posten nicht zuletzt, weil Hitler die Zuständigkeiten auf keinen Fall dem Militär übertragen wollte²⁰.

e) Der Briefwechsel zwischen Ley und Funk im Frühjahr 1941 beweist fast genau das Gegenteil von dem, was Czichon daraus verstehen will. Es war nämlich so, daß Landfried sich gegen den sich immer mehr beschleunigenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft und gegen die enge Verfilzung der Monopole mit Staat und Partei gewandt hatte; er bekannte sich zur freien Initiative des selbständigen Unternehmers. Ley, dessen DAF über große Versicherungs-, Bank- und Produktionseinrichtungen verfügte, die bestrebt waren, aus ihrer Verbindung zur Partei geschäftliche Vorteile zu ziehen, fühlte sich durch Landfrieds Ausführungen persönlich angegriffen. Funks Antwort war völlig illusorisch, wie der rasch voranschreitende Ausbau der Hermann-Göring-Werke in den besetzten Gebieten und die Zuordnung des gesamten Wohnungsbaus an die DAF bald zeigten; der Machtzuwachs dieser neuen, teils privaten, teils partei-gesteuerten, teils staatlichen Riesenunternehmungen war nicht aufzuhalten, schon gar nicht durch die rhetorische Heraufbeschwörung einer freien Unternehmerinitiative. Funks Meinungen waren sowieso nicht maßgeblich, da das Reichswirtschaftsministerium schon den größten Teil seiner Kompetenzen an den Apparat des Vierjahresplans bzw. an das Ministerium-Todt hatte abgeben müssen²¹.

f) Der Stellenwert der Forderungen der Industrie nach tschechischen, polnischen und französischen Betrieben für eine Interpretation des Expansionsdrangs hängt zum guten Teil von ihrem Datum ab; d. h., ob sie vor oder nach der militärischen Besetzung erhoben wurden. Im letzteren Fall ist ihre Beweiskraft für die Vorrangstellung wirtschaftlicher Momente etwas gemindert. Czichon läßt seine Beispiele dieser Forderungen meistens ohne Datum.

g) Struktur und Zusammensetzung der von Speer geschaffenen Ringe und Ausschüsse zur Lenkung der Kriegsproduktion sind in einem anderen Zusammenhang von Interesse als in dem von Czichon zitierten: es ist schon von Bedeutung, daß Speer und die Industrie die Macht hatten, sich einer Kontrolle durch Organe der NSDAP weitgehend zu entziehen — darüber gab es auch harte Auseinander-

20 Im Mai 1935 wurde das erste Reichsverteidigungsges. sowie ein Ges. über den deutschen Volksdienst verabschiedet; die ersten Beratungen über „Mob.fall-Maßnahmen“ liefen an. Hitler hielt konsequent mit der Ernennung von Göring, Todt und Speer an seiner Linie fest, die Wehrmacht von der jeweils entscheidenden wirtschaftspolitischen Instanz fernzuhalten.

21 Schriftwechsel Funk-Ley auch im BA Koblenz, R 43 II Bd. 352 b; Übernahme des Wohnungsbaus durch die DAF, ebda., Bde. 529, 1007—1009 b, 1033 b, 1174—1175; zum Abbau der Kompetenzen des RWM, s. Petzina, a.a.O., S. 61—67; Alan S. Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—45, Stuttgart 1966, Kap. III—IV.

setzungen. Aber dies hatte wenig mit dem Primat der Politik zu tun; entscheidend waren die *Funktionen* dieser industriellen Selbstverwaltungs-Organisationen, die eindeutig auf die Durchführung von Planungen beschränkt waren. Die kollektive Verfügungsgewalt der Großunternehmer über ihr Eigentum wurde aufrechterhalten, aber im Bereich der „großen Politik“ hatten die Ringe und Ausschüsse wenig zu sagen.

h) Was die Vergasung von 6 Millionen Juden mit einer angeblich vorhandenen, ‚rapiden Verschärfung der Klassenwidersprüche‘ oder mit einer ‚Übersteigerung und extremen Zuspitzung der durch die kapitalistische Eigentums- und Gesellschaftsstruktur bedingten Irrationalität‘ zu tun hatte, bleibt mir immer noch unklar. Wirtschaftliche, aus dem Konkurrenzprinzip hervorgehende Momente spielten sicherlich im Antisemitismus eine große Rolle (Boykott 1933, Arisierung 1938), führten aber weder logisch noch faktisch zu Auschwitz. Die Argumentenkette ist auch nicht durch Verfeinerung von Begriffen zu retten; dem Konkurrenzprinzip wohnten wohl starke selbstzerstörerische Tendenzen inne, zu welchen aber eine Tendenz zur Massenvernichtung kaum gezählt werden kann. Die Massenvernichtung der Juden wirkte in einem ganz handfesten Sinne *selbstzerstörerisch* auf das Gesamtsystem. Wie sollte man diesen Tatbestand anders ausdrücken? Warum soll die kapitalistische Irrationalität zu ihren vielen anderen auch noch ein Begriffsmonopol erhalten?

All diese detaillierten Einwände betreffen denselben Punkt — eine Überbewertung der unmittelbaren Rolle des Wirtschaftlichen, die auf die Unterlassung zurückzuführen ist, dieses in seinem Gesamtrahmen zu sehen. Auch im „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ gibt es keine *Identität* von Wirtschaft und Staat bzw. Gesellschaft.

IV

Der „Begriffskonfusion“ (Czichon) erkläre ich mich gerne schuldig. Es ist klar, daß eine Gegenüberstellung von Wirtschaft und Politik in der Analyse des Imperialismus theoretisch unhaltbar ist, weil es zu einer im allgemeinen unfruchtbaren Suche nach einem sich dem Zugriff der Wissenschaft immer entziehenden politischen Raum führen muß; ferner zu einer analytischen Methodologie (welche Gruppen haben diesen oder jenen Willensbildungsprozeß bestimmt? usw.), wohingegen eine synthetische Darstellung des jeweiligen Gesamtsystems das wissenschaftstheoretisch einzig vertretbare Ziel ist.

Aber gerade für den Nationalsozialismus erscheint der nächstliegende, synthetische Zugang zur historischen Entwicklung — der über den staatsmonopolistischen Kapitalismus — mehr Probleme aufzuwerfen, als er zu lösen vermag. Der Begriff hat sicherlich seine Rechtfertigung, indem er ein neues und allgemeines Entwicklungsstadium des Kapitalismus vom vorhergehenden differenziert — in diesem epochalen Sinne kann man wohl die nationalsozialistische Herrschaft als staatsmonopolistisch bezeichnen, das Bismarckreich

etwa dagegen nicht. Der Begriff ist auch insofern einleuchtend, als er auf die Widersacher hinweist, die dem Staat und den Monopolen gemeinsam sind: Arbeiterklasse, koloniale Bevölkerung, konkurrierende staatsmonopolistische Strukturen — Staat und Monopole sind enger miteinander als mit irgendwelchen anderen Kräften verbunden. Aber die Anwendbarkeit des Begriffs hat dort ihre Grenze, wo es darum geht, die internen Machtverhältnisse innerhalb des Systems zu klären, denn es trifft weder im Falle einzelner Entscheidungen noch in einer größeren Perspektive zu, daß Staat und Monopole sich zu einer neuen (wenn auch in ihren Komponenten dynamischen) Einheit verschmelzen. Gerade in einem neuen, diktatorischen Herrschaftssystem wie dem Nationalsozialismus muß man die Frage „Wer wen?“ auch an die Herrschaftspartner richten — denn der Nationalsozialismus *verstand sich* als alles andere, nur nicht als Vollstrecker großindustrieller Forderungen. Freilich wurde er dennoch in großem Maß durch die Gesellschaftsstruktur in diese Rolle hineingezwungen. Das Verhältnis zwischen Staat und Monopolen war jedoch in diesen Jahren eine Allianz, worin sich die eigentlichen Vertragsbedingungen fortlaufend verschoben. Insofern die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein bestimmtes Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft *voraussetzt* — die Instrumentalisierung des Staates durch diese oder jene industrielle Gruppierung —, geht sie über gerade die Frage hinweg, die es aufzuklären gilt, um an die Ursprünge der nationalsozialistischen Dynamik zu gelangen.

In diesen Überlegungen war der Rückzug auf den unbeholfenen Begriffsapparat: Politik, Wirtschaft, Staat, begründet; das gleiche trifft für „besitzende Klassen“ zu, woran Czichon Anstoß nimmt, denn wie soll man Besitzer von Produktionsmitteln anders beschreiben, wenn sie keine *herrschende* Klasse zu bilden scheinen? Auch können die Schriften von Marx und Lenin wenig zur Lösung dieser Probleme beitragen, schon gar nicht, wenn man sie nur wiederholt²²; der Nationalsozialismus war zu sehr ein grundsätzlich neues Phänomen, als daß diese darüber Verbindliches im voraus hätten sagen können. Jedoch bleibt der Marxsche Ansatz unabdingbar: die Analyse nationalsozialistischer Herrschaft muß bei der Gesellschaftsstruktur anfangen und das Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Kernproblem nehmen. Der Ansatz liefert ferner unentbehrliche Hypothesen, Maßstäbe zur Wertung der Bedeutung einzelner Vorgänge, Theoreme zur Feststellung gewisser Korrelationen, Aber er kann weder die Ergebnisse noch den Begriffsapparat vorschreiben.

Czichons härteste Einwände gegen meine Darstellung haben genau den deduktiven Zug, der aus einer Anwendung der Theorie zur Feststellung der Forschungsergebnisse entsteht: „Überbewertung der Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse... die Rivalitätsprobleme in der Führungsproblematik der Gesamtklasse nah-

22 Vgl. Czichon, Anm. 88 a — ‚die Priorität steht der Basis zu‘. Gerade das steht zur Diskussion.

men niemals einen intransigenten Charakter an, weil sie die gemeinsame sozioökonomische Basis der Klassenherrschaft nicht verlassen konnten“; meine Ausführungen über die Zersplitterung der wirtschaftspolitischen Macht der Industrie und die weitgehende Auflösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in seine Bestandteile überschätzen angeblich den „Wirkungsgrad der Konkurrenz“, negieren „die sozioökonomische Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse“ und stehen schließlich „im krassen Widerspruch zu den historischen Tatsachen“. Vier theoretische Grundsätze werden hier postuliert. Läßt man die historischen Tatsachen erstmal beiseite, gibt es keine zwingenden theoretischen Erkenntnisse, die den Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse oder dem Wirkungsgrad der Konkurrenz irgendwelche Grenzen oder Folgen vorschreiben — Grenzen und Folgen sind von den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängig, unter denen die Differenzen ausgetragen werden und Konkurrenz vollzogen wird. Es ist drittens außerordentlich schwierig, eine sozioökonomische Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse für die späten dreißiger Jahre empirisch herauszuarbeiten — es sei denn, daß diese Gesamtkonzeption mit der politischen Führung identisch gewesen sein soll (— eine Interpretation, die kaum zu unterstützen ist). Freilich *müßte* es, theoretisch gesehen, so etwas gegeben haben; man kann ihren Inhalt aber weder aus der Theorie noch aus der späteren Haltung und Politik der herrschenden Klasse im Krieg deduzieren²³. Gewisse Grundsätze sind schon klar — die herrschende Klasse war anti-demokratisch und nationalistisch eingestellt, unterdrückte die Arbeiterbewegung und sah Mittel- und Süd-Ost-Europa als deutschen Kolonialraum an. Aber das reicht nicht aus, um die nationalsozialistische Politik zu erklären: gewisse Andeutungen (— weitere Aktenforschung auf diesem Gebiet ist erforderlich) sind schon jetzt vorhanden, daß der Angriff auf Polen 1939 und auf Frankreich 1940 keinen unabdingbaren Teil der Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse bildete — wenn man Bürokratie, Militär und Industrie zu dieser herrschenden Klasse zählt; und es war auch umstritten, ob der Nicht-Angriffspakt mit der Sowjetunion deutschen Interessen nicht besser dienen würde als ein Eroberungskrieg²⁴. Es wäre schließlich von großem Interesse, etwas über die Haltung führender Industriekreise zur zunehmenden Verschlechterung der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1939—41 zu wissen. Die Gesamtkonzeption der herrschenden Klasse ist in allen wesentlichen Einzelheiten noch zu untersuchen; stellt man aus den oben zitierten Gründen die Arbeitshypothese auf,

23 Plünderung, Sklavenarbeit und die Errichtung von Betrieben in den KZs waren immer system-immanente Möglichkeiten, wurden aber nur durch spezifische politische Entscheidungen „notwendig“ gemacht — was freilich die juristische Verantwortung der betr. Unternehmer und Manager in keiner Weise vermindert.

24 Vgl. Anm. 5 und 14, oben. Zur Invasion der SU s. Thomas, a.a.O., S. 266 bis 274, 514—532; Frankreich, Hans-Adolf Jacobsen, „Fall Gelb“, Wiesbaden 1957.

eine *Konsolidierung* der neuen deutschen Machtstellung sei 1938—41 wichtiger Komponente dieser Gesamtkonzeption gewesen, dann muß man erklären, warum keine Konsolidierung stattgefunden hat. Die tendenzielle Auflösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in ein bloßes Nebeneinander von Firmenegoismen trägt zur Erklärung bei, wenn man die Frage stellt: durch wen, in wessen Namen und wie war eine Forderung nach Konsolidierung politisch geltend zu machen?

Es bleibt noch Czichons vierter, aus der Theorie abgeleiteter Grundsatz: „die gemeinsame sozioökonomische Basis der Klassenherrschaft“, die nicht verlassen werden konnte, und die den Differenzen in der herrschenden Klasse Grenzen setzte. Wenn ich ihn richtig verstehe, heißt das, daß Richtungskämpfe und Konkurrenz nur soweit ausgetragen wurden, wie sie die Erhaltung des Wirtschaftssystem selbst nicht gefährdeten²⁵. Dieses Syndrom gehört sicherlich mit zur Dialektik aller kapitalistischen Gesellschaften, war aber kein besonderes Merkmal des deutschen Systems ab etwa 1936. Denn die gemeinsame Basis ergibt sich nicht direkt aus Eigentum und Verfügungsgewalt, sondern wird auch gestärkt und geprägt durch Gefährdung und Konflikt; so führte die Revolution von 1918—19 zu organisatorischen Zusammenschlüssen auf Arbeitgeberseite, Schleichers Wirtschaftsprogrammatik zur endgültigen Hinwendung der Industrie zum Nationalsozialismus, Überproduktion zur Kartellisierung usw. Aber bis Ende der dreißiger Jahre war die deutsche Industrie keinen allgemeinen Drohungen dieser Art mehr ausgesetzt. Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren zerschlagen worden, öffentliche Aufträge versetzten die Sorge um die Überproduktion in die mittlere Zukunft der Zeit nach siegreichem Friedensschluß und auch die internationale industrielle Konkurrenz war keineswegs stark. Die gemeinsame sozioökonomische Basis verlor an Bedeutung gerade weil sie nirgends in Frage gestellt oder angegriffen wurde; sichtbarster Ausdruck dieser Tendenz war die Degradierung der Wirtschaftsverbände zu halbstaatlichen Ausführungsinstanzen, die mit Rohstoff-, Devisen- und Auftragsverteilung beschäftigt wurden. Reichswirtschaftskammer (Pietzsch) und Reichsgruppe Industrie (Zangen) hatten im Herrschaftssystem nur noch wenig Gewicht, und es gab sonst keine Organe, die die Gesamtbedürfnisse der sozioökonomischen Basis hätten zum Ausdruck bringen können. Großunternehmen und Kartelle verhandelten direkt mit dem marktbeherrschenden Staatsapparat, der dadurch zum Treuhänder der Basis wurde. Es war nicht so, daß allein die Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse, allein die verschärfte kapitalistische Konkurrenz das Wirtschaftssystem direkt auflöste; sie taten es *mittelbar*, über den Staat, dessen Führung Politik ohne Bezug auf die gesellschaftliche Reproduktion betrieb. Diese Entwicklung hatte mit einer Aufhebung der Klassenherrschaft im sozialen und wirtschaftlichen Sinne nichts zu tun; diese „Basis“ war noch vorhanden, nur ist es nicht

25 Der andere, abstrakte Sinn dieser Formulierung ist tautologisch.

nachzuweisen, daß sie im Marxschen Sinne als Basis politisch fungiert hat. Sie wurde nicht „verlassen“, sondern setzte sich zum großen Teil außer Kraft.

Die historischen Tatsachen, zu denen meine Thesen in krassem Widerspruch stehen sollen, können hier nicht ausführlich referiert werden. Die Akten aller betreffenden Ressorts für die Zeit ab Mitte 1937 haben fast nur ein einziges Thema: Mangelercheinungen und die daraus entstehende Konkurrenz — Konkurrenz um Rohstoffe, Arbeitskräfte, Devisen, Kapital und Kompetenzen. Ob man die Akten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung nimmt, ob die des Reichswirtschaftsministeriums, ob die des Wehrwirtschaftsstabs im Reichskriegsministerium (bzw. im OKW) oder der Reichskanzlei: die allgemeinen Berichte über die wirtschaftliche Lage und die detaillierten Schriftwechsel zwischen Firmen und Behörden sind alle gleichen Inhalts. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte das Darwinistische an der parteioffiziösen Ideologie zum einzigen gesellschaftlichen Ordnungsprinzip gemacht. Die Intensität dieser Konkurrenzkämpfe kann vielleicht daran deutlich gemacht werden, daß die Oberkommandos des Heeres und der Marine und das Reichsverkehrsministerium 1939 einander ausführlich des gegenseitigen Wegengagierens von einigen Ingenieuren beschuldigten, daß die Kohlenproduktion 1939 für die dringlichsten Aufgaben nicht ausreichte und daß die Reichsbahn dennoch nicht genügend Eisen zum Bau von Kohlenwaggons beschaffen konnte²⁶. Das Ausmaß der Konkurrenzkämpfe mag daran deutlich werden, daß es Ende 1938 schon fast eine Million offener Stellen in der deutschen Wirtschaft gab, daß im März 1939 die Entfernung eiserner Gartenzäune vor öffentlichen Gebäuden verfügt wurde, daß die Bedarfsmeldungen für Eisen, Metalle, Zement und Devisen zur gleichen Zeit rund 100 % über den vorhandenen Reserven lagen und daß die Behebung des Ölmangels durch den Bau einer Leitung nach Rumänien wie auch durch Ausbau der Donauschifffahrt am Eisenmangel scheiterten²⁷. „Die Aufrüstung“, stellte General Keitel in einer Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses am 15. 12. 1938 summarisch fest, „hat zu einem Kampf aller Bedarfsträger um menschliche Arbeitskräfte, Rohstoffe und Geld geführt.“²⁸ Diese Problematik hatte drei Folgen für das Verhältnis Staat-Wirtschaft: Der Staat wurde gezwungen, seine Bestrebungen zu intensivieren und den Konkurrenzkampf durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zu bändigen; die Abhängigkeit der Firmen von ihren staatlichen Auftraggebern hinsichtlich der Beschaffung der Produktionsfaktoren nahm ständig zu; die entscheidende Folge aber war, daß das Problem der Mangelercheinungen und Engpässe zu dem alles beherrschenden Problem der Industrie wurde — alle anderen Fragen traten in den Hintergrund. Die „Lösung“ dieses

26 BA Koblenz, R 41 Bde. 244, 174.

27 Ebda. R 43 II Bd. 533, 355 a; WiIF 5 Bd. 560/1; Jacobsen, a.a.O. S. 188; R 41 Bd. 152.

28. BA Koblenz, WiIF 5 Bd. 560/2.

Problems aber lag eindeutig in der Hand der politischen Führung, die entschlossen war, den durch die Aufrüstung verursachten volkswirtschaftlichen Fehlbedarf (aber keineswegs allein aus diesem Grund!) durch einen Expansionskrieg gleichzeitig zu verschärfen und zu decken. Alle Branchen der Industrie machten mit — d. h. sie plünderten; so kam ein politisch-wirtschaftlicher Teufelskreis zustande, der nur durch eine totale Niederlage gebrochen werden konnte. Allein die Tatsache, daß die Industrie bis zum Ende mitmachte, besagt, daß die Rüstungskonjunktur, der Konkurrenzkampf und die leichte Beute der frühen Kriegsjahre ihr den Sinn für das eigene kollektive Interesse genommen hatten.

V

„Exkulpation“ ist ein moralischer oder juristischer, keinesfalls aber ein geschichtswissenschaftlicher Begriff; seine Einführung kann die Diskussion nur verwirren, besonders dann, wenn eine *objektive* und keine absichtliche Exkulpation unterstellt wird. Der Sache des Fortschritts heute wird nicht durch eine Erforschung der Vergangenheit gedient, die irgendetwas schon und wird nicht durch eine Objektivität geschädigt, die überlieferte fortschrittliche Theorien auf ihre Angemessenheit wissenschaftlich überprüft.

Das ist auch kein Plädoyer für den Objektivismus. Czichon verweist mit Recht auf die gegenwärtige Situation der Bundesrepublik, wodurch unsere historischen Erkenntnisse stark geprägt sind — ob man will oder nicht; besser daß man es will und dessen bewußt wird. Dabei stellt er die aktuellen Implikationen meiner Hypothesen ziemlich auf den Kopf. Denn wenn der Primat der Politik unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus nur in der äußerst radikalen Form der nationalsozialistischen Herrschaft zu behaupten war, so ist der bundesdeutsche Staat um so mehr als Überbau der ökonomischen Basis zu betrachten. Diese Basis mag „sowohl sozio-ökonomisch als auch personell identisch“ sein mit der der späten dreißiger Jahre (— es ist fraglich), aber ihre Wirkungsweise hat sich entscheidend geändert. Vielleicht haben die Monopolherren von der Geschichte gelernt; vielleicht hatten sie guten Grund dazu. Ist das Schlagwort „Primat der Wirtschaft“ nur im Kampf gegen die Mitbestimmung entstanden? Es gibt fraglos Tendenzen in der Industrie heute, die für die Demokratie gefährlich sind; das Erkennen dieser Sachverhalte wird aber durch Vergleiche mit dem Nationalsozialismus eher erschwert als gefördert. Denn die Gefährlichkeit jener Tendenzen liegt, auf lange Sicht, gerade in ihrem vorsichtigen, verdeckten und zweckrationalen Charakter. *Va banque*-Politik und „Zusammenbruch“ sind heute undenkbar; die Reproduktion des Systems ist oberstes Gebot geworden. „Exkulpation“ ist erforderlich, damit wir nicht von falschen Erwartungen über Prioritäten und Verhaltensweisen des Gegners ausgehen.

Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin/DDR

Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945

Die Klärung des Verhältnisses und Zusammenhangs zwischen Ökonomie und Politik ist *conditio sine qua non* für das Verständnis der Geschichte und — damit — der Gegenwart. Dieses Problem ist zugleich ein grundlegend historisch-philosophisches und ein brennend aktuell-politisches. Das Verdienst von Tim Mason liegt darin, es im „Argument“ für eine Periode der deutschen Geschichte aufgeworfen zu haben (Faschismus und Krieg), die in dieser doppelten Hinsicht Schlüsselcharakter trägt¹.

Wer das allgemeinphilosophische Problem umfassend klären wollte, müßte den ganzen gewaltigen Stoff analytisch durchnehmen, den die Geschichte angehäuft hat. Diese Methode, Menschen angemessen, die wahre „Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit“ (Engels) sind, hat Marx angewandt. Auf ihn beruft sich Mason — wie wir meinen, in nicht sehr glücklicher Weise. Wir wollen es hier nur unternehmen, seine theoretischen Schlüsse für die Zeit von 1933 bis 1945 kritisch zu untersuchen. Czichon² hat bereits wertvolles Material zu einer solchen kritischen Analyse beige-steuert, so daß dieser Beitrag sich darauf beschränken kann, ergänzendes historisches Material beizubringen und es mit einigen theoretisch-methodologischen Bemerkungen zu verknüpfen. Er trägt — das sei hervorgehoben — exemplarischen Charakter. Es geht uns keineswegs nur um eine Polemik gegen den untersuchten Aufsatz, sondern viel mehr darum, unseren grundsätzlichen Standpunkt möglichst klar zu formulieren und seinen fundamentalen Unterschied zur Konzeption Masons zu fixieren, die den zunehmend verbreiteten theoretischen Auffassungen der neueren soziologisch-historischen Schule entspricht.

Mason formuliert als Quintessenz seiner Arbeit, „daß die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief“ (474). Postuliert er generell die „durchaus geringe Bedeutung, die der Wirtschaft in der staatlichen Struktur des Dritten Reiches bis 1942 beige-messen wurde“ (480), so waren, seiner Meinung nach, die Großkonzerne seit 1936 vollends „an ein politisches System gekettet, in dessen Zielsetzung . . . sie so gut wie keinen Einfluß hatten“ (490).

1 Tim Mason: Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Nr. 41 (8. Jhg./1966, Heft 6), S. 473 ff.

2 vgl. Eberhard Czichons Aufsatz im vorliegenden Heft.

Diesen „Tatbestand“ erklärt Mason für einmalig in der Geschichte der kapitalistischen Länder (474, 480) und stellt sich die Aufgabe, ihn marxistisch zu interpretieren. Existierte nun tatsächlich eine diesen Thesen adäquate Wirklichkeit, so wäre sie nicht nur historisch einmalig, sondern liefe allen vom Marxismus entdeckten „Naturgesetzen“ der Gesellschaft zuwider und würde allein durch ihre Existenz eine komplette Widerlegung der marxistischen Gesellschaftsanalyse darstellen. Aus der Suche nach einer Erklärung kann daher nichts anderes herauskommen als eine faktische wissenschaftliche Kapitulation: Der deutsche Kapitalismus löst sich auf „in eine reine Anhäufung von Firmenegoismen“ (493, 484), die bürgerliche Gesellschaft geht in Splitter (490), es triumphiert die Politik über die Ökonomie („Primat der Politik“), es triumphiert so etwas wie ein „reiner“ Faschismus; dieser aber, seine Politik und Ideologie, können nicht systematisch interpretiert werden (492), weil sie „zwangsläufig zur Selbstzerstörung“ tendieren, zu einem „blinden Selbstlauf des Systems auf allen Gebieten“ (493). Bleibt als Erklärung „prinzipielle Irrationalität“, vor der jede Wissenschaft den Hut zieht — und geht.

In seiner Erwiderung^{2a} auf Czichons Beitrag führt Mason noch pointierter die These aus, daß die „irrationale“ Hitlersche Politik des „*va banque*“ völlig unidentifizierbar sei mit den „zweckrationalen“ Zielen und Interessen der „Wirtschaft“; denn „ihr Vermächtnis bestand aus Trümmern und Asche“. Demgegenüber „hätte eine vorsichtiger Politik den imperialistischen Interessen besser gedient“. Diese Alternative ex posteriori kehrt in den verschiedensten Varianten wieder. So kann sich Mason heute (offensichtlich aus der EWG-Retrospektive) für 1936—1939 „leicht“ ein rationales „imperiales Programm“ eines deutschen „zweckrationalen Imperialismus“ vorstellen, das diesem eine „dauerhafte politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in ganz Europa gewährt“ und eine „Konsolidierung der neuen deutschen Machtstellung“ verheißen hätte. Im Gegensatz dazu erscheint ihm das tatsächliche faschistische Programm der Expansion und Welteroberung als ebenso unerklärbar („irrationale“) wie den Interessen der herrschenden Klasse zuwiderlaufend und abträglich; genauer gesagt, zuwiderlaufend, weil abträglich — wiederum aus der Retrospektive des Kriegsendes und der Nachkriegszeit.

Bevor nun theoretische Einwände erhoben und Quellen zur Beweisführung vorgelegt werden, muß die Aufmerksamkeit des kritisierten Autors darauf gelenkt werden, daß seine Thesen ebenso politisch desorientierend wie wissenschaftlich anfechtbar sind. Seine Theorie entläßt den deutschen Faschismus aus der wissenschaftlichen Erklärbarkeit; damit eliminiert sie die faschistische Periode aus der Kontinuität der Geschichte des deutschen Imperialismus und stempelt sie zu einem einmaligen „Betriebsunfall“ dieser Geschichte. Das aber entwapfnet die demokratische Öffentlichkeit bei der Ausein-

2a vgl. Tim Masons Aufsatz im vorliegenden Heft.

andersetzung mit der Vergangenheit und in ihrem Kampf gegen zunehmend stärker heraufziehende gegenwärtige Gefahren. Masons Thesen fügen sich auch ohne Schwierigkeiten in das Konzept jener einflußreichen gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik ein, die aus durchsichtigen Gründen seit eh und je darum bemüht sind, Großindustrie und Hochfinanz zu entlasten. Mason räumt zwar ein, die großen Firmen hätten „ohne jede Bedenken“ die Jagd nach Rüstungs- und Kriegsprofiten, Expansion und Raub im besetzten Europa, die Versklavung von ausländischen Zwangsarbeitern und die Ausbeutung von KZ-Häftlingen mitgemacht, sogar „oft die Initiative ergriffen“ (490); aber, so resümiert er, die Zielsetzung sei nicht *ihre* Zielsetzung gewesen, sie hätten, „an ein politisches System gekettet“, so oder so mitmachen müssen. Stuft man indessen die herrschende Klasse, die Oligarchen der Wirtschaft, derart als Mitläufer ein, so verbirgt man die faschistoiden Wurzeln der von ihnen beherrschten spätkapitalistischen Gesellschaft; wie die Vergangenheit, so bleiben drängende Probleme der Gegenwart unerklärbar, drohende Gefahren unbekämpfbar.

*

Die Schwäche der Ausgangsposition Masons liegt schon darin begründet, daß er den marxistischen Faschismusbegriff (Dimitroff) als nurmehr begrenzt aussagekräftig und für sein Thema „schon gar nicht“ relevant ansieht. Als Ersatz für diese Definition bietet er den „Primat der Politik“ und als Theorie für ein Strukturmodell bestenfalls noch eine idealtypisch konzipierte Faktorentheorie à la Max Weber an, übernommen in der Rezeption durch Schweitzer³. Selbst Blanke, Reiche und Werth⁴, die jedenfalls das Referat Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale ernsthaft gelesen haben, übersehen bei ihrer Kritik, daß die darin formulierte Definition des Faschismus („Der Faschismus an der Macht... ist... die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁵) wegen ihrer kategorischen Kürze und prägnanten Knappheit einen Begriff vom Faschismus gibt, der auf einer außerordentlich hohen Stufe wissenschaftlicher Abstraktion steht.

3 Siehe besonders Arthur Schweitzer: Business Power under the Nazi Regime, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Jg. 1960, H. 3/4, S. 414 ff. Zur Idealtypenkonzeption Webers vgl. auch Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus, Frankfurt a. M. 1967, S. 99; Reimut Reiche und Bernhard Blanke: Kapitalismus, Faschismus und Demokratie, in: Das Argument, Nr. 32 (7. Jhg./1965, Heft 1), S. 25.

4 Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth: Die Faschismus-Theorie der DDR, in: Das Argument, Nr. 33 (7. Jhg./1965, Heft 2), S. 35 ff.

5 Wilhelm Pieck/Georgie Dimitroff/Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volkfront gegen Krieg und Faschismus. Referate auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale (1935), Berlin 1957, S. 87.

An derartigen Definitionen kann man stets „bemängeln“, daß sie nicht umfassend, nicht vollständig genug seien, daß sie nicht allen Differenzierungen Rechnung trügen. Keine wissenschaftliche Definition kann „vollständig“ die konkrete Totalität, kann Struktur und Dynamik eines historischen Komplexes in all ihren Besonderheiten und Einzelheiten erfassen, und sie stellt sich diese Aufgabe auch nicht. Als ganz und gar unzulässig erscheint es, die präzisen Abstraktionen Dimitroffs auf eine Agentur-Theorie oder gar „Agenten“-Theorie zu verkürzen und gegen diese zu polemisieren, ohne den Kontext in seiner umfassenden Faschismus-Analyse gehörig zu berücksichtigen.

Selbstverständlich ist diese Analyse ein Produkt ihrer Zeit, und die geschichtliche Entwicklung hat viel Material zu ihrer Ergänzung und Präzisierung geliefert (freilich nicht im Sinne Masons); beispielsweise waren die extremen Formen der Barbarei und Massenvernichtung, die der Faschismus deutschen Schlages hervorbrachte, im Jahre 1933 und selbst 1935 noch nicht klar erkennbar. Und doch enthielten die Materialien des VIII. Weltkongresses schon wissenschaftliche Prognosen und deutliche Warnungen auch in dieser Hinsicht. Untersuchungen gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse können, wie es uns scheint, unter einer zweifachen Bedingung wissenschaftlichen Charakter beanspruchen. Vor allem muß die Geschichte ihr Ergebnis bestätigen; dies Ergebnis seinerseits muß wiederum das Produkt — oft jahre- und jahrzehntelanger — wissenschaftlicher und praktischer Erfahrung sein⁶. Die Analyse Dimitroffs erfüllt nicht nur das erste, sondern auch das zweite Postulat in klassischer Weise. Die marxistischen Erkenntnisse über den Faschismus, die er verbindlich formulierte, waren das Ergebnis jahrelanger Klassenkämpfe gegen den Faschismus besonders in Italien und in Deutschland. Die Erfahrungen dieses Kampfes, niedergelegt in zahlreichen Dokumenten der KP Italiens und der KPD aus den Jahren vor 1933, führten stufenweise zu der klaren theoretischen Formulierung der Komintern, für deren Wahrheitsgehalt die Geschichte die schlagendste Bestätigung lieferte.

Es mag daran erinnert werden, daß schon im Jahre 1922, noch zu Lebzeiten und unter der Leitung Lenins, der IV. Weltkongreß der KI in seinen „Thesen über die Taktik“⁷ den internationalen und besonders den italienischen Faschismus (fünf Wochen nach dem

6 Über den besonderen Charakter dieser Erfahrung als Klassenerfahrung, als Erfahrung der progressiven, demokratischen Kräfte, in erster Linie der Arbeiterklasse, kann hier nicht ausführlich gesprochen werden — obwohl dies das Schlüsselproblem der politischen und Gesellschaftswissenschaften überhaupt darstellt. Haug (Der hilflose Antifaschismus, a.a.O.) hat die Hilflosigkeit und Erfolglosigkeit einer wissenschaftlichen Bewältigung des Faschismus vom bürgerlichen Klassenstandpunkt aus an einem Querschnitt durch das westdeutsche Hochschullehrerkorps mit der notwendigen Klarheit demonstriert.

7 Zit. nach Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1966, S. 644 f.

„Marsch auf Rom“) als den krassesten Ausdruck der „politischen Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft“ definierte. In der Faschismus-Definition dieses Dokuments spielten die Tatsachen eine wesentliche Rolle, daß „der Bourgeoisie die legalen Unterdrückungsmethoden nicht mehr (genügen)“, daß sie sich eigene „konterrevolutionäre, bis an die Zähne bewaffnete Kampforganisationen . . ., besondere weiße Garden“ schafft und zugleich versucht, „durch soziale Demagogie sich einen Boden in den Massen, in der Bauernschaft, im Kleinbürgertum, sogar in gewissen Teilen der Arbeiterschaft zu schaffen, wobei sie die unvermeidlichen Enttäuschungen über die sogenannte Demokratie für ihre reaktionären Zwecke geschickt auszunutzen versteht“.

Die „Thesen über die Taktik“ enthielten zugleich eine verbindliche Anweisung für den Kampf gegen den Faschismus: „Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ist die, den Widerstand gegen den internationalen Faschismus zu organisieren, der gesamten Arbeiterschaft im Kampfe gegen die Faschistenbanden voranzugehen und auch auf diesem Gebiete die Taktik der Einheitsfront energisch anzuwenden . . .“ Man kann es schlecht leugnen, daß diese Beschlüsse und Begriffe sogar heute, nach 45 Jahren, noch immer — oder schon wieder — aktuell sind.

Die Faschismus-Definition von 1935 stellt gegenüber der zitierten von 1922 eine Präzisierung gerade in bezug auf das Verhältnis zwischen Ökonomie und Politik dar, wenn sie verständlicherweise die Frage nach diesem Verhältnis auch nicht erschöpfend beantwortet. Heute wissen wir unvergleichlich viel mehr über dieses Verhältnis, vor allem aus den Archiven der Großkonzerne selbst; die Antwort auf die Frage fällt indessen vollständig im Sinne der diskutierten Definition aus.

*

Eine weitere, tiefere Begründung für die irrtümlichen Ansichten Masons ist in seinem offensichtlich ungenügenden Verständnis für die Imperialismustheorie Lenins zu suchen. Lenin war es, der den Marxismus auf die veränderten sozialökonomischen Verhältnisse des neuen Jahrhunderts anwandte und sich darin als der überragende Fortsetzer des Marxschen Werkes erwies. Seine Theorie kann und soll hier natürlich nicht referiert werden; da sie aber letztlich den Schlüssel zum Verständnis des Faschismus und insbesondere des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Politik in der faschistischen Zeit liefert, sei ein besonders relevanter Aspekt näher beleuchtet.

Gestützt auf Erkenntnisse Rudolf Hilferdings, gelangte Lenin im Jahre 1916 zu jener prinzipiellen, nach wie vor hochaktuellen Feststellung: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomie, über dem monopolistischen Kapitalismus . . . ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reak-

tion⁸. In seiner klassischen Arbeit über den Imperialismus⁹ entdeckte er die Unausweichlichkeit imperialistischer Kriege infolge der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der imperialistischen Mächte. Dort wird jene sozioökonomische Grundstruktur des Imperialismus seziert, die stets von neuem imperialistischen Expansionismus gebiert; einen Expansionismus, den die Abfolge kaum kaschierender Slogans der herrschenden Klasse nachzeichnet: „Platz an der Sonne“, „militärische Gleichberechtigung“ (sc. Deutschlands nach Versailles), „Herrenrasse“, „Volk ohne Raum“, „Ökonomischer Riese — politischer Zwerg“, „atomare Gleichberechtigung“, „Grenzen von 1937“ usw.¹⁰.

Zweimal in einem Vierteljahrhundert veranlaßte die hiermit ange deutete Grundsituation den deutschen Imperialismus, die gewaltsame Neuaufteilung der Welt und ihrer Reichtümer auf die Tagesordnung zu setzen und den „Griff nach der Weltmacht“ zu riskieren. Die Herrschaft über Europa und schließlich über die Welt war schon im ersten Weltkrieg sein erklärtes Ziel¹¹. Als er nach dem Desaster dieses Versuchs wieder zu Kräften gekommen war, zeigte er sich bald aggressiver und reaktionärer denn je. Schon seit Ende des 19. Jh. bei der Verteilung der Reichtümer der Welt zu spät und zu kurz gekommen, sah er sich nun noch mehr zurückgeworfen, „benachteiligt“, wie es in imperialistischer Sprachregelung heißt. Zum überkommenen Drang nach Neuaufteilung der Welt kam das Ziel der Wiedereroberung der durch Versailles entgangenen Profitquellen. Eine neue Qualität gewannen für ihn nach dem ersten Weltkrieg die Expansionsziele im europäischen Osten. Es ging ihm hier nun nicht mehr nur um imperialistische Eroberung, sondern um den Kampf gegen den Sozialismus und für die Restauration des Kapitalismus auf dem Territorium der UdSSR. Antikommunismus und Antisowjetismus wurden zu einem wesentlichen und verschärfenden Moment der traditionellen Aggressivität des deutschen Imperialismus, der seit der Oktoberrevolution zu den erbittertsten und gehässigsten Feinden des ersten sozialistischen Staates gehörte. Alle Linien der imperialistischen Aggressivität mündeten und kulminierten in der Herrschaft des deutschen Faschismus. Reaktion auf der

8 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“ (1916), in Lenin: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

9 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916), in Lenin: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 189 ff.

10 Die Begeisterung der Konzernmagnaten für diese Losungen und für den Krieg ist darum keineswegs zureichend mit ihrer „traditionellen politischen Naivität und Blindheit“ erklärt. (Dieter Grosser: Die nationalsozialistische Wirtschaft, in: Das Argument, Nr. 32, S. 11).

11 Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1961; Willibald Gutsche: Erst Europa — und dann die Welt, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 1964, H. 5, S. 745 ff. Für das Folgende vgl. Dietrich Eichholtz/Gerhart Hass: Zu den Ursachen des zweiten Weltkrieges und den Kriegszielen des deutschen Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 1967, H. 7, S. 1148 ff.

ganzen Linie zwecks Sicherung von Monopolprofiten und Kriegsvorbereitung zwecks Neuaufteilung der Erde entsprechend dem sich wandelnden interimperialistischen Kräfteverhältnis — das sind die hervorstechenden politischen Kennzeichen des Imperialismus nach Lenin. Eben auf dieser Linie vollzog sich auch die Politik der faschistischen Diktatur, wengleich in neuer, extremer Modifizierung. Ihr völliges Scheitern war von allem Anfang an — ähnlich wie schon im ersten Weltkrieg — durch die krasse Inkongruenz von Zielen und Mitteln bestimmt. Ein unüberwindlicher Widerspruch klappte zwischen den maßlosen Eroberungs- und Vernichtungszielen und der Begrenztheit der verfügbaren ökonomischen und militärischen Kräfte, von den moralischen nicht zu reden. Nur den Nationalsozialismus und seine Ideologie für die Niederlage des deutschen Imperialismus verantwortlich zu machen, spricht gegen die historische Erfahrung schon des ersten Weltkrieges, die da lehrt, daß die „Tendenz zur Selbstzerstörung“ in der Politik des deutschen Imperialismus bereits existent und sichtbar war, als an Hitler und das „Dritte Reich“ noch nicht zu denken war. Tatsächlich muß eine Untersuchung, die sich nicht durch Erscheinungen zweiten und dritten Ranges und durch ideologische Trübungen und Verzerrungen den Blick entschärfen läßt, zu dem Ergebnis kommen, daß der Hitlerfaschismus die bis dahin höchste Potenzierung und gewaltsamste Ausprägung imperialistischer deutscher Politik verkörperte.

*

Bei Mason und ähnlich auch bei Grosser¹² wird schließlich derjenige Problemkreis in seiner theoretischen und praktischen Bedeutung unterschätzt oder vernachlässigt, der durch den Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert wird. Zwar handelt Mason den staatsmonopolistischen Kapitalismus in seiner „Erwiderung“ mehrfach ab; seine Bemühungen um diesen Begriff scheitern aber daran, daß er faschistische Diktatur und bürgerliche Demokratie (über diese hegt er große Illusionen) nicht als nur zwei verschiedene Formen des politischen Überbaus über ein und derselben „Gesellschaftsstruktur“, das heißt vor allem über derselben Klassenstruktur und ökonomischen Basis, begreift, nämlich über dem, was wir unter staatsmonopolistischem Kapitalismus verstehen. Mechanismen und Methoden staatsmonopolistischer Regulierung und Manipulierung können in allen imperialistischen Ländern einander weitgehend gleichen, beispielsweise und besonders im Kriege. Sie gleichen einander tatsächlich: Davon überzeugt ein tieferer Blick in Geschichte und Gegenwart nicht nur des deutschen bzw. westdeutschen Imperialismus (Notstandsgesetze), sondern auch der anderen imperialistischen Mächte. Die Brutalität und Aggressivität eines faschistischen Regimes freilich beschleunigt und intensiviert die Herausbildung extremer staatsmonopolistischer Mechanismen und

Strukturen. Doch es gab und gibt keine „freischwebende Politik“, wie Mason es für die Politik Hitlers behauptet. Die Ziel-funktion sowohl faschistischer und halbfaschistischer als auch bürgerlich-demokratischer Regimes im Imperialismus bleibt stets imperialistisch, ihre gesellschaftliche Grundstruktur stets staatsmonopolistisch. Bei der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt es sich um die marxistische Theorie der neuen Strukturen und Entwicklungsformen, die der „moderne“ Imperialismus in Ökonomie und Politik seit einem halben Jahrhundert zunehmend hervorgebracht hat. Lenin stellte bereits im ersten Weltkrieg bestimmte wichtige Veränderungen im Herrschaftssystem der kriegsführenden imperialistischen Staaten, besonders Deutschlands, fest. Er definierte diese Erscheinungen unter dem Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus (*gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm*) als das Verwachsen von Monopolen und Staat zu einem einzigen Mechanismus imperialistischer Herrschaftsausübung, als Verschmelzung der Potenzen beider¹³. Das Hinüberwachsen des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ist ein Wesensmerkmal der Periode seit 1917/18. Dieser Prozeß stellt eine aggressive Reaktion der herrschenden imperialistischen Kreise auf den Druck der Entwicklung der modernen Produktivkräfte und des gesellschaftlichen Charakters der Produktion dar, auf die tiefen inneren und äußeren Widersprüche des Kapitalismus, auf die schweren ökonomischen und politischen Erschütterungen und Krisen, die mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus einsetzten, auf die Zuspitzung des Klassenkampfes und insbesondere auf den Vormarsch des Sozialismus in der Welt.

Diese neue Phase imperialistischer Entwicklung zeichnet sich durch eine qualitativ neue Rolle der Staatsmacht in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, besonders aber im Wirtschaftsleben, in der Gestaltung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, aus. Der imperialistische Staat wirkt mit umfassender Aktivität auf jene Bereiche ein; die Wirtschaft wird regulierenden Eingriffen von gesamtwirtschaftlichen Ausmaßen und Auswirkungen unterworfen, die die Erhaltung, Sicherung und Erweiterung der Profite der Finanzoligarchie und ihrer Macht überhaupt gewährleisten sollen.

Nach wie vor herrscht das Finanzkapital, herrschen die mächtigsten Monopolgruppen; sie vereinen ihre Macht mit den gewaltigen Potenzen des Staates zu einem einzigen Herrschaftsmechanismus. Die ihnen solcherart zuwachsenden staatsmonopolistischen Potenzen sichern ihnen zeitweise und in gewissem Maße größere Manövrierfähigkeit, erweitern ihnen vor allem den Spielraum für die Entwicklung der Produktivkräfte. Sie ermöglichen ihnen im Kriege und schon vor dem Kriege die planmäßige, massenhafte Umwandlung von Produk-

13 Analyse und Begriffsbestimmungen finden sich in verschiedenen Arbeiten Lenins, besonders aus dem Jahre 1917 (W. I. Lenin: Werke, Bd. 24 ff.).

tivkräften in Destruktivkräfte, in Mittel der Zerstörung und Massenvernichtung. Diese Potenzen wiederum können in dem Maße vermehrt werden, in dem es den herrschenden Kreisen in erbittertem Klassenkampf gelingt, ihr staatsmonopolistisches Herrschaftssystem im Widerspruch zu den Lebensinteressen der arbeitenden Klassen auszubauen und zu vervollkommen.

Jener Mechanismus ist indessen keineswegs konfliktlos und einheitlich. Weder verändert der staatsmonopolistische Kapitalismus grundsätzlich das Wesen des Kapitalismus und Imperialismus, noch kann er dies System vor seinem schließlichen Untergang bewahren. Konkurrenz und Anarchie der Produktion und der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt wirken auf höherer Ebene und in neuen Formen fort. Die Widersprüche des imperialistischen Systems reproduzieren sich auf größerer Stufenleiter und in neuen Dimensionen.

Die faschistische Diktatur ist ein besonders exemplarischer Beleg für diese These. Den reaktionärsten und aggressivsten Elementen des deutschen Finanzkapitals erschien es ausgangs der Weltwirtschaftskrise im Interesse ihrer weitgespannten imperialistischen Zielsetzung angeraten, ihre faschistische Herrschaft über das deutsche Volk zu errichten, das heißt, ihre Macht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes zu verschmelzen. Nurmehr den Faschismus, die Quintessenz alles Reaktionären und Barbarischen in Politik und Ideologie, hielten sie für fähig, ihnen mittels offenen Terrors und mit Hilfe von Demagogie und Massenmanipulierung den gordischen Knoten innerer und äußerer Schwierigkeiten und Widerstände zu durchhauen, die sie an der rücksichtslosen Ausplünderung der arbeitenden Klassen, an einer forcierten Aufrüstung, an der Restauration imperialistischer Großmachtstellung und schließlich an der imperialistischen Expansion in Europa und über Europa hinaus hinderten.

Die Herrschaftsmethoden des Faschismus waren das Mittel, das jene Kreise für ihren Versuch wählten, einerseits die arbeitenden Klassen, voran die Arbeiterklasse, der unumschränkten Ausbeutung durch die Monopole vollständig zu unterwerfen und sie als Schlachtvieh für den Krieg zu manipulieren, andererseits die Schwächen des deutschen Kriegspotentials durch angespannteste Rüstung und umfassende staatsmonopolistische Regulierung und Kontrolle wettzumachen. Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollten in bisher nicht dagewesenem Umfang und einmaliger Intensität von dieser Regulierung und Militarisierung erfaßt und durchdrungen werden.

Dies war objektiv der Versuch, zu einem vollständigen, „totalen“ System staatsmonopolistischer Machtausübung zu gelangen; ein Versuch, der schon vor Kriegsbeginn weiterreichende Resultate zeitigte, als während des ersten Weltkrieges zu beobachten, und der in den Kriegsjahren weitgehend verwirklicht wurde im Rahmen des „Großdeutschen Reiches“ und des von ihm unmittelbar beherrschten Territoriums und in Formen, die den Kriegsverhältnissen entsprachen.

Theoretische und logisch-methodologische Kritik kann richtig und einleuchtend sein — beweiskräftig und überzeugend wird sie erst in Verbindung mit dem Tatsachenmaterial, das die Geschichte darbietet. Die Geschichte verifiziert die Theorie, oder sie widerlegt sie.

Czichon hat in seinem Artikel Quellenmaterial in Fülle ausbreitet. Es soll im folgenden noch durch eigene Forschungen und neue Funde ergänzt und in seiner Aussage systematisiert werden. Die konkrete Beweisführung wird sich dabei zeitlich auf die Jahre 1936—1939 konzentrieren und sich thematisch ausschließlich gegen eine Hauptthese Masons richten, die seit Arthur Schweitzers Arbeiten Schule macht: daß nämlich Hjalmar Schacht der staatliche Exponent „der“ Großindustrie als eines einheitlichen und gegenüber der faschistischen Politik und Partei selbständigen (damit im Grunde nicht voll beteiligten und verantwortlichen) Machtfaktors gewesen sei und daß dieser Machtfaktor Großindustrie sich nach der Zurückdrängung Schachts in eine „Anhäufung von Firmenegoismen“ aufgesplittert habe und damit als solcher verschwunden sei.

Die Quellen vermitteln ein ganz anderes Bild. Eine grobe Skizze des bisher vorgefundenen Tatbestandes ergibt zunächst, daß es stets staatsmonopolistische Gruppierungen von mehr oder weniger dauerhafter Konsistenz waren, die innerhalb des Herrschaftsmechanismus um den entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ebenso wie auf die von der Wirtschaftspolitik nicht abtrennbaren innen- und außenpolitischen Grundentscheidungen konkurrierten. Unter einer staatsmonopolistischen Gruppierung ist ein, sei es durch staatliche, sei es durch großindustrielle, ex definitione jedenfalls durch staatsmonopolistische Institutionen und Organisationen repräsentierter Interessen- und Machtkomplex zu verstehen, in dem bestimmte Konzerne bzw. Konzerngruppen mit bestimmten Teilen des Staatsapparates und Parteiapparates verwachsen. Die einzelnen institutionellen und organisatorischen Erscheinungsformen solcher Gruppierungen können vielfältiger Art sein: Behörden (Ministerien, Vierjahresplanorganisation, Generalbevollmächtigte und Sonderbeauftragte), „Selbstverwaltungs“-Organe der Wirtschaft (Reichsgruppe Industrie, Wirtschaftsgruppen, Reichsvereinigungen), lobbyistische Gruppen des Großkapitals („Kleiner Kreis“ der Ruhrmontankonzerne), „Wirtschaftsberater des Führers“ usw.

Politischen Kursänderungen liegt häufig ein Führungswechsel zwischen staatsmonopolistischen Gruppierungen zugrunde. Gerade ein solcher Führungswechsel setzte mit dem Jahr 1936 ein. In diesem Jahr wurde die Aufrüstungskonzeption der Gruppierung Schacht/Thyssen/Thomas, die zugleich eine bestimmte außenpolitische und Kriegskonzeption war, durch die Konzeption der Gruppierung Göring/IG-Farben abgelöst, bekannt unter dem Begriff des Vierjahresplanes, die Hitler durch sein Eingreifen unterstützte. Primäre Ursachen für diese Machtverschiebung innerhalb der herrschenden Klasse bildeten auf längere Sicht Unterschiede in den ökonomischen Interessenlagen der Konzerngruppen, auf kürzere Sicht die Notwendigkeit für den deutschen Imperialismus, akute Alternativent-

scheidungen von größter politischer und ökonomischer Tragweite zu fällen.

Das Jahr 1938 brachte indessen nicht nur die Stabilisierung des Kurses der nunmehr dominierenden staatsmonopolistischen Gruppierung und die Konsolidierung dieser Gruppierung selbst, sondern reaktivierte im Zuge der inneren Expansion (vor allem via „Arisierung“) und der beginnenden äußeren Expansion (Österreich, Tschechoslowakische Republik) auch die zunächst von den vordersten Positionen abgedrängten Konzerngruppen und retablierte noch vor Kriegsausbruch teilweise ihren staatsmonopolistischen Einfluß bzw. dafür günstige Ausgangspositionen.

Verändert blieben das innere Kräfteverhältnis im staatsmonopolistischen Mechanismus und vor allem seine innere Struktur, die jetzt stärker der unmittelbaren Kriegsvorbereitung angepaßt worden war.

Schacht war als Reichsbankpräsident und — seit 1934 — als Reichswirtschaftsminister Finanzier und Organisator der ersten Aufrüstungsphase 1933 bis 1935. Sein Werk war die schwindelhafte Finanzierung der Aufrüstung (Mefo-Wechsel). In seiner Amtsperiode wurde die staatsmonopolistische Regulierung der deutschen Außen- und Devisenwirtschaft, bald bekannt als „Neuer Plan“, aufgebaut. Seine Behörden bereiteten schon seit 1933/34 die Rationierung der Lebensmittel und Konsumgüter für die Bevölkerung und zahlreiche andere Notstandsgesetze für den „A-Fall“ vor. Mit dieser Politik verband Schacht — damals einer der wichtigsten Repräsentanten des faschistischen Regimes — eine extrem imperialistisch-revanchistische Zielsetzung, die sich auf die Liquidierung des Versailler Systems, auf die Restitution Deutschlands als europäische Großmacht und als Kolonialmacht richtete. Diese Ziele gedachte er mit Unterstützung oder zumindest wohlwollender Duldung der herrschenden Kreise in den USA und, unter Umständen, Großbritanniens zu erreichen. USA-Botschafter Dodd, der Schacht gut kannte, äußerte im Dezember 1937 in seinem Tagebuch über ihn, wenn ihm auch Hitlers Diktatur mißfalle (Schacht war gerade erst als Reichswirtschaftsminister entlassen worden!), „so wünscht er doch, wie die meisten anderen namhaften Deutschen, Annexionen — wenn möglich, ohne Krieg; aber auch mittels Krieg, falls die Vereinigten Staaten neutral bleiben“¹⁴.

Diese spezifische strategische Linie entsprang und entsprach Schachts jahre- und jahrzehntelangen Konnexionen zu einer bestimmten Gruppe des deutschen Konzernkapitals, nämlich zu dessen „amerikanischer Fraktion“ (vor allem Danat-Bank bzw. Dresdner Bank/Thyssen; so benannt nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessenlage). In den ersten Jahren der faschistischen Diktatur war Schacht darüber hinaus eine für die gesamte deutsche Finanzoligarchie unentbehrliche Spitzenfigur des Regimes, da er es dank seinem und seiner Gruppe Rückhalt beim amerikanischen und britischen Finanzkapital vor der Drohung der damals noch über-

14 William E. Dodd: *Diplomat auf heißem Boden*, Berlin (1961), S. 493.

legen den französischen Militärmacht und vor internationalen wirtschaftlichen Sanktionen abschirmte¹⁵.

Es liegen bereits verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen über das schwerwiegende Alternativproblem vor, das sich 1935/36 für den deutschen Imperialismus ergab¹⁶. Die Unterschiede zwischen der politisch-strategischen und ökonomischen Konzeption der Schacht-Thyssen-Gruppierung und derjenigen um Göring/IG-Farben lassen sich auf folgende äußerst grobe, modellhaft konstruierte Formel bringen:

Schacht/Thyssen: Die gesteckten Ziele sind nur zu erreichen, wenn wir uns der Unterstützung der USA, wenigstens der wirtschaftlichen, versichern. Ohne diese Unterstützung reicht unser Potential nicht aus, um einen Krieg gegen Osten, gegen die Sowjetunion, und später auch gegen Westen zu führen. Dieser Krieg kann auf keinen Fall geführt werden, bevor wir uns nicht bei optimalem Tempo der Rüstung, das heißt, möglichst unter Vermeidung inflationärer oder sonstiger krisenhafter Erscheinungen, bis an die Zähne bewaffnet, alle notwendigen Vorräte angelegt und Reserven bereitgestellt haben.

Göring/IG-Farben: Unsere Ziele werden uns unvermeidlich in Gegensatz zu allen am status quo interessierten Großmächten bringen. Der Krieg läßt sich nicht auf den Kontinent (einschließlich Sowjetunion) beschränken, sondern Großbritannien und wahrscheinlich auch die Vereinigten Staaten werden im Krieg von Anfang an auf der Gegenseite stehen. Ihr Ziel ist es zunächst, Deutschland und die Sowjetunion sich im Kampf gegenseitig erschöpfen zu lassen. Das gegnerische Lager wird bald den deutschen Rüstungsvorsprung aufholen. Unser Potential reicht für einen längeren, großen Krieg nicht aus. Der einzige Ausweg liegt in einer maximal forcierten Rüstung für eine Reihe von Blitzkriegen, mit denen man nicht mehr lange warten kann, und wirtschaftlich in einer wenigstens zeitweilig aufrechterhaltenden Autarkie als Mittel gegen Blockade.

Die näheren Umstände, unter denen die Vierjahresplangruppierung zustande kam, sind hinlänglich bekannt¹⁷. Wesentlich erscheint in unserem Zusammenhang, daß der IG-Farben-Konzern, dessen exorbitanten Planungen für die synthetische Produktion Schacht stets mit Skepsis und Ablehnung begegnet war, schon 1935 die Verbindung zu Göring und Milch eng geknüpft hatte, daß er der spiritus

15 Siehe Kurt Gossweiler: Die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhm-Affäre, Phil. Diss. Berlin 1963 (MS), passim.

16 Arthur Schweitzer: Foreign Exchange Crisis of 1936, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jg. 118 (1962), S. 256 ff.; derselbe: Big Business in the Third Reich, Bloomington (Ind.) 1964; Monopole und Staat in Deutschland 1917—1945, Berlin 1966, S. 33 ff.

17 Siehe Schweitzer, Foreign Exchange Crisis of 1936, a.a.O.; Heinz Dietmar Petzina: Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936, Wirtschaftswiss. Diss. Mannheim 1965; Monopole und Staat in Deutschland 1917—1945, a.a.O.

rector der Bevollmächtigung Görings schon als Rohstoff- und Devisenkommissar im April 1936 war und daß vor allem Hitlers berichtigte Vierjahresplandenkschrift vom August 1936 zumindest in wichtigen Teilen nach der Vorlage des IG-Farben-Teams unter Carl Krauch entstand, das seit April in Görings Stab inkorporiert war.

Die Vierjahresplanpolitik war eine planmäßige autarkische Politik unmittelbarer wirtschaftlicher Vorbereitung auf einen Krieg sowohl gegen die UdSSR als auch gegen die Westmächte einschließlich der USA. Ihr Ziel war eine Erweiterung des rüstungswirtschaftlichen Potentials und eine Blockadefestigkeit, die für eine Reihe von „Blitzfeldzügen“ (Krauch: „rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten“) ausreichte. Sie stellte außenwirtschaftlich zugleich den Versuch dar, dem deutschen Imperialismus mittels planmäßiger „friedlicher“ Durchdringung und Expansion innerhalb und außerhalb Europas, besonders aber in den Ländern Südosteuropas, eine möglichst solide Ausgangsbasis für einen solchen Blitzkrieg zu verschaffen.

Im Jahre 1938 erweiterte und befestigte der IG-Farben-Konzern weiterhin seine dominierende Machtstellung innerhalb der Vierjahresplangruppierung¹⁸. Anfang des Jahres gelangte zudem auf Schachts Platz im Reichswirtschaftsministerium als neuer Minister Walther Funk, ein von Göring stark abhängiger Mann.

Zu der staatsmonopolistischen Vierjahresplangruppierung, deren Kern der Interessenblock Göring/IG-Farben bildete, gehörte nun die Mehrheit der großen deutschen Konzerne: Deutsche Bank und Dresdner Bank, Flick, Krupp, Mannesmann, Röchling, Siemens, die Flugzeugkonzerne, Preußag und Viag, selbstverständlich die „Hermann-Göring-Werke“, und sogar die synthetisches Benzin produzierende Gruppe (Knepper) aus dem Konzern der Vereinigten Stahlwerke.

Die starke Minderheitsgruppierung um Schacht, Thyssen und Poensgen mußte eine Schwächung ihrer staatsmonopolistischen Positionen hinnehmen, in erster Linie durch die Ausmanövrierung des bisher allmächtigen Schacht. Doch weder die Vereinigten Stahlwerke noch Klöckner und Hoesch trugen irgend erhebliche Einbußen ihrer ökonomischen Machtstellung davon; dieses Fundament ihrer Herrschaft verbreiterte und verfestigte sich noch in der mit dem Vierjahresplan einsetzenden zweiten, stärkstens forcierten Phase der Aufrüstung. Die Vereinigten Stahlwerke, die Domäne Thyssens, Vöglers und Poensgens, waren gerade Anfang 1936 vollständig reprivatisiert worden. Sie hatten bei diesem Riesengeschäft, das Thyssen im geheimen unter dem Beistand Karl Kimmichs vom Vorstand der Deutschen Bank mit Schacht abgemacht hatte, 33 Millionen Mark glatt verdient; das waren fast 30 Prozent des reprivatisierten Aktienpakets aus Reichsbesitz¹⁹! Die Kapitalkraft und innere Stärke des neben der IG-Farben größten deutschen und europäischen Konzerns

¹⁸ Petzina, a.a.O.; Monopole und Staat in Deutschland 1917—1945, a.a.O.

¹⁹ Kurt Gossweiler: Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1965, T. 4, S. 43 ff.

war dadurch derart gewachsen, daß er auch einen längeren kräftezehrenden Kampf der Gruppierungen wohl ausgehalten hätte.

Im Sommer 1937 kulminierte der Kampf aus Anlaß der Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“. Die Gruppe um Thyssen und Poensgen war diesem großen Konkurrenzprojekt gegenüber höchst skeptisch und um so mißtrauischer eingestellt, als die Profitrentabilität der Stahlkonzerne bei Verwendung der Salzgittererze nur mit Staatssubventionen gehalten werden konnte; und sie argwöhnten, sich solcher Subventionen bei der gegenwärtigen Machtkonstellation im staatsmonopolistischen Mechanismus nicht fest genug versichern zu können. Der IG-Farben-Konzern hingegen förderte das Projekt, da er von staatlichen Eingriffen in die Montanindustrie nur eigenen Machtzuwachs und dazu wirtschaftliche Vorteile beim Rohstoffbezug erwarten konnte. Die Krise gipfelte Ende August 1937 in halb drohenden, halb beschwörenden, im Falle Krupps schmeichelnd-werbenden Telegrammen Görings an die führenden Montankonzerne mit der Bitte, sich nicht an der Gegendenkschrift der Vereinigten Stahlwerke zu beteiligen²⁰.

Doch schon im Oktober kam es zum — wie es die Konzerne selbst nannten — „Friedensschluß“ zwischen den Hermann-Göring-Werken und den Ruhr-Montankonzernen. Auf Einladung des Vorstands der Deutschen Bank trafen sich am 21. Oktober 1937 bei Vorstandsmitglied Kimmich in der Zentrale der Großbank (Berlin, Mauerstraße 35) Paul Pleiger, Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke, Peter Klöckner und Friedrich Flick als Repräsentanten der großen Montankonzerne. In ihrer schriftlich fixierten Übereinkunft hieß es, daß die sieben großen Konzerne, die Flick und Klöckner zu den Verhandlungen ermächtigt hatten (Vereinigte Stahlwerke, Krupp, Gutehoffnungshütte, Hoesch, Mannesmann, Klöckner und Flick), „gern bereit seien, an der Entwicklung des neuen Werks in vertrauensvoller Zusammenarbeit mitzuwirken“. Sie boten Pleiger eine Kapitalbeteiligung an. Alle besprachen dann gemeinsam, welche Kapitalkonstruktion überhaupt für die Reichswerke ins Auge gefaßt werden sollte. „Die beiden Vertreter der industriellen Werke“, so hieß es abschließend, „betonten mehrfach, daß die Bereitschaft der Beteiligung in der Hauptsache aus dem Grunde zum Ausdruck komme, um damit dem Herrn Generaloberst Göring zur Kenntnis zu bringen, daß ihrerseits zwischen den großen Werken der eisenschaffenden Industrie und den Hermann-Göring-Werken keine Differenzen bestehen und daß allseitig der Wunsch zu einer einmütigen Zusammenarbeit vorliege. Aus diesem Grunde haben die beiden Herren auch die Anregung gegeben, von dem Herrn Generaloberst empfangen zu werden, um auch in persönlichen Darlegungen ihre Einstellung zu der neuen Gründung auseinandersetzen zu können.“²¹

20 Gedr. bei T. R. Emessen: Aus Görings Schreibtisch, Berlin 1947, S. 82 f.

21 Akten der Deutschen Bank (Fotokopie im Deutschen Wirtschaftsinstitut) — (im folgenden DB), Nr. 4551, Bd. 1, Aktennotiz v. 21. Okt. 1937, unterzeichn. v. Kimmich, Flick und Peter Klöckner.

Göring zeigte sich sehr erfreut über dieses Friedensangebot und ließ Flick und Klöckner alsbald wissen, daß er ihren Wunsch nach einer persönlichen Unterredung teile²².

En passant demonstriert der ganze Vorgang auch die kardinale Funktion, die die Großbanken, voran die Deutsche Bank, im staatsmonopolistischen Mechanismus ausfüllten und die Bankier Kurt von Schröder im Jahre 1945 deutlich beschrieb: „Sie hatten einen ganz gewaltigen Einfluß auf die Partei und auf die Regierung. De facto waren die Großbanken fast eine zweite Regierung.“²³

Die Ruhr-Montankonzerne festigten ihre Positionen auf lange Sicht, als sie ihre wirtschaftlichen und politischen Absprachen im Kreise der sieben genannten Konzerne etwa zur gleichen Zeit institutionalisierten und den „Kleinen Kreis“ oder „Siebenerkreis“ bildeten. Dieser „Rat der Götter“, den Ernst Pönsgen leitete und dem je ein Vertreter der sieben Großkonzerne angehörte, trat in den folgenden Jahren regelmäßig und häufig, zeitweise wöchentlich, zusammen. Sein Geschäftsführer charakterisierte ihn als „Kommission ‚sui generis‘, die sich neben wirtschaftlichen auch mit politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Fragen beschäftigen konnte“²⁴.

Der Druck des in diesem Gremium vertretenen Montanblocks hatte ohne Zweifel maßgeblichen Anteil an jenem bedeutsamen Wechsel in der Leitung der Reichsgruppe Industrie, der sich Ende 1938 vollzog. Am 15. November 1938 bestellte Funk anstelle des noch von Schacht eingesetzten, positionsschwachen Gottfried Dierig (Dierig-Textilkonzern) den Generaldirektor des — von der Deutschen Bank beherrschten — Mannesmann-Konzerns, Wilhelm Zangen, ein Mitglied des „Kleinen Kreises“, zum Leiter der Reichsgruppe Industrie. Schon Zangens erster Vorschlag für jenen ausgesuchten Kreis führender Konzernvertreter, den er künftig als sogenannten engeren Beirat der Reichsgruppe (auch „Kleiner Beirat“) konsultieren und zu wichtigen Entscheidungen heranziehen wollte, fiel so unsymmetrisch zugunsten der Montanindustrie, besonders der vom „Kleinen Kreis“ vertretenen Gruppierung aus, daß Flick taktische Bedenken anmeldete; es sei „zu befürchten, daß man Vorwürfe in der Richtung einer Cliqueswirtschaft erheben wird“²⁵. Zangen dirigierte die Geschicke der Reichsgruppe Industrie bis Kriegsende. Dierigs Ersetzung durch Zangen und die nachfolgende Reorganisation der Reichsgruppe bewiesen das gerade Gegenteil des „nachweisliche(n) Machtverfall(s) der wirtschaftlichen Interessenverbände“, der sich nach Mason voll-

22 Ebenda, Peter Klöckner an Krupp, Thyssen, Siemens, Bücher, Bosch, Poensgen, Reusch, Vögler und andere, 16. Nov. 1937.

23 Vernehmung v. Schröders v. 24. Nov. 1945, zit. nach Heinz Mohrmann: Zur staatsmonopolistischen Konkurrenz deutscher Großbanken unter dem Faschismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1967, T. 4, S. 25.

24 Aussage Jakob Reicherts im Nürnberger Krupp-Prozeß, zit. nach Jürgen Kuczynski: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918 bis 1945, Berlin 1963, S. 146.

25 DB Nr. A 11, Bd. 8, Flick an Zangen, 21. Nov. 1938.

zogen haben soll. Es bleibt ferner gänzlich unklar, womit Mason seine These beweisen will, die Reichsgruppe Industrie unter Zangen habe „im Herrschaftssystem nur noch wenig Gewicht“ gehabt. Auch hier bezeugen die Tatsachen das Gegenteil.

Die Jahre 1938 und 1939 kennzeichnen den Höhepunkt der „Arisierung“ in der deutschen Wirtschaft, an der die Montankonzerne und Großbanken an hervorragender Stelle partizipierten. Eine gründliche Geschichte der wahrhaft verbrecherischen Aktivität der deutschen Monopole bei der „Arisierung“ steht noch aus²⁶.

Mit den ersten Annexionen des deutschen Imperialismus (Österreich, Tschechoslowakei) verschob sich freilich der Akzent von der Expansion mittels innerdeutscher „Arisierung“ — deren materielles Substrat sich schnell erschöpfen mußte — mehr und mehr auf die Beutemacherei in fremden Ländern, bis der Expansionsdrang des deutschen Großkapitals schließlich, den Krieg entfesselnd und durch den Krieg entfesselt, in den Plänen zur „Neuordnung Europas“ und der ganzen Welt und in den barbarischen Versuchen zu ihrer Verwirklichung gipfelte.

Mason sieht im deutschen Finanzkapital zwar einen wesentlichen Nutznießer der „Neuordnungs“-Politik des Faschismus, leugnet aber, daß es ihr Inspirator und Initiator war. „Daß die Großunternehmen rege daran teilnahmen, stellt keinen Beweis dafür dar, daß ihre Bedürfnisse und Interessen dieser Expansion zugrunde lagen.“ („Erwiderung“). Er spricht den Quellen, die Czichon zitiert, wegen fehlender oder zu später Datierung ein gut Teil ihres Beweiswertes ab. Leider mangelt es an Gelegenheit, hier zu diesem außerordentlich wichtigen Punkt ausführlicher Stellung zu nehmen. Unsere grundsätzliche Auffassung zum imperialistischen Charakter der Expansion der deutschen Monopole 1939 (1938)—1945 ist weiter oben dargelegt worden. Eine Reihe neuer marxistischer Forschungsergebnisse scheint Mason bisher entgangen zu sein²⁷. Die Finanzierung der Faschisten in Österreich und in der Tschechoslowakischen Republik durch große deutsche Konzerne vor 1938 bzw. 1939, die Kriegsplanungen führender Monopole vor 1939, die frühen Pläne des IG-Farben-Konzerns für den Raub in der Tschechoslowakei und in Polen sind bereits dokumentarisch zu belegen. Über die „Neuordnungs“-Pläne der Großkonzerne, der Reichsgruppe Industrie und der Wirtschaftsgruppen seit Mai/Juni 1940 liegen ebenfalls erste Arbeiten vor. Befragt, wie die exorbitante, überaus umfangreiche und exakte „Friedensplanung“ der IG-Farben in wenigen Wochen (Juni/Juli 1940) zustande

26 Erste Untersuchungen von Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen/Berlin/Frankfurt/Zürich 1966, und besonders von Karl-Heinz Thieleke: Die „Arisierungen“ des Flick-Konzerns, in Fall 5, Berlin 1965, S. 353 ff.

27 Eichholtz/Hass, a.a.O.; Monopole und Staat in Deutschland 1917 bis 1945, a.a.O.; Kuczynski, a.a.O.; Jürgen Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945, Berlin 1964, S. 41 ff.; Dietrich Eichholtz: Die IG-Farben-„Friedensplanung“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1966, T. 3, S. 271 ff.

kommen konnte, gab IG-Direktor Kurt Krüger vor dem Nürnberger Militärgericht zu Protokoll: „Die Anfertigung und Zusammenstellung des Planes hat nur kurze Zeit in Anspruch genommen, weil die Beteiligten mit dem in Frage kommenden Material sehr vertraut waren und nur ihre Wünsche und Gedanken, die sie sich schon angesichts der Entwicklung gemacht hatten, niederzulegen brauchten.“^{27a}

Resümierend bleibt festzustellen, daß schon eine sehr selektive und summarische Analyse der staatsmonopolistischen Struktur im Deutschland der Vorkriegsjahre die Grundthese Masons als nicht haltbar erscheinen läßt. Es kann keine Rede davon sein, daß das Großkapital seit 1936 insgesamt an Macht und Einfluß im Herrschaftsmechanismus des „Dritten Reiches“ verloren oder der deutsche Kapitalismus sich gar „aufgelöst“ hätte, daß die bürgerliche Gesellschaft zu einer bloßen Anhäufung von sich kreuzenden Firmenegoismen atomisiert worden wäre. Damit verliert die Konstruktion eines Machtvakuumns ihren Boden, das durch einsame, abenteuerliche Entschlüsse Hitlers auszufüllen gewesen wäre.

Bei Kriegsausbruch waren, nach einer Phase verschärften Kampfes der staatsmonopolistischen Gruppierungen, alle tragenden Kräfte und führenden Gruppen der deutschen Großindustrie und Hochfinanz fest etabliert. In der Phase der unmittelbaren Kriegsvorbereitung hatte sich die objektive Tendenz zu wachsender Konzentration und Zentralisation staatsmonopolistischer Regulierungsgewalt stark bemerkbar gemacht und sich vor allem in Gestalt des Vierjahresplanes durchgesetzt. Die Wirtschaft war für einen Krieg schlagkräftiger geworden. Der deutsche Imperialismus zeigte sich expansionslüsterner und aggressiver denn je.

Carl Krauch²⁸ machte sich zum Sprecher aller führenden Monopole und Monopolgruppierungen, als er am 28. April 1939 in einem großen Bericht vor dem Generalrat des Vierjahresplans seine Konzeption für den kommenden Krieg darlegte — in einer strategischen Großzügigkeit, welche diejenige der Generalstäbe noch in den Schatten stellte: „Heute wie 1914 erscheint die deutsche politische und wirtschaftliche Lage — eine von der Welt belagerte Festung — eine rasche Kriegsentscheidung durch Vernichtungsschläge gleich zu Beginn der Feindseligkeiten zu verlangen.“ Wirtschaftlich sei eine „Großraumplanung“ notwendig, insbesondere die „Einbeziehung des südosteuropäischen Wirtschafts- und Rohstoffraumes“ als eines

^{27a} Nürnberger Dok. NI-4928, Erklärung unter Eid von Kurt Krüger, DZA Potsdam, Filmsammlung, IG-Farben, Film Nr. 412.

²⁸ Mitglied des Vorstandes und des Zentralausschusses der IG-Farbenindustrie AG, zugleich Görings „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ (GB Chemie) und stellvertretender Chef der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau.

wehrmachtsmäßig zu sichernden Raumes“. Krauch betonte „die zwingende Notwendigkeit, im Kriegsfall die Ukraine wehrwirtschaftlich auszunutzen“, und reihte auch die USA in die Schar der Gegner Deutschlands ein. „Deutschland muß“, so resümierte er, „das eigene Kriegspotential und das seiner Verbündeten so stärken, daß die (faschistische — d. Vf.) Koalition den Anstrengungen fast der ganzen übrigen Welt gewachsen ist.“²⁹

Besprechungen

I. Philosophie

Gemkow, Heinrich, u. a.: Karl Marx — Eine Biographie, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1967 (446 S., Ln., 6,80 MDN).

Zum 150. Geburtstag von Karl Marx legt das Autorenkollektiv eine Studie vor, die sich versteht als „... Anregung für eine künftige umfangreiche Marx-Engels-Biographie“ (9). Die Arbeit ist konzipiert als populärwissenschaftliches Lehrbuch für Deutsche in beiden Staaten und zugleich als Starthilfe für die Marxlektüre. Die fällige Durchsicht der neueren bürgerlichen Marx-Rezeption konnte und sollte bei diesem Anspruch nicht unternommen werden; so ist in der Hauptsache zu fragen nach dem Inhalt der Lernprozesse, die die Verfasser in Gang gesetzt sehen möchten.

Verdienst des Buches ist das Bemühen, philosophische Arbeiten und ökonomisches Werk in ihrer Bezogenheit aufeinander darzustellen. Daß Pariser Manuskripte und Entfremdungsproblematik diesem Vorhaben nicht entgegenstehen, verdeutlicht der Hinweis auf die dort bereits im Ansatz fixierte Ursache der entfremdeten Arbeit: Privateigentum an den Produktionsmitteln (68 ff.). „Anthropologisierung“ steht auch in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten nicht auf dem Programm, was wohl selbst in der DDR zuweilen angezweifelt wurde.

Leitmotivartig beherrscht wird die Schrift durch den Versuch, präzise nachzuweisen, wie der richtige Standpunkt in den Auseinandersetzungen über die adäquate Form des Klassenkampfes und der Arbeiterparteien allein von Marx und Engels und ihren Anhängern ermittelt wurde. Immer wieder — und nicht ohne aktuelles Interesse — wird auf Marx' Ablehnung jeder „Revolutionsspielerei“ (131) verwiesen, Weitling, Blanqui und Bakunin sind die Anlässe. Die Notwendigkeit der Organisierung der Arbeiter in einer einheitlichen, klassenbewußten Partei, deren Hauptaufgabe die Herbeiführung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist, die dennoch den gewerkschaftlichen Kampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft (wenn nicht als Ziel, so doch als nützliches Mittel) anerkennt, ist die Lehre aus den Klassenkämpfen. Zusammen mit der Revisionismus-Kritik bildet sie den Kern der Biographie, der in jedem Kapitel modifiziert wiederzuerkennen ist.

Jedoch: „So einfach und klar das scheinen mochte, so kompliziert war es, im einzelnen den Feldzugsplan auszuarbeiten ...“ (104), und von eben diesem *Prozeß* der Ausarbeitung erfährt der Leser wenig;

referiert sind vielmehr meist die Ergebnisse als fertige Produkte, bereit zur eiligen Nutzanwendung in der Gegenwart. So ist es charakteristisch, daß das Marx-Lassalle-Verhältnis von der ersten Begegnung bis zu Lassalles Tod als unglaublich konstant geschildert wird. Die historische Würdigung des Gründers des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins besorgen die Autoren selbst, die Bilanz aus der Lassalle-Diskussion der letzten Jahre in der DDR ziehend. Marx' Äußerungen, enthalten im Schriftwechsel mit Engels, finden dabei kaum Beachtung. Ihm wird in dieser Frage bei aller Gegnerschaft vornehme Zurückhaltung bescheinigt: „Marx setzte hohes Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse. . . . Dieses Vertrauen hatte ihn auch bewogen, zur Agitation Lassalles unter den Arbeitern zunächst zu schweigen“ (271). Die Auseinandersetzung mit Bakunin u. a. erfolgt ähnlich summarisch. Eine allzu sparsame Auswahl wesentlicher Zitate aus dem Marx-Engels-Briefwechsel erschwert das Verständnis der politischen Kontroversen: gerade wenn Anarchismus und Reformismus als Gefahren für sozialistische Politik erkannt werden, als zum Teil in der Linken kapitalistischer Länder noch nicht überwundene zumal, wäre es angebracht, statt Schlußreferate zu liefern, den Prozeß der Auseinandersetzung detailliert nachzuweisen. Die Feststellung, Leute wie Bakunin und Lassalle wären „mutig“ und „klug“ gewesen (320) und letzterer hätte „... wie wenige andere die Schriften von Marx und Engels (gekannt)“ (247), stünde dann weniger unvermittelt neben der Tatsache ihrer trotz allem fehlerhaften Interpretation historischer Situationen. Um aus Fehlern zu lernen, muß man deren Entstehungsgeschichte kennen.

Ähnlich schematisierend sind die Ausführungen der Verfasser über die Dialektik. Sie gerinnt ihnen ein wenig zu schnell zum System des Dialektischen und Historischen Materialismus, noch bevor sie recht charakterisiert worden ist. Etwas leichtfertig ist vom „Anwenden“ des Systems auf die Geschichte die Rede (etwa 91, 109, 203). Wieder wäre die Entwicklung zu beschreiben gewesen, wo sich statt dessen nur Resultate finden.

Das Leben Marx' ist in der vorliegenden Biographie gründlich „versachlicht“ und tritt dem Leser vorwiegend als Einblendung in Darstellungen ökonomischer und politischer Probleme entgegen. Krankheit und Armut bilden beinahe nur den Hintergrund, vor dem wahre Größe des Wissenschaftlers sichtbar gemacht werden soll: wissenschaftliche Arbeit und politischer Kampf „... ließen Marx oft selbst die drückendsten häuslichen Sorgen vergessen“ (268). Daß die Unsicherheit der materiellen Verhältnisse auch verständlicherweise zu Konflikten in seiner Ehe führte, die zu überwinden waren, läßt sich nach der Lektüre bestenfalls ahnen. Die Autoren glauben im übrigen noch immer „rücksichtsvoll“ die Existenz des unehelichen Marx-Sohnes verschweigen zu müssen. Die persönlichen Streiflichter, deren *Zusammenhang* mit Urteilen und Erkenntnissen der Person oft nicht recht deutlich wird, sind überwiegend der Idylle verpflichtet.

Tucker, Robert C.: Karl Marx. Die Entwicklung seines Denkens von der Philosophie zum Mythos. Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 20, C. H. Beck Verlag, München 1963 (348 S., Ln., 12,80 DM).

Tucker verdeutlicht gegen seine Intention die Schwächen der modischen Interpretationen des Marxismus als „sozialistischer Säkularisation der Eschatologie“ (Buber). Was am Marxschen Denken über „reine“ Philosophie (oder die jeweiligen Sozialwissenschaften) hinausgeht und diese kritisiert, setzt T. durch einige oberflächliche Analogien in eins mit den geschichtsphilosophischen Entwürfen der christlichen Theologien, ohne daß er die Begründung der Marxschen Kritik mitreflektieren würde. Diese Interpretation des Marxismus kann nur gelingen, wenn T. einen Wissenschaftsbegriff zugrunde legt, dessen Herkunft nicht problematisiert wird und mit dessen Hilfe weder der rationale Gehalt mittelalterlicher Religiosität noch die diese Tradition aufhebende Theorie-Praxis-Beziehung im Marxismus begriffen werden können. Vielmehr wird der theoretische Mangel zur Krücke der Argumentation, wenn T. sich bemüht, das Marxsche Denken als religiöses System zu interpretieren: „Philosophie und Wissenschaft als forschendes Tun stehen nicht in einem notwendigen Zusammenhang mit praktischem Handeln, aber im allgemeinen nach westlicher Praxis die Religionen“ (S. 22). Deshalb ist die Forderung nach der „Einheit von Theorie und Praxis, das heißt die enge Verbindung zwischen der bloßen Weltanschauung und einer Anzahl von Vorschriften zu einem ihr gemäßen Handeln...“ (S. 21) eine religiöse Forderung sowohl an den Theoretiker als an das „Proletariat, die Gläubigen des Marxismus...“ (S. 23). T. genügt als Bestimmung von Religion die Annahme eines „höchsten Wesens“, sei es der „Mensch als Gattungswesen“ oder der außerweltliche Gott. Danach wäre jegliche Gesellschaftstheorie unwissenschaftliches, d. h. religiöses oder mythisches Denken, wenn sie ihren tatsächlich „notwendigen Zusammenhang mit praktischem Handeln“ nicht ignoriert, sondern bewußt miteinbezieht. Deshalb ist es konsequent, wenn T. versucht, die Marxsche Analyse der Entfremdung als mythische Konstruktion zu entlarven.

Den entscheidenden Schritt von der Philosophie zum Mythos habe Marx vollzogen, wenn er den „alten psychiatrischen Begriff“ der Entfremdung, anstatt zu klinischen Diagnosen von Neurotikern (wobei T.s Auffassung von „alienation“ als Neurose auf einem zumindest unüblichen Begriff von Neurose beruht), zur Bezeichnung des gesellschaftlichen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital verwende. Damit mache Marx aus einem Problem der individuellen (und, so läßt T. anklingen, Marxens eigener) Psyche eine gesellschaftstheoretische Konstruktion, die ihre Evidenz allenfalls einigen frühkapitalistischen Exzessen verdanke.

Alles, was Marx nach 1844 noch schrieb, ist nach T. nichts weiter als eine Ausarbeitung der These von der Entfremdung, „nur daß er mit dem Begriff der Arbeitsteilung noch einige Verzierungen anbringt“, aber dann „meinte er immer mit ‚Arbeitsteilung‘ ‚Entfremdung‘“ (S. 246). Außerdem „wird die Arbeitsteilung in allen ihren

Formen als etwas Schlechtes verurteilt, vor allem deshalb, weil sie einen Verlust der Freiheit bedeute“. Diese Verfälschung von in Genesis und Geltung historisch gebundenen Begriffen zu überhistorischen Kategorien kennzeichnet die Arbeit T.s: er kritisiert an Marx seine eigene Fehlinterpretation. Heiner Ganßmann (Berlin)

Kux, Ernst: Karl Marx — Die revolutionäre Konfession. Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1967 (137 S., Pb., 15,— DM).

Schweizer Ostexperten haben endlich den wahren Marx entdeckt: Arnold Künzli den revolutionären Neurotiker und nun Ernst Kux den revolutionären Romantiker. Der geniale Einfall von der Seelenverwandtschaft zwischen Adam Müller, Marx, Nietzsche und last not least dem bolschewistischen Totalitarismus (7) ist mit einem soliden Fundus von Zitaten und Anmerkungen abgesichert, der mehr als die Hälfte des ohnehin schmalen Buches umfaßt. Kux hält sich offenbar an die Devise, daß der beste Gedanke immer noch der kürzeste Weg von einem Zitat zum anderen ist. Zwei Drittel seiner Arbeit widmet er solcherart dem Bemühen, Marx auf dessen „Einflüsse“ zu reduzieren. Aber selbst Kux bemerkt, daß das säuberliche Aneinanderreihen von Gedankenketten, die Marx von Romantikern übernommen hat oder haben könnte, sein Buch noch nicht zur „kritischen Untersuchung“ macht, die es laut Klappentext zu sein beansprucht.

Sein analytischer Höhenflug folgt bewährten Mustern. Der Romantiker Marx, mußte Kux schon eingangs feststellen, hat an der Romantik Kritik geübt. Aber: „nur“ an deren Verbindung „mit den reaktionären Kräften ihrer Zeit“, nicht an ihrer grundsätzlichen „antibürgerlichen Einstellung“ (14). Offensichtlich kann der „Antibürgerliche“ nur ein reaktionärer oder revolutionärer *Romantiker* sein, das heißt im Grunde nur ein Spinner oder Schlimmeres. Denn Romantik, das ist nach Kux die „Forderung einer unmittelbaren Erkenntnis“, mittels welcher der „totale Mensch‘ total die totale Welt manipulieren kann“ (69).

Wie aber geht das zusammen mit der Marxschen Auffassung des „Lebensprozesses als notwendiger, gesetzmäßiger Realität“ (79), die „unabhängig von seinem (sc. des Menschen) Willen und Wissen“ (87) abläuft? Nun, indem Kux „unabhängig vom Willen und Wissen“ identifiziert mit „unabhängig von menschlichem Tun schlechthin“. An die Stelle des wirklichen Marxschen Begriffs von geschichtlicher Gesetzmäßigkeit, der Handlungsalternativen der Individuen im Sinn der mehr oder weniger gelungenen Bewährung oder des Versagens gegenüber den selbstgeschaffenen Aufgaben voraussetzt, tritt das abstrakte Gegeneinander von Freiheit als absoluter Willkür und Notwendigkeit als absoluter Versklavung: das total manipulierende Individuum als das total manipulierte. „Die Revolution wird zu einem mechanischen Ablauf, dem der Mensch ausgeliefert wird... Seine Freiheit kann er so nur durch die totale und nie aufgehende Revolution gewinnen. Statt zur Freiheit zu gelangen, wird er ein

Sklave der permanent erklärten Revolution“ (97). So wird uns denn am Schluß geoffenbart: „Revolution um der Revolution, das ist der Inhalt der ‚revolutionären Konfession‘. Nicht Revolution, um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen einzuführen, um das Elend zu vernichten, aus Mitleid und sozialem Gefühl, sondern einzig aus dem prometheischen Drang heraus, ‚götterähnlich‘ zu werden“ (106).

Klaus Marezky (Berlin)

Wygodski, Witali Solomonowitsch: Die Geschichte einer großen Entdeckung — Über die Entstehung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx, aus dem Russischen übers. von Dr. Horst Friedrich u. Dr. Horst Richter, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1967 (159 S., Ln., 6,80 MDN).

Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler stellt die Entwicklung von Marx' ökonomischer Theorie dar, deren Kulminationspunkt die Ausarbeitung des „Kapital“ ist. In der Hauptsache werden die Vorstudien zu diesem Werk untersucht: „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ und die „Theorien über den Mehrwert“. Bisher vorgenommene Periodisierungen der ökonomischen Schriften vermögen den Autor mit Recht nicht zu überzeugen, insbesondere dann nicht, wenn eine Trennung vorgenommen wird zwischen früher Kritik der bürgerlichen Auffassungen und späterer Ausarbeitung der eigenen Theorie. Der Prozeß der Kritik und die Herausbildung der neuen Position sind nach seiner Ansicht als Einheit zu verstehen. Dies verdeutlicht der Inhalt des „Kapital“, in dem „zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben“ (15) zu finden ist. Kriterium einer sachgerechten Periodisierung ist für W. der jeweilige Entwicklungsstand der Wert- und Mehrwerttheorie. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht deshalb der Zeitabschnitt zwischen 1850 und 1863, vom Beginn der ökonomischen Studien in London bis zum Abschluß der „Theorien über den Mehrwert“.

Der Verfasser nimmt den Titel seines Buches beim Wort. Daß wissenschaftliche Entdeckungen ihre Geschichte haben, aus der heraus sie begriffen werden müssen und daß zu dieser Geschichte auch mit Mängeln behaftete Vorarbeiten, selbst Irrtümer zu zählen sind, müßte im Grunde stets Ausgangspunkt marxistischer Untersuchungen sein. Dennoch entstand gerade bei sozialistischen Lehrbüchern über die Marxsche Theorie oft genug der Eindruck, als wäre der Theoretiker von Anbeginn im Besitz der historischen Wahrheit gewesen und es hätte nur noch einiger Anstrengung bedurft, den Ballast einer spekulativen Sprache abzuwerfen. Der neuerliche Verweis auf die vielschichtige Genesis des ökonomischen Werkes scheint deshalb noch immer nützlich zu sein.

W. versucht, das „schöpferische Laboratorium“ (50) des Forschers sichtbar zu machen. Seiner Vorgehensweise mißt er keineswegs nur theoretische Bedeutung bei: Die Theorie kann „... nur in ihrer Entwicklung, ihrem Werden richtig begriffen werden ... Anderenfalls

eignet man sie sich unweigerlich dogmatisch, d. h. entstellt, falsch und oberflächlich an“ (13). Bei jeder Diskussion über Fragen der bürgerlichen Ökonomie habe die Entwicklung der Mehrwerttheorie die entscheidende Bedeutung gehabt, sei es bei der Kritik der Geldlehre Proudhons, der Entwicklungstendenz der Landwirtschaft unter kapitalistischen Bedingungen oder sogar bei der Beurteilung der Effektivität von Gewerkschaftsbewegungen.

Die Meinung des sowjetischen Theoretikers D. I. Rosenberg, der schon im „Elend der Philosophie“ den Ansatz der neuen Werttheorie zu entdecken glaubt, wird abgelehnt. W. weist demgegenüber darauf hin, daß zwar der Terminus „Mehrwert“ bereits bekannt gewesen sei, die Kritik an Proudhon aber noch auf der Grundlage der Arbeitswertlehre von Ricardo habe vorgenommen werden müssen. Nur der *Gebrauchswert* der Ware Arbeitskraft (ihre Eigenschaft, über den eigenen Wert hinaus Werte zu schaffen) war schon im Blickfeld, die Bestimmung des *Wertes* (die historisch sich verändernden Reproduktionskosten des Arbeiters) stand noch aus. Daß trotz Mehrwertproduktion der Äquivalententausch nicht außer Kraft gesetzt ist, weil der Wert der Arbeitskraft durch den Unternehmer ersetzt wird, blieb der klassischen Ökonomie verborgen; Marx' späteren Analysen ist es vorbehalten, den Doppelcharakter der Ware und den Unterschied zwischen Mehrwert und Profit aufzudecken. In den vierziger Jahren war „... der Sprung von der bürgerlichen zur marxistischen Betrachtungsweise des Austausches zwischen Arbeit und Kapital ... noch nicht vollzogen“ (33), wenngleich das entscheidende Fundament schon gelegt war. Der Verfasser hebt die unmittelbaren praktischen Konsequenzen der noch unvollendeten Theorie hervor, die Rosenberg u. a. vernachlässigt hatten: Da Marx und Engels vom festgesetzten „Minimum des Arbeitslohnes“ ausgingen, dessen notwendige historische Modifizierung jedoch noch nicht reflektierten — „eine rein bürgerliche Behandlungsweise des Problems“ (142) — hielten sie Gewerkschaften und Streiks nur politisch, nicht aber ökonomisch für sinnvoll. So meinte Engels zunächst sogar, die im Streik erhobene Forderung nach Verbesserung der Lebensbedingungen könnte die Verallgemeinerung der Krise und damit die Revolution aufhalten. Auch bei Marx sei der Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Revolution bis 1857 nicht hinreichend geklärt gewesen. Er „... betont richtig den objektiven Charakter der Revolution, geht aber ... an den Zusammenhang ... noch zu gradlinig heran“ (44). Daß der Klassenkampf auch verbunden sein muß mit dem Kampf um bessere Löhne innerhalb der bestehenden Ordnung, ohne daß damit ihre Verewigung beschlossen wäre, wird von Marx nach der Formulierung der Werttheorie voll erkannt („Lohn, Preis und Profit“ im Gegensatz zu „Lohnarbeit und Kapital“).

W.'s Arbeit beschränkt sich auf die Wiedergabe der Entwicklungsstufen der Theorie, ohne den weiteren Geschichtsverlauf mit einzubeziehen (wie etwa P. Sweezy in der „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“). So legitim diese Themenstellung ist, der Verfasser schien sich dennoch verpflichtet gefühlt zu haben, die Aktualität des

Ansatzes von Marx für die gegenwärtige Situation noch einmal ausdrücklich zu betonen. Im Schlußkapitel werden auf knapp zehn Seiten so gewichtige Fragen wie „Das Kapital‘ und der heutige Kapitalismus“ und „Die Perspektiven einer neuen ökonomischen Gesellschaftsformation. Marx‘ Ansichten von der kommunistischen Ökonomik“ (147) eingeführt. Auch diese Vorgehensweise ist zu begründen. Wem nützt es aber, bei aller Richtigkeit der einzelnen Aussagen, wenn über die kapitalistische Entwicklung kaum mehr zu erfahren ist, als daß der Imperialismus den Marxschen Prognosen nicht zuwiderläuft, bürgerliche Ökonomen nach wie vor das Schicksal haben, widerlegt zu werden und daß im Programm der KPdSU „die Erscheinungen verallgemeinert sind, die uns die Wirklichkeit heute liefert“ (149)? Im Anschluß daran resümiert der Autor Marx‘ Äußerungen über die sozialistische Gesellschaft. So einleuchtend die Bemerkungen über die nunmehr rationale Nutzung der Maschinerie, die veränderte Beziehung zwischen Arbeits- und Freizeit, über Emanzipation, polytechnischen Unterricht und freie Entwicklung der Individuen sind, die etwas kurzatmige Aufzählung läßt fast vergessen, daß all dies durchgesetzt werden muß unter den konkreten Bedingungen des gleichzeitigen Bestehens zweier Gesellschaftssysteme, weshalb auch, unter ungünstigeren Vorzeichen, Lehrbücher und -methoden entstanden, deren begrenzte Brauchbarkeit W. heute nachweist. Letztlich ist es aber gerade seinem eigenen Konzept zu verdanken, wenn die relative Abstraktheit des Schlußteils sich von der übrigen Analyse abhebt.

Insgesamt ist nützliches Material zusammengetragen und geordnet worden. W.'s didaktisches Programm hätte aber durch Sachregister und Bibliographie sicherlich unterstützt werden können.

Dieter Krause (Berlin)

Kettler, David: *Marxismus und Kultur*. Mannheim und Lukács in den ungarischen Revolutionen 1918/19. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Erich Weck und Tobias Rülcker. Soziologische Essays, Luchterhand. Neuwied 1967 (70 S., kart., 5,80 DM).

Kettlers Aufsatz wertet Material aus, das für eine Biographie Karl Mannheims gesammelt wurde. Untersucht werden die Wirkungen der von Simmel und Weber beeinflussten „revolutionären Kulturbewegung“ der „Freien Schule für Geisteswissenschaften“ 1917—1918, deren Hauptvertreter Lukács und Mannheim waren, auf die Politik der ungarischen Räteregierung von 1919, in der Lukács Kommissar für Erziehungswesen war. Dabei geht Kettler nicht von Lukács' theoretischen Arbeiten aus, um eine Kontinuität der Entwicklung von der Kritik der bürgerlichen Kultur zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft nachzuweisen, sondern von einer Rede Mannheims über „Seele und Kultur“ (1917), in der Kettler die Grundgedanken, Stimmung und Ziele der „Freien Schule für Geisteswissenschaften“ repräsentativ dargestellt sieht: Opposition gegen den Kapitalismus im

Namen der idealistischen Philosophie (Lukács am 4. 8. 62), Neinsagen zum Positivismus, Versuch einer Überwindung der Kluft zwischen „subjektiver“ und „objektiver Kultur“, die als eine Ansammlung vergangener und gegenwärtiger Werke erscheint, die den Erfahrungen der menschlichen Seele gegenüber immer unabhängiger und fremder werde. Die Überwindung dieser „Entfremdung“ geschehe im Wissen um eine neue, schöpferische Kultur (24).

Diese theoretische Position, die die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft kritisiert, ohne die den Zerfall der bürgerlichen Kultur bewirkenden Produktionsverhältnisse zu kritisieren, versucht Kettler aus den Veröffentlichungen Lukács' von März bis Juni 1919 herauszulösen. Auf diese Weise erklärt er den „ethischen Kommunismus“ der Lukács-Gruppe, deren Beteiligung an der Räteregierung eine tragische Notwendigkeit und ein Opfer gewesen sei, das der Verwirklichung der neuen Kultur habe gebracht werden müssen. (Lukács hatte im November 1918, als sich die KPU konstituierte, einen Zeitschriftenartikel verfaßt, in dem er die sowjetische Revolution aus ethischen Erwägungen kritisierte; er war in der KPU als „Ethiker“ angegriffen.) In dem Bemühen, die Identität der Analyse der „Kulturkrise“ in der „Freien Schule für Geisteswissenschaften“ und der Gesellschaftsanalyse von Lukács 1919 aufzuzeigen, entgeht Kettler gerade der wesentliche Unterschied, daß Lukács nun die Krise der Kultur als Krise der kapitalistischen Gesellschaft begreift: „Wenn die Kultur die Freiheitsidee ernst nimmt, muß sie zur Kritik der Gesellschaftsordnung werden . . . wenn sie die Idee der Freiheit nicht ernst nimmt, wird die Ideologie der Freiheit in ihrem Munde zur Lüge. Die Kultur gerät also entweder mit der Gesellschaft oder mit sich selber in Zwiespalt.“ (Lukács im Juni 1919, vgl. S. 47).

Weil Kettler die Notwendigkeit des Übergangs von radikaler Kultur- in marxistische Gesellschaftskritik nicht begriffen hat, ist seine Kritik an Lukács, die zugleich eine des bloß „kulturkritischen Marxismus“ sein will (Kahler, Marcuse, Horkheimer, Adorno, Mailer etc.), nicht stichhaltig. Sie endet darin, daß Politik nicht Mittel zur Erreichung von Kultur und freier Gesellschaftsordnung sein könne, wie Lukács 1919 schrieb, denn „wenn Politik ein ‚bloßes Mittel‘ ist und politische Erwägungen nur ‚zeitweilige Maßnahmen‘, dann gibt es auch keinen auf Prinzipien gegründeten Widerstand gegen grobe Improvisationen auf politischem Gebiet“ (48). Die Idee einer kulturellen Erneuerung müsse dann eine politische Orientierung ersetzen, die Entscheidung dieser Gesamthaltung, sich der Linken oder Rechten anzuschließen, sei eigentlich zufällig. Die wirkliche Aufgabe bestehe darin, die „entscheidenden Werte, deren Verwirklichung die revolutionäre Kulturbewegung anstrebte, in einen echt politischen Zusammenhang einzuordnen“ (54). Welcher politische Zusammenhang das sein soll, bleibt im ganzen Buch unklar.

Das zum Teil sehr interessante Quellenmaterial ist dadurch begrenzt, daß Kettler sich nur auf deutsche und englische Übersetzungen stützen konnte, nichtübersetzte ungarische Quellen also unberücksichtigt blieben.

Veit-Michael Bader (Berlin)

II. Soziologie

Mangold, Werner: Empirische Sozialforschung. Grundlagen und Methoden. (Gesellschaft und Erziehung, Teil II, hrsg. von C. L. Furck, D. Goldschmidt, I. Röbbelen). Quelle & Meyer Verlag, Heidelberg 1967 (93 S., kart., 9,80 DM).

Das „Interesse von Pädagogen an Ergebnissen empirischer Sozialforschung“ einerseits, während andererseits „die Anwendung von empirischen Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft selbst bisher jedoch noch weitgehend in den Anfängen steht“, verbunden mit einem eigenen Engagement, die „engen Grenzen der Einzelwissenschaften“ (75) zu überschreiten, veranlaßten den Autor, eine Art Einführung in die empirische Sozialforschung zu schreiben. Die üblichen Methoden werden beschrieben und zum Teil mit Beispielen veranschaulicht; auf eine Reihe von einschlägigen Abhandlungen wird verwiesen.

Der Versuch, zur Zusammenarbeit dieser so wichtigen Disziplin Pädagogik mit der empirischen Sozialforschung beizutragen, rechtfertigt diese Arbeit, auch wenn sie nichts Neues zur Empirie selbst hinzuzufügen hat; um so problematischer aber ist der allzu optimistische Ansatz des Autors: „Empirische Forschung bedeutet, auf eine einfache Grundformel gebracht, *systematische Beobachtung der Realität in einer Weise, die die Ergebnisse der Beobachtung kommunizierbar und prinzipiell von der Subjektivität des Beobachters unabhängig (?) macht.*“ (11) Ebenso problematisch wie dieser naive Methodenrealismus ist auch die Beliebigkeit, mit der die sich nahezu ausschließenden Schulen eingeführt werden, die vom Autor als „Perspektive eines dialektischen Theoriebegriffs gegen die vorherrschende positivistische Wissenschaftslehre“ (13) vorgestellt werden.

Erweckt Mangold den Eindruck, als käme die Pädagogik, soweit sie sich mit der empirischen Sozialforschung einläßt, um eine Auseinandersetzung und Stellungnahme herum, agiere sozusagen jenseits eines nur fachimmanent wesentlichen Streits, so bezieht er selbst doch ganz entschieden Position. In einer 156 Titel umfassenden Literaturliste werden weder die Untersuchungen von Adorno u. a. (Authoritarian Personality) und Habermas (Student und Politik) angegeben, noch wird auf die neuere problematisierende amerikanische Literatur eingegangen. In den zur Einführung empfohlenen Titeln dominiert René König (nicht ganz zu Unrecht, denn seine Schriften haben zu meist einführenden Charakter). Dieser selbst äußert sich in dem Vorwort zur dritten Auflage des von ihm herausgegebenen Buchs „Das Interview“ zu dem Wissenschaftsstreit lakonisch: „vielmehr hatten wir damit einzig im Auge, die mehr oder weniger in den zwanziger Jahren steckengebliebene soziologische Theorie in Deutschland wieder an die Wirklichkeit heranzuführen und damit zu verhindern, daß man neuerlich ‚vor den vereinten Anforderungen von Theorie und Empirie einfach wieder in die Spekulation‘ auswich, wie es die Spät-hegelianer und Spätmarxisten unserer Zeit leider tun.“

Frigga Haug (Berlin)

Schwonke, Martin in Zusammenarbeit mit **Ulfert Herlyn**: **Wolfsburg**. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt. Göttinger Abhandlungen zur Soziologie und ihrer Grenzgebiete, Bd. 12. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1967 (220 S., kart., 35,— DM.

Von 1959—1963 wohnten Leiter und Mitarbeiter der Studie in Wolfsburg, um die Untersuchung durchzuführen. Es wurde historisches Material bearbeitet, sorgfältige Literaturlauswahl getroffen (ausführliche Bibliographie), in der Hauptsache zwei für Wolfsburg repräsentative Samples von ca. 230 Personen und 490 Einpendlern befragt. Der Auszug aus dem Fragebogen läßt erkennen, daß viele offene Fragen gestellt wurden. Aber es fehlen Fragen mit alternativen Antwortmöglichkeiten.

Auffällig ist die gewaltsame Umdeutung des soziologischen Begriffs von städtischer Vergesellschaftung durch die Autoren, wie er besonders von Bahrđt entwickelt wurde. Bleibt man bei Bahrđts Definition der modernen Großstadt als eines hochdifferenzierten sozialen Bereichs, in dem die Trennung zwischen öffentlicher und privater Existenz des Individuums ein neues intellektualisiertes Sozialverhalten geschaffen hat, — nimmt man die Argumentation der Autoren zum Begriff der Stadt auf als „der Möglichkeit, aus einem größeren Angebot verschiedenartiger Berufe auswählen zu können“ (S. 79), dann ist die Kennzeichnung Wolfsburgs als einer Stadt falsch. Wolfsburg bietet weder differenzierte Berufsmöglichkeiten noch die sozialpsychologischen Merkmale städtischen Klimas. Die ziellos zusammengetragenen Informationen drücken das trotz der unkritischen Analyse deutlich genug aus.

Wolfsburg, die „Stadt des KdF-Wagens“, ist seiner Entstehung nach eine Anti-Stadt, die sich nationalsozialistischen Zielsetzungen verdankt. Sie hat von daher die Struktur eines riesigen Arbeitslagers; das ist die entscheidende soziale Determinante. „Primär war der Entschluß Adolf Hitlers, den von Ferdinand Porsche konstruierten Volkswagen in einer eigens dafür gebauten Fabrik herzustellen. Die Errichtung dieser Produktionsstätte hatte den Vorrang vor dem Wohnungsbau. Die Grundsteinlegung fand am 25. Mai 1938 statt, also noch vor der Stadtgründung.“ (S. 27) Während des Krieges arbeiteten Fremdarbeiter und Kriegsgefangene im VW-Werk. Nach Kriegsende sorgten die leitenden Angestellten des Werks für die Erhaltung des ganzen Komplexes. Die Flüchtlinge übernahmen die Baracken der Kriegsarbeitskräfte. Erst ab 1950/51 wurde die Ansiedlung richtig ausgebaut.

Wolfsburg, weder Stadt noch Dorf zu nennen, ist noch heute der Vasallen- und Hintersassenort eines riesigen Industrierwerkes, Ausdruck eines modernen Industrie feudalismus. Dies spiegelt sich auch im Bewußtsein der Bewohner und Pendler wider: sie räumen der Werksleitung mehr Einfluß auf die Geschicke der Kommunalverwaltung ein, als der Bürgerschaftsvertretung; besonders höhere Berufsgruppen empfinden das (71 % i. G. zu nur 49 % der unteren Berufsgruppen, S. 44). Der Einfluß des Werks bestimmt vor allem die So-

zialstruktur (Arbeiter), den hohen Motorisierungsgrad und offensichtlich auch die „erhöhte Konsumnorm“ (1959 sollen auf Grund zu vieler Ratenkäufe 10 % der Belegschaftsmitglieder von Lohnpfändungen betroffen gewesen sein — S. 76, Fußn. 22); er ist sichtbar im Kommen und Gehen der Hauptschichten (5.30—14 Uhr, 14—22.30) und im Termin der Werksferien, die fast die ganze Ansiedlung zu gleichzeitigem Urlaub zwingt (S. 49).

Das Nachbarschaftsverhalten scheint von dem distanziert großstädtischen Verhalten, das z. B. auch aus den Untersuchungen von Klages, Pfeil, Rosenmayr und Mayntz ersichtlich ist, nicht wesentlich abzuweichen. Heimatgefühle (Flüchtlinge!) existieren, sofern man über ein paar gute Bekannte und Freunde verfügt (S. 184 ff.). Die Selbsthaftigkeit ist verhältnismäßig groß; das liegt an dem Immobilismus der unteren Berufsgruppen, die in Wolfsburg überrepräsentiert sind. Sie sind arbeitsplatzorientiert und umzugsscheu, weil sie Unsicherheitsrisiken vermeiden wollen. Ein sicher nicht untypischer Kommentar zur Umzugsfrage lautete: „Wo sollen wir hin? ... Man hat seine Arbeit, man hat seine Wohnung, was will man weiter?“ (S. 59)

Sehr interessant liest sich die Sammlung spontaner Antworten zur Bewertung der Bauweise und Einrichtungen von Wolfsburg (S. 164 bis 169). Dabei muß vorausgeschickt werden, daß die meisten befragten Wolfsburger sich an ihrem Wohnort heimisch fühlen — Akademiker und Freiberufliche weniger als andere, nur für etwa 20 % aller befragten Wolfsburger trifft dies nicht zu (S. 176).

Dabei sticht der klischeehafte Charakter der positiven Antworten hervor: „Straßen sind schön, geräumig; großzügig gebaut und sehr sauber; es ist eine Stadt im Grünen, d. h. breite Straßen, Licht überall, keine stinkenden Hinterhöfe; mir gefällt das Aufgelockerte, die vielen Grünflächen, die glückliche Verbindung zwischen Stadt und Natur vor allem; unsere Stadt ist immer sauber; ... nicht so großstadtmäßig; ... kein Hinterhofmilieu; Wolfsburg ist die modernste und sauberste Stadt Westdeutschlands.“ Die negativen Antworten sind dagegen ausführlicher, weniger abstrakt, und realitätsnahe und präzise auf konkrete Probleme gerichtet: Fehlen von Fachschulen, leere Straßen, zu große Werksabhängigkeit, Nachteile des Schichtsystems, mangelhafte Bevölkerungsintegration, Grenzgebiet, zu hohe Mieten, Fehlen öffentlicher Bedürfnisanstalten, zu wenig Kinderspielflächen usw. Da die Untersucher mit dem positiven Stereotyp von Wolfsburg identifiziert sind, bleiben die kritischen Beobachtungen jener Wolfsburger, die sich zur „Faszination Wolfsburgs“ und seiner „als einzig empfundenen Formation“ (S. 190) anders verhalten als die Untersucher, uninterpretiert. Und das gilt heute als objektive sozialwissenschaftliche Forschung.

Heide Berndt (Frankfurt/M.)

Massing, Otwin: Fortschritt und Gegenrevolution. Die Gesellschaftslehre Comtes in ihrer sozialen Funktion. Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik. Hrsg. v. Iring Fetscher und Carlo Schmid. Bd. 3. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966 (229 S., Linson, 28,— DM).

Massings Untersuchung geht von der Auffassung aus, daß die Sache der gegenwärtigen Soziologie, sofern diese bei Comte „Anleihen machen“ kann, „am besten aufgehoben [ist] in seinen unthematishen Gedanken, in Nebensätzen, in Skizzen und *Aperçus en passant*, gewissermaßen bei den Abfällen und Spänen, die nebenbei, gleichsam unterm Oeuvre, das blank liegt, anfallen“. Das Buch stellt daher keinen kritischen Abriss der Gesamtgestalt der Comteschen Soziologie oder eines ihrer Themen dar, sondern enthält eine Reihe von problembezogenen und recht differenzierten Reflexionen, welche zum Beispiel der Umfunktionierung von Geschichtsphilosophie in Gesellschaftswissenschaft, der „Regression der Aufklärung“ oder dem „antidemokratischen Affekt“ bei Comte gelten. Schon die beiden letzten Formulierungen zeigen an, daß Massing Comtes Theorie einen wesentlich ambivalenten Charakter zuschreibt; sie ist progressiv und reaktionär zugleich. Dagegen könnte man allerdings den Gedanken halten, daß die fragmentarische Rezeption des liberalen Fortschrittsbegriffs bei Comte eine Hilfskonstruktion darstellt, mit der die verfehlte Vorstellung einer positiven und zugleich auch „dynamisch“ verfahrenen Gesellschaftswissenschaft über die Runden gebracht werden soll. Vielleicht ist Comte doch eher als der platte und allein gegenauflärerischen Impulsen folgende Ideologe zu betrachten, als der er schon ein wenig in Massings lesenswerten, sozialgeschichtlich inspirierten Erörterungen über die „Gravitation der Gesellschaft zur industriellen Neofeudalität“ erscheint. K. H. Tjaden (Marburg)

Dickinson, John K.: *German and Jew. The Life and Death of Sigmund Stein.* Quadrangle Books, Chicago 1967 (XII, 339 S., Ln., 6,95 \$).

John K. Dickinson zeichnet die tatsächliche Lebensgeschichte eines jüdischen Rechtsanwalts nach, von der Kindheit in einem oberhessischen Dorf um die Jahrhundertwende bis zu seinem Ende in einem Vernichtungslager am Ausgang des Kriegs. Schauplatz der Geschichte ist für die längste Zeit eine im Grundton konservative, dümmliche und urgemütliche Universitätsstadt mit dem Namen Hochburg, die — Orts- und Personennamen sind verändert — unschwer als Marburg an der Lahn zu identifizieren ist. Die Stationen des beschriebenen Lebenswegs sind kurz zu bezeichnen: Kindheit im Dorf, Gymnasium in Hochburg, Jurastudium, Rechtsanwalt in Hochburg, Berufsverbot und Diskriminierung, Repräsentant der jüdischen Gemeinde und Vertreter der jüdischen „Reichsvereinigung“, Abtransport nach Theresienstadt, nach Auschwitz und Gollerschau. Diese Inhalte des Buches — verflochten mit mannigfachen Geschehnissen am Hauptort der Handlung von der Ockershäuser Saalschlacht zwischen Links und Rechts bis zum Synagogenbrand — erscheinen eher als nebensächlich. Zentral ist vielmehr, daß dieses Einzelschicksal aus dem allgemeinen Zusammenhang jenes konservativen, dümmlichen und urgemütlichen Sozialverhaltens heraus entwickelt wird, das damals wie heute die Durchsetzung eines gesellschaftlich gesetzten Zwangs duldet, ermög-

licht oder betreibt. Nicht der Gegenstand des Buches, das Leben des Juden Sigmund Stein, macht es wichtig, sondern die diesem Gegenstand allein angemessene Präzision, die in jedem Detail dessen Herkunft aus dem unterdrückenden Gesamtzustand erkennt. Der Sachverstand, mit dem Dickinson die lokalen Bedingungen und Verflechtungen des Lebens Sigmund Steins mit ihrem historischen Hintergrund und ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen verknüpft, hat ein Musterstück der erzählenden Nachkonstruktion sozialen Geschehens hervorgebracht; der Nachdruck, mit dem er, im kleinen wie im großen, den Zusammenhang von Individualschicksal und gesellschaftlich-historischem Geschick rational aufzuhellen versucht, stellt das Buch darüber hinaus in die Reihe der Neuerscheinungen, die nicht überflüssig sind.

K. H. Tjaden (Marburg/L.)

III. Psychologie

Mitscherlich, Alexander und Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. R. Piper & Co. Verlag, München 1967 (360 S., Lw., 24,— DM).

Der Kranke, das Objekt der engagierten Analyse, ist die deutsche Gesellschaft heute; als deren aufdringlichste Symptome nennen ihre Analytiker den Immobilismus, die Unfähigkeit, den drängendsten Aufgaben der fortgeschrittenen Industriegesellschaft gerecht zu werden. Das Medium der Analyse ist das begriffliche Instrumentarium Freudscher Psychoanalyse. Das Interesse gilt nicht der bekannten, sondern der unbewußten Geschichte dieses kollektiven Subjekts. Die Daten, welche Geschichtswissenschaft, Politologie oder Soziologie sammeln, tauchen an einzelnen Stellen in dieser Phänomenologie des kollektiven Unbewußten unserer eigenen Gruppe auf, fügen sich in das Gesamtbild ein. Das Ganze ist eine Art Theorie des Unterbaus aus Trieben und Affekten mit ihren Mechanismen des Ausdrucks, der Verleugnung, der Verdrängung, der Isolierung, auf dem sich die öffentliche Geschichte, die gesellschaftlichen und politischen Bewegungen, die Umschichtungen in den Parteien, das Auftauchen neuer Rationalisierungen (das Ende der Nachkriegszeit, die Emigrantenhetze, das Stereotyp vom Sühnedeußtum) erheben. Aber es ist keine *allgemeine* Theorie, wie der Untertitel des Buches nahelegen könnte. Die Unfähigkeit zu trauern ist die Unfähigkeit, den Verlust eines geliebten Massenführers so zu verarbeiten, daß die Gesellschaft noch eine Zukunft sehen kann. Auf die Frage eines Studenten, welchen Sinn Auschwitz gehabt habe, gab ein überlebender Jude die Antwort, wenn Auschwitz keinen Sinn gehabt habe, dann müsse man dieser Erfahrung einen Sinn geben. Das Buch von Alexander und Margarete Mitscherlich sucht die Antwort auf die Frage, warum die deutsche Gesellschaft statt dessen in den Versuch gleitet, das Vergangene, das eben diesen kollektiven Mord aus sich hervorgetrieben hat, zu restaurieren. Es wird untersucht, warum der einzig mögliche Weg für das kollektive Subjekt, einen Weg in eine humanere Zukunft zu

finden — der Versuch, sich dieser Vergangenheit ohne Angst zu überlassen, sich in sie einzufühlen, nicht gegangen wird und das kollektive Ich dagegen einen schwerfälligen Apparat von Abwehrmechanismen aufbaut, um dieser Vergangenheit nicht mehr zu begegnen. Die Geschichte, schreiben die Autoren, wiederholt sich nicht, wohl aber gibt es einen Wiederholungszwang. Die Psychoanalyse unseres kollektiven Ich, die hier vorgelegt wird, hat den Sinn, diesem Wiederholungszwang entgegenzuarbeiten. Das Buch liest sich in einzelnen Partien wie eine Content-Analyse der publizistischen Produktion der nationalen Rechten, in der Woche für Woche, gleichsam in hoffnungsloser Wiederholung, die gleichen Themen unter dem Bann der Abwehr von Schuld reproduziert, aber nicht bearbeitet werden und der Versuch unternommen wird, durch Verwandlung der ganzen Menschheit in ein universales Kollektiv von Mördern von der eigenen Vergangenheit loszukommen.

A. und M. Mitscherlich zufolge war die Richtung, in der das kollektive Unbewußte sich nach 1945 entwickelte, zunächst durch den Zwang der Selbsterhaltung des Kollektivs vorgezeichnet. Hätte dieses Kollektiv wirklich realisiert, was es getan hatte, so hätte es in eine tiefe Melancholie versinken müssen. Denn mit einem Male verwandelte sich der Mord an den Juden, der in der Umkehrung des Gewissens sich als eine heldische Tat zur Befreiung der Welt vom Erzfeind dargestellt hatte, in das, was er außerhalb des in sich eingeschlossenen, von Verfolgungswahn und Allmachtsphantasien erfüllten Kollektivs immer schon gewesen war: in nackten Mord. Die zwanghafte Sucht nach Wiederherstellung des kollektiven Status und der kollektiven Ehre unter den Staaten der Welt, die heute keineswegs auf die nationale Rechte beschränkt ist, ist ein Symptom der tiefreichenden Schädigung des kollektiven Narzißmus, über die alle Verleugnung nicht hinweghelfen kann. Wie nahe dem kollektiven Subjekt der alte Ausweg aus der psychischen Depression, die Identifikation mit einem Führer, der die Wiederherstellung des alten Selbst verspricht, liegt, zeigt sich an der trügerischen Formel, nach der die Bundesrepublik heute ein wirtschaftlicher Riese, aber politisch ein Zwerg sei, ein schlafender Riese also, der auf seinen Erlöser wartet. A. und M. Mitscherlich analysieren, in Anlehnung an Freuds Massenpsychologie und Ich-Analyse, den Weg des Kollektivs in das Dritte Reich, das „Erwachen“ in den Wahn, das Erwachen aus ihm, die vielfältigen Versuche, die Konsequenzen, die sich aus dem Wahn zwangsläufig ergaben, wie z. B. der Verlust von Teilen des Territoriums, durch Aufrichtung kollektiver Tabus zu verleugnen.

Eines der durchlaufenden Themen des Buches, das aus mehreren Abhandlungen besteht, ist das Problem des Verhältnisses der Menschen zur Realität: Derealisierung, Verleugnung, Projektion, Wahn, Vorurteil, Stereotypie sind zentrale Begriffe und Themen. Sie erscheinen verknüpft mit einem anderen durchlaufenden Thema, dem der Aggression. In gewissem Sinne ist das Buch ein eindringliches Plädoyer vor der Gesellschaft, dem Problem der Aggression größte Aufmerksamkeit zu schenken; manchmal gewinnt man den Eindruck,

als sei der ganze öffentliche Geist nichts anderes als eine gigantische Rationalisierung für die Triebe des nicht festgestellten Wesens Mensch. Wie kann angesichts dieser Triebeausstattung des Menschen überhaupt Gesellschaft sein — das ist die bohrende Frage. Die Autoren hoffen auf die Kraft der Einfühlung und der Stärkung des kritischen Ichs. Dabei verleugnen sie nicht, daß die Gesellschaft heute die Menschen auf nichts so sehr dressiert wie auf einen psychologischen Zustand, der dem blinden Ausdruck von Regungen der Aggression und Destruktion günstig ist. Die kurzen Fall-Analysen, die in dem Band enthalten sind, belegen, wie wenig es den Menschen heute möglich ist, sich als identische Subjekte durchzuhalten.

Die Analyse der deutschen Situation verbindet sich mit einer mehr impliziten Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung unter dem Bann des technischen Fortschritts. Das Interesse gilt dabei der Veränderung des traditionellen moralischen Überbaus der Gesellschaft, dem Wandel in der Struktur der Autorität. Am Schluß ihres Buches resümieren die Autoren:

„Sicher pointiert diese Darstellung Fehlentwicklungen oder die Möglichkeit zu ihnen, und es mag eine Reihe von positiven Errungenschaften geben, die nicht erwähnt wurden. Dies kann wiederum eine Konsequenz der Ausgangsposition unserer Beobachtungen sein, der des Arztes, der von Berufs wegen mit pathologischen Entwicklungen konfrontiert wird. Er lernt die Krankheit als etwas verstehen, was die Menschheit bisher nicht abschütteln konnte, und er wird darin geschult, den Grad der Gefährlichkeit einzelner Krankheits-symptome abzuschätzen. Trotzdem bleibt es gewagt, von der individuellen direkt auf die Sozialpathologie zu schließen. Es ist jedoch nicht mehr zu umgehen, pathologische Entwicklungen im Verhaltensbereich (das heißt im emotionalen Bereich, der das Verhalten motiviert) als solche erkennen zu lernen, um mit ihnen umgehen zu können — individuell wie im Kollektiv. Die Erscheinungsformen politischer Autorität stehen in diesem Spannungsfeld zwischen normalen, das heißt ertragbaren, und pathologischen Äußerungsformen unseres gesellschaftlichen Lebens. Ihre Erträglichkeit wird zunehmend an der Bewußtseinsentwicklung, die sie erkennen lassen, und weniger an der Fähigkeit gemessen werden, den Primärprozessen nahe Trieb-äußerungen zu manipulieren. In dieser Form wäre die Aussage ein aufklärerisches Kredo. Also sei hinzugefügt: Die Schärfung des Bewußtseins für innere und äußere Realität verläuft in einem dialektischen Prozeß zur Selbstentfremdung, verhängt von den Auswirkungen bestehender Produktions- und Lebensformen. Diese Verhältnisse wirken anti-aufklärerisch. Der Ausgang ist offen; sicher ist nur, daß sich die Geschichte in dieser Dialektik fortsetzen wird.“

Erich Cramer (Hannover)

Loewenstein, Rudolph M.: Psychoanalyse des Antisemitismus. Aus dem Französischen übersetzt von Lothar Baier. edition suhrkamp Band 241, Frankfurt am Main 1968 (175 S., kart., 3,— DM).

L.'s Psychoanalyse des Antisemitismus ist nach 15 Jahren ins Deutsche übersetzt worden. Der Zeitpunkt ist ein Index für die vielfältigen Prozesse der Derealisation, Verleugnung, Isolierung unserer Vergangenheit, die A. und M. Mitscherlich jüngst eingehend beschrieben haben. Das Buch ist kein Fachbuch in dem Sinne, daß es nur Psychoanalytikern zugänglich wäre. Die psychoanalytischen Kategorien, deren es zur Erklärung antisemitischer Reaktionsweisen bedarf, wie etwa Ambivalenz, Paranoia, Phobie, werden von L. im Zusammenhang mit seiner Darstellung antisemitischer Reaktionssyndrome erklärt. So gibt er z. B. eine kurze Einführung in den Prozeß der frühkindlichen Sozialisierung, der Entstehung des Oedipuskomplexes, der Aufrichtung des Über-Ichs und leitet damit über zu seinen eigenen Erfahrungen mit Patienten, „die keineswegs extreme Antisemiten sind, im Laufe der Psychoanalyse (aber) plötzlich Symptome von heftigem Antisemitismus zeigen“ (26). L. verdeutlicht an Fällen aus seiner eigenen Praxis Wege der Bildung von Stereotypen, wie etwa dem vom schmutzigen, triebhaften Juden. Er zeigt, wie leicht, angesichts der Unvermeidbarkeit der mit dem Inzesttabu verknüpften Konflikte, Menschen zu derartigen (projektiven) Konfliktlösungen gedrängt werden können. Zur Erklärung des nationalsozialistischen Antisemitismus verbindet er die Frustrations-Aggressions-Theorie mit Freuds „Massenpsychologie und Ich-Analyse“. An dieser Erklärung des nationalsozialistischen Antisemitismus zeigt sich das problemgeladene Verhältnis von Psychologie und Geschichte. — L. gibt eine kurzgefaßte Übersicht über die Entwicklung des Verhältnisses von Judentum und Christentum; über den Wandel der Stellung der Juden im wirtschaftlichen Leben; über die Bestimmung ihrer Stellung durch die Kirche.

Das Buch enthält, und darin unterscheidet es sich von vielen Antisemitismus-Theorien, eine psychoanalytische Selbstdeutung des jüdischen Schicksals, die viele Reaktionsweisen erhellt, deren Deutung zum Beispiel in dem Buch von Francois Steiner über Treblinka offen bleiben. In seiner „Psychoanalyse der Juden“ zeigt L., welche psychologische Verfassung sich bei einem Volk ausprägen mußte, das das eigene Territorium, den eigenen Staat verlor und doch seine Identität, unter fremden, feindlichen Völkern lebend, bewahren wollte. L. zufolge war für die Juden die Möglichkeit gering, nach dem Verlust ihres Territoriums Aggression nach außen zu wenden. Wollten sie als Juden überleben und ihre Identität doch nicht aufgeben zugunsten der Anpassung an die christlichen Nationen, so mußten sie L. zufolge bestimmte Wendungen vollziehen: vom Nationalismus zum Universalismus, von der Gewalt zur Gewaltlosigkeit, vom Weltlichen zum Spirituellen. Äußere und innere Gründe sind hier ineinander verschränkt. Der Zwang, Aggression nach Innen zu wenden (die Schuld bei sich selbst zu suchen), resultierte sowohl aus dem Monotheismus, der von der Konstitution des mit sich identischen, sich gegen Natur verhärtenden Selbst nicht zu trennen ist, als auch aus der Ohnmacht der äußeren Lage in der Zerstreung unter die Völker. — Die politische Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges, insbesondere:

die Ideologiebildung auf der nationalen Rechten, hat L.'s Prognose über die Zukunft des Antisemitismus bestätigt. „Seit der Zeit vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es leicht vorzusehen, daß die Niederlage Nazideutschlands dem Antisemitismus kein Ende setzen würde. Ganz im Gegenteil, man konnte mit seinem Fortbestehen rechnen, in Europa ebenso wie in Amerika. Denn den historischen Ursachen, die wir beschrieben haben und die beständig Grundlagen für den Antisemitismus bilden, hat der Nationalsozialismus neue hinzugefügt. Er hat Lügen verbreitet, die trotz ihrem phantastischen Charakter weiterhin Glauben finden und überall Rückwirkungen haben müssen. Er hat bewiesen, daß es verhältnismäßig leicht war, die Juden nicht nur zu verfolgen, sondern sie sogar ungestraft auszurotten.“ (164) Erich Cramer (Hannover)

IV. Soziale Bewegung und Politik

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. — Band 4. Von 1924 bis 1933. Hrsg. vom ZK der SED. Dietz-Verlag, Berlin (Ost) 1966 (635 S., Ln., 11,— MDN).

Um die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* seit dem Ende der international revolutionären Periode 1917—23 darstellen zu können, ist es vor allem erforderlich, zu überprüfen, ob es dem Proletariat gelang, nunmehr im Zeichen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus die gegen den Widerstand der sozial herrschenden Klassen erkämpfte bürgerlich-parlamentarische Republik so wirksam zu verteidigen, daß in einer erneuten Krise der Weg für eine sozialistische Gesellschaft frei werden konnte. Die Organisationen, vermittels derer die Arbeiterklasse handelte, müssen also danach bewertet werden, inwieweit sie dieser Aufgabe nachkamen.

Der hier zu besprechende 4. Band der „Geschichte“ substituiert weitgehend die Klasse als historisches Subjekt durch die KPD, ihre Aktivitäten werden vom Blickwinkel der heutigen SED aus eingeschätzt. So kann es nicht verwundern, wenn deren Probleme und ihre Behandlung auch — allerdings unausgesprochen — auf die Kommunistische Partei vor 1933 zurückgreifen. In erster Linie also der Stalinismus-Problematik. Hierzu wird sehr widersprüchlich Stellung genommen: verschiedenartige Bewertungen Stalins sind ohne zwingenden Zusammenhang anzutreffen. So wird die Art der ideologischen Vermittlung des Leninismus durch ihn auf die KPD als ausdrücklich positiv bezeichnet (S. 73), wie auch sein Kampf gegen Trotzki (70), während z. B. negativ die Beschlüsse des VI. Komintern-Kongresses von 1928 mit der starren Formel von der Diktatur des Proletariats und der undifferenzierten Politik „Klasse gegen Klasse“ nebst falscher Bewertung der SPD explizit ihm zur Last gelegt

* Vgl. die Besprechung von Band 3 (v. Oertzen) in Arg. Nr. 45/1967, S. 498 f. und Band 5 (Tim Mason: Der antifaschistische Widerstand...) in Arg. Nr. 43/1967, S. 144 ff.

werden (170). Implizit aber ist man damit am Kern des Problems: nämlich der allzu großen Abhängigkeit der KPD von den innen- und außenpolitischen Bedürfnissen der Sowjetunion, die ihrerseits von deren sozialökonomischer Entwicklung nicht zu trennen sind. Beispielsweise dürfte die Bedeutung der mit der sowjetischen Agrarkollektivierung und dem Übergang zur geschlossenen Planwirtschaft einhergehenden Verschärfung der inneren Situation der UdSSR nicht ausgespart werden.

So genügt es kaum, wenn die Unabhängigkeit der von Thälmann geleiteten KPD von Moskau betont wird (103) und die durchaus immer wieder geäußerte selbstkritische Einschätzung bleibt unvermittelt, weil meist personalistisch. Die besonders wichtige Frage nach der innerparteilichen Demokratie und Struktur wird zu wenig behandelt, so daß die verschiedenen Wendungen des Parteiapparates unverständlich bleiben müssen. Am verhängsvollsten sollte sich dies ab 1928 auswirken, als nach dem erwähnten VI. Komintern-Kongreß eine erneute abrupte Schwenkung vollzogen wurde: jetzt galt die nunmehr in der Reichsregierung wieder vertretene SPD praktisch als „sozialfaschistischer“ Hauptfeind (Vgl. Ossip K. Flechtheim, die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948); nach einer relativ erfolgreichen Periode praktischen Zusammenspiels der beiden Arbeiterparteien 1925/27 in der Opposition. Eine Taktik, die auch fortgesetzt wurde, als die Positionen der Sozialdemokratie mit Beginn der großen Krise dem Kapital lästig wurden. Dies, wie auch die parallele Haltung der KPD den Freien (reformistischen) Gewerkschaften gegenüber mit dem Kurs auf die praktische Gewerkschaftspaltung wird jetzt kritisiert (206, 196, 274).

Jedoch bleibt die „Geschichte“ vordergründig, wenn sie lediglich Heinz Neumann, Hermann Remmele u. a. verantwortlich macht und es dabei beläßt. Ihnen wird die falsche Einschätzung der faschistischen Gefahr hauptsächlich angelastet: die verhängnisvolle Auffassung Neumanns, daß man sich bereits seit 1930 unter einer faschistischen Diktatur befände, welche die proletarische Revolution nur fördern könne (283), war wohl kaum auf diese beiden Funktionäre beschränkt. Ebenso wenig kann die Auskunft befriedigen, daß Neumann sich mit Hilfe von Intrigen im Juli 1931 durchgesetzt habe, als die KPD das Volksbegehren der Rechten gegen die preußische SPD-Regierung unterstützte (302). So konnte die schließliche Wendung zur „Antifaschistischen Aktion“ ab Mai 1932 (338) kaum noch Gehör finden und die fehlerhafte Praxis der beiden großen Arbeiterparteien ergänzte sich. Die kleineren Abspaltungen wie SAP, KPO und auch der linke Flügel der SPD mit ihren doch teilweise realistischen Analysen des Faschismus werden summarisch abgetan (299 f., 182); dergleichen kein Wort über den Einfluß solcher Theoretiker wie Lukács (Geschichte und Klassenbewußtsein!) und Korsch auf die zum Marxismus stoßende Intelligenz der Weimarer Republik.

Anstatt der Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft die konkrete, bestimmte Negation entgegenzusetzen, indem man an dem ihr nunmehr lästig werdenden demokratischen Überbau um so zäher

festhielt, richtete die KPD zu unvermittelt das Gegenbild der klassenlosen Gesellschaft gewissermaßen ohne Übergänge auf, was den Arbeitslosen unverständlich bleiben mußte und schon 1930 von Ernst Bloch kritisiert wurde (vgl. Erbschaft dieser Zeit, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M., 1962, S. 66).

So klingt es letztlich doch resigniert, wenn die „Geschichte“ als Fazit des antifaschistischen Kampfes vor 1933 die Vorbereitung des Widerstandes gegen das Hitler-Regime sieht (389), was sicher nicht wenig ist, aber andeutet, wie sehr die Arbeiterklasse einstweilen noch Objekt blieb. —

Leider bleibt die Dokumentation auch in diesem Bande ausgesprochen unvollkommen (vgl. dazu die bei H. Weber, Völker hört die Signale, München 1967, abgedruckten Materialien). Positiv ist zu verzeichnen, daß in Fraktionskampfen Unterlegene ohne herabsetzende Attribute erwähnt werden. Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Bauer, Otto, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg u. a.: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Herausgegeben von Wolfgang Abendroth. Eingeleitet von Kurt Klimm, Jörg Kammler und Rüdiger Griepenburg. Politische Texte. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. — Europa Verlag Wien, 1967 (186 S., kart., 12,— DM).

Untrennbarer Bestandteil des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus waren auch die theoretischen Arbeiten über dessen Entstehung und Funktion, von denen hier einige aus den Jahren 1930—36 neu vorgelegt werden. Ihnen allen ist der relevanteste Zusammenhang für die theoretische Durchdringung des Gegenstandes bewußt, nämlich jener von ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft, ihrer Struktur und der Form der sich auf ihr gründenden öffentlichen Herrschaft, so daß dem Band das vielzitierte Wort Horkheimers vorangestellt wird, nach dem derjenige, welcher nicht vom Kapitalismus reden will, auch vom Faschismus schweigen solle. Der weitgehend politisch bedingte Verlust dieser Einsicht läßt die Untersuchungen so mit Recht als aktuelle „Politische Texte“ erscheinen (Einleitung S. 18).

Die Faschismus-Analyse August Thalheimers, schon 1930 unternommen, wurde bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt (R. Griepenburg und K. H. Tjaden: „Faschismus und Bonapartismus“, Das Argument, Nr. 41, S. 461 ff.). Erwähnt sei hier lediglich seine Untersuchung des stufenweisen Entdemokratisierungsprozesses der bürgerlichen Weimarer Republik, deren Parlament das Interesse der sozial herrschenden Klasse nicht mehr ermitteln konnte und dem verselbständigten exekutivischen Staatsapparat wich. Die Differenzierung von politischer und sozialer Herrschaft der bürgerlichen Klasse — erstere wird geopfert um letztere zu retten — ist eine zentrale Kategorie Thalheimers und erklärt einleuchtend das widerspruchsvolle Verhältnis der gesellschaftlichen Oberschichten zum Fa-

schismus. Die *Konstellation* der Klassen zueinander, nicht der unvermittelte Wille des Kapitals ist Ursache der faschistischen Machtergreifung, womit Th. der Agententheorie der Komintern entgegentrat. Er gewann entscheidende Begriffe aus der Marxschen Schrift: „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“, scheint aber wohl die spezifische Bedeutung der Weltwirtschaftskrise ab 1929 zu vernachlässigen.

Der Essay Herbert Marcuses aus dem Jahre 1934 „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“ begreift anhand von Erscheinungen des geistigen Überbaus den Faschismus als Konsequenz des Liberalismus und untersucht die Vermittlungen, mit deren Hilfe bürgerliche Freiheiten in Unfreiheit umschlugen. M. geht von der Tatsache aus, daß der vom Faschismus beschworene „Kampf der Weltanschauungen“ vor der ökonomischen und sozialen Struktur des Liberalismus ausweicht, da er sie mit ihrem Sonder Eigentum an Produktionsmitteln und ihrem wirtschaftenden Subjekt, dem Unternehmer, anerkennt; lediglich von der Ökonomie sowieso erledigte Figurationen des Bürgers werden vom Faschismus geschmäht.

Hatten die eine gesellschaftliche Zielgebung verhindernde Privatisierung der Ratio (52) und der klassische Naturbegriff der politischen Ökonomie im liberalen Konkurrenzkapitalismus vorerst im rationalistischen Zusammenhang der aufsteigenden Bourgeoisie gestanden, so schlägt nun im Monopolkapitalismus die Rückinterpretation der Gesellschaft auf die „Natur“ vollends in Irrationalismus um, da sie den krassen sozialen Antagonismus harmonisierend verdecken soll (48). Allerdings liegt kein bloßer Prozeß der Ideologieanpassung vor: der Totalitarismus enthält auch in Organisation und Theorie neuartige Elemente, die über die alte Ordnung und ihre pure Negation hinausgehen (54). Zu ihrer praktischen Verwirklichung brauchten sie aber gerade die Aufhebung der Basis des faschistischen total-autoritären Staates: der Klassengesellschaft.

Am Beispiel von Universalismus, Naturalismus und politischem Existenzialismus wird der faschistische Kampf gegen eine vernünftige Sozialpraxis aufgezeigt. Während der Universalismus das Ganze nicht als ökonomisch vermittelt, sondern im abstrakten „Volkstum“ begründet ansieht und so stillschweigend die Vereinheitlichung auf dem Boden der Klassengesellschaft intendiert, entwertet der Naturalismus sowohl Natur als auch Geschichte, indem er erstere nicht als selbst historisch gewordenen Boden der Menschengeschichte erkennt, sondern als ewige bezeichnet und zum Modell auch der Geschichte stilisiert, welcher die Revolution künftig verboten werden soll. Der politische Existenzialismus Heideggers schließlich soll als negative Rechtfertigung des nicht mehr zu Rechtfertigenden dienen, wobei das „Existenzielle“ nicht begreifbar gemacht wird. Heidegger vollzog so den Schritt vom kritischen Idealismus zum „existenziellen Opportunismus“, womit erst jetzt der Titanensturz der klassischen deutschen Philosophie vollzogen sei (74). Der Hinweis auf das ungewisse Schicksal der Arbeiterbewegung als der Erbin der großen Philosophie steht am Ende von Marcuses Essay.

Arthur Rosenberg bezeichnet den Faschismus eindeutig als moderne, volkstümlich maskierte Form der kapitalistischen Gegenrevolution (78) und gibt interessante Hinweise auf seine erste Formierung in Stoßtrupps, wie z. B. schon den „Schwarzen Hundertschaften“ 1905 in Rußland (89). Die Mittelschichten mit energischer Politik an sich zu binden habe die Arbeiterbewegung nach 1918 in Italien und Deutschland versäumt, infolge fehlerhafter Praxis ihrer Parteien. Jedenfalls waren die NSDAP und der Fascio keine „kleinbürgerlichen“ Parteien im objektiven, funktionalen Sinne, da sie dem letztlichen Interesse des Großkapitals dienten (139 f.).

Bedenken seien gegen R.'s Meinung angemeldet, welche alle rechten antidemokratischen, bürgerlichen Strömungen vor 1933 summarisch als Flügel des deutschen Faschismus ansieht (136); insbesondere die Brüning-Richtung nebst Volkskonservativen dürfte dafür zu traditionalistisch gewesen sein, fehlte ihr doch gerade das Moment der Mobilisierung von Massen. Zu optimistisch mutet auch seine Erwartung einer baldigen Zersetzung des NS-Regimes an (129). Seinem inneren Widerspruch wurde mit geplantem Krieg zugekommen.

Auch Otto Bauer, zwischen den Kriegen führender Vertreter des linken Flügels der österreichischen Sozialdemokratie, analysiert in vielem ähnlich wie Rosenberg. Er betont besonders die Versuche des Kapitals, die bedrohten Profite zu sichern, wozu der Widerstand des organisierten Proletariats gebrochen werden mußte, was in der Demokratie schwerlich ging (143). Der zur Niederschlagung der Arbeiter benötigte Faschismus wurde allerdings schnell zu stark, um noch Werkzeug der Bourgeoisie sein zu können (151). So mußte diese als herrschende Klasse teilweise eine neue politische Kaste akzeptieren (160, vgl. Thalheimer). Die nunmehr unbeschränkte Diktatur des Großkapitals konnte eine dirigierte Ökonomie im eigenen Interesse durchführen.

Der Sieg des Faschismus resultiert nach Bauer aus einem eigenartigen Gleichgewicht der Klassenkräfte; beide Hauptklassen sind gleichzeitig schwach und stark, da sie sich gegenseitig aus eigener Kraft nicht ihren Willen aufzwingen können. Das Kapitel verschiebt die Konstellation zu seinen Gunsten mittels der faschistischen Machtergreifung (155 f.). Als Resumé sieht B. das Scheitern des reformistischen Sozialismus: gegen seine erfolgreiche, friedliche Politik zugunsten der Arbeiterklasse treten die Unternehmer in der großen Depression an, das Proletariat müsse nunmehr den revolutionären Weg beschreiten (166 f.).

Der italienische Sozialist Angelo Tasca schließlich geht nachdrücklich auf die Rolle des Staates ein; das Kapital bedürfe seiner zur Sicherung von günstigen Bedingungen für sich immer mehr. Unbedingt müsse man den Faschismus vom Staatsapparat fernhalten und eine breite antifaschistische Front aufbauen (178), um nicht in eine Situation zu kommen, in der die Arbeiter gegen den bürgerlichen Staat und den Faschismus zugleich zu kämpfen hätten. So wendet sich T. scharf gegen die damalige kommunistische Vereinfachung „Bolschewismus contra Faschismus“; auch arbeite die faschistische

Machtergreifung keineswegs der proletarischen Revolution praktisch vor; sie vernichte vielmehr deren Subjekt, indem sie es desorganisiere (179 f.). Deutlich betont T. die Koinzidenz von faschistischer Entwicklung und Offensive der kapitalistischen Reaktion (175). Die Stärke des Faschismus sieht er in der allein legitimierenden Macht, den vollzogenen Tatsachen (176); sein instrumenteller Charakter (179) und plumper Pragmatismus (184) schalten bewußte Politik aus. Im Erkennen ihrer faschistischen Aesthetisierung und der zentralen Rolle des Krieges (181) ähnelt Tascas Analyse derjenigen Walter Benjamins („Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“. — Vgl. auch Benjamins Aufsatz „Theorien des deutschen Faschismus“ in Argument Nr. 30).

Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Neumann, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse. Eingeleitet von Helge Pross. Politische Texte. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1967 (316 S., Ln., 26,— DM).

Der Band enthält Aufsätze aus den Jahren 1937—1954. Neumann hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Beziehungen zwischen politischen Theorien, Rechtssystem und Sozialstruktur in der Konkurrenzgesellschaft, und die strukturellen Ursachen für die Verschiedenheit der politischen Entwicklung in England, Frankreich und Deutschland zu erforschen. Die Wissenschaft kann jedoch nicht wertfrei sein, sondern muß darauf bedacht sein, die in einer gegebenen Gesellschaft vorhandenen und von ihr unterdrückten realen Möglichkeiten der Freiheit zu ergründen und die Tendenzen zu untersuchen, die die bereits bestehenden Freiheiten bedrohen. Der Schwerpunkt und die Stärke der Arbeiten liegen auf der zweiten Richtung. Zwei Epochen sind in Neumann's Werk zu unterscheiden. In der ersten, in der der in diesem Band enthaltene Aufsatz über den „Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ und der „Behemoth“ entstanden sind, bedient er sich vornehmlich der dialektisch-historischen Methode, um eine „Theorie der kapitalistischen Gesellschaft, . . . eine modernisierte marxistische Klassentheorie“ (Pross) zu entwickeln. Mit dieser Methode erbringt er in dem oben zitierten Aufsatz den Nachweis, daß die Rechtslehre die von ihr vertretenen Postulate als Folge der jeweiligen Machtverschiebung innerhalb der Gesellschaft des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Dritten Reichs geändert hat. So beginnt in der Weimarer Republik die Zerstörung des bürgerlichen Rechts durch den Rückgriff auf Generalklauseln, um, wie z. B. im Arbeitsrecht, zu einem Interessenausgleich der privaten Mächte durch Richtspruch zu gelangen oder durch die Heranziehung des § 1 des Gesetzes über unlauteren Wettbewerb die „Marktbeherrschung durch Monopole“ zu sichern. Im autoritären Staat erweitert sich die Funktion der Generalklauseln noch, weil von nun an für die Anwendung von Generalklauseln die Grundsätze des

NS unmittelbar maßgebend sind. Die Scheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht wird aufgehoben. Das Rechtssystem ist Gemeinschaftsrecht. Das wirtschaftliche Unternehmen wird zur sozialen Arbeits- und Betriebsgemeinschaft. Das Arbeitsverhältnis wird nicht mehr als Vertrag, sondern als „Organisationsverhältnis oder personenrechtliches Band“ betrachtet. Konnte hinter der Hülle der Rechtsperson der Eigentümer noch geahnt werden, so soll nun durch die Einführung der Gemeinschaft die Konzentration der Macht in wenigen Händen — der Eigentümer überhaupt — verschwinden. Später ist jedoch Neumann dazu übergegangen, „die soziologische Analyse des Klassencharakters eines bestimmten Staates von der Theorie und dem Programm politischer Aktion zu trennen“ (Kirchheimer). Nunmehr, wie in seinen Aufsätzen „Notizen zur Theorie der Diktatur“ und „Angst und Politik“*, wendet er vorwiegend eine idealtypische Methode an. Es fragt sich, ob es Neumann auf diese Weise gelungen ist, seine Forderung nach einer „adäquaten Theorie der Demokratie“, die „mit diesem Problem („eine Versöhnung der realen Entwicklungstendenzen mit der Doktrin“) fertig werden muß“, zu erfüllen. Sinn der Demokratie ist es, ein Höchstmaß an Freiheit und an sozialer Gerechtigkeit herzustellen. Voraussetzungen sind eine pluralistische Sozialstruktur, ein flexibles Mehrparteiensystem, eine parlamentarische Kontrolle und eine wirksame Beteiligung der Massen. Der Akzent wird auf den Pluralismus unabhängiger politischer, ökonomischer und sozialer Organisationen und auf politische Teilnahme gelegt. Die Forderung nach Demokratie macht vor der Wirtschaft, wie vor allen organisierten Gruppen halt. Demnach entbehrt eine Mitbestimmung innerhalb der Betriebe ihrer demokratischen Legitimation. Sie würde die Entfremdung zwischen Funktionären und Massen verstärken. Verstaatlichung der Produktionsmittel und andere Formen der Sozialisierung passen dann auch nicht in das pluralistische Konzept. Und die wünschenswerte Beteiligung der Massen könnte man vielleicht durch eine verbesserte politische Bildung erhöhen, wenngleich an anderer Stelle dieses Mittel — ein Fetisch der Liberalen — als untauglich verworfen wird. Eine zusammenhängende Theorie ist nach dem „Behemoth“ nicht mehr entstanden.

Bernhard Blankenhorn (Freiburg)

Neumann, Sigmund: *Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War. Second Edition, with a new supplementary bibliography, of a work first published in 1942 by Harper & Brothers under the title Permanent Revolution: The Total State in a World at War.* Frederick A. Praeger, Publishers, New York 1965 (402 S., br., 2,95 \$/Ln., 7,50 \$).

Sigmund Neumann lehrte vor der nationalsozialistischen Machtergreifung an der Deutschen Hochschule für Politik, deren Wiederaufbau nach 1945 sein besonderes Interesse galt. In den USA publizierte

* Bespr. in Arg. Nr. 28/1964, S. 58

er 1942 „Permanent Revolution“, eine am demokratischen Regierungssystem messende Studie der inneren Dynamik des totalitären Staates. Die primär an Herrschaftsaufbau und Herrschaftstechnik orientierte, in vielen Einzelzügen bestechende Untersuchung Neumanns verliert ohne sozio-ökonomische Vermittlung an Stringenz, und die sich in ihren einzelnen Momenten reproduzierende Totalität nationalsozialistischer Herrschaft zerfällt tendenziell in die deskriptiv erfaßten Teile: moderne Diktatur, Führer und „Political Lieutenant“, Einparteienstaat, Aufstieg amorpher Massen, ihre Kontrolle durch den institutionellen Rahmen und Propaganda, Drohung permanenten Krieges und totalitäre Diktatur in der internationalen Politik.

Diese Momente konvergieren nach Neumann in der institutionalisierten „permanenten Revolution“ in allen gesellschaftlichen Bereichen und zielen im internationalen Rahmen auf die konkrete Perspektive eines „constant state of war“ (XV). Die Erscheinung ständiger innerer Dynamik, die zu äußerer Expansion drängt, hypostasiert Neumann zur grundlegenden Struktur des Totalitarismus und begreift dabei nicht dessen sozio-ökonomische und politisch-historische Vermittlung in gesellschaftlichen Antagonismen, die im Faschismus und Nationalsozialismus nur verschoben werden: Rüstungswirtschaft und Kriegsvorbereitung kurbeln eine parasitäre Konjunktur an, die nach Anspannung aller inneren ökonomischen Kräfte, finanziert durch ein riesiges Haushaltsdefizit, zwangsläufig zur Ausbeutung der Rohstoffquellen anderer Länder führen mußte, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch, totaler Devisenverlust und Geldentwertung vermieden werden sollten.

Zwar wird die militärische Komponente faschistischer Wirtschaft richtig anvisiert: „War preparation and warfare become the major objectives of economic planning in a military state“ (165), auch der aktive Einfluß des Staates auf die Produktivkräfte durch seine Finanzpolitik erkannt: „The government can easily run into debt as long as it thus promotes business and creates labor“ (173), doch verfällt Neumann einem fundamentalen, dem Totalitarismusbegriff allerdings immanenten Irrtum, wenn er Staatskapitalismus und Staatssozialismus gleichsetzt. Erst der strukturelle Antagonismus des kapitalistischen Systems im Eigentum bzw. Nichteigentum von Produktionsmitteln, verschärft durch die Weltwirtschaftskrise und den historisch-gesellschaftlichen Wandel zur modernen Industriegesellschaft, erklärt die von Neumann unvermittelt gesehene „pseudo-demokratische“ Basis der populären Diktatur seit dem Aufstieg der Massendemokratie. Daher zeugt der negativ artikulierte Protest: antiparlamentarisch und anti-kapitalistisch, anti-semitisch und anti-westlich, anti-rational und anti-individualistisch, nicht nur vom Verfall sozialer Institutionen und tradierter Wertsysteme, sondern auch von einem getrübbten, die reale Situation verkennenden Bewußtsein breiter Schichten.

Den aktuellen politischen und sozialpsychologischen Bezug der historischen Feudalisierung des deutschen Bürgertums macht Neu-

manns Analyse transparent: Ökonomische Enteignung in der Weltwirtschaftskrise und drohende soziale Deklassierung machen die Mittelklasse mit ihrem komplexen Anhang für die magnetische Anziehungskraft des Nationalsozialismus reif. Die ungelösten und nicht begriffenen sozialen Antagonismen werden in einem psychologischen Verdrängungsprozeß, entsprechend den tradierten Verhaltensweisen und Erfahrungen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, in aggressiven Nationalismus und Rassismus umfunktioniert. Das depersonalisierte Individuum einer gescheiterten Kriegsgeneration entartet zum Konsumenten einer sozialdarwinistisch militanten Weltanschauung, die in der Verherrlichung des totalen Krieges gipfelt. Dabei dienen Symbole wie Flagge, Nationalhymne und Nationalhelden als mächtige Instrumente emotionaler Bewegung. Stereotype Bilder, Wiederholung, Vereinfachung und Personifizierung der Politik wie formierter Anti-Intellektualismus und institutionalisierter Terror bedingen eine Atmosphäre erstickter öffentlicher Meinung. Faschistische Diktaturen beruhen wohl auf den Grundzügen: „the promise of security, action instead of program, quasi-democratic foundations, war psychology, and the leadership principle“ (36) und verfügen über den Transmissionsriemen einer souveränen Partei mit quasi-religiösem Charakter und militärischem Aufbau, doch vernachlässigt Neumann die zuwartende bzw. aktiv unterstützende Rolle der realen gesellschaftlichen Machtträger Industrie, Reichswehr, Bürokratie und Justiz. Deren republikfeindliche Wirkungsweise ermöglicht erst den Aufstieg des demagogischen Volksführers, eines „marginal man, nationally, socially, psychologically“ (72), zum unumschränkten Herrscher des Staatsapparates.

Subsumiert Neumann Nationalsozialismus und Bolschewismus auch unter dem statischen, am Erscheinungsbild haftenden Begriff des Totalitarismus, so differenziert er die dynamischen Bewegungen andererseits nach nationalem Klima und spezifischem historischen Hintergrund: Schöpfe die bolschewistische Revolution, konträr zur faschistischen, aus einem voll entwickelten Gedankensystem mit radikaler Kritik der bestehenden Gesellschaft und rationaler Vision einer neuen, treibe sie die Emanzipation der Frau und in Fünf-Jahr-Plänen die Industrialisierung voran, überführe sie den Stadt-Land-Dualismus in eine monolithische Stadtkultur, europäisiere und sozialisiere sie Rußland gleicherweise, so entstehen Faschismus und Nationalsozialismus als irrationale Reaktion auf die bolschewistische Gefahr wie als immanente Herausforderung europäischer Traditionen: „the institutionalization of amorphous masses“ (115), ihre Manipulierbarkeit und Integration in den totalen Staat ersetzen die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer für demokratische Institutionen konstitutiven kritischen Öffentlichkeit.

Paul Oehlke (Marburg/L.)

Berghahn, Volker R.: *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918—1935. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.* Band 33. Droste Verlag, Düsseldorf 1966 (304 S., Hln., 38,— DM).

Die vorliegende, breit angelegte Arbeit über die bis zu ihrer Ablösung durch den Faschismus mitgliederstärkste Organisation der Rechten in der Weimarer Republik demonstriert ein weiteres Mal deutlich die Grenzen einer rein deskriptiven Geschichtsschreibung, welche ihren Gegenstand zwar ausführlich darstellt, nicht jedoch zu seiner sozialen Funktion innerhalb des gegebenen gesellschaftlichen Ganzen vorstößt. Berghahn verzichtet leider bewußt darauf, sein Thema „politisch-wissenschaftlich zu fassen“ (6). Gründlich und mit guten Belegen versehen beschreibt er die Entwicklung jenes Wehrverbandes, der — gegründet vom mittelständischen Mineralwasserfabrikanten Franz Seldte — solche Kriegsteilnehmer zusammenschloß, die der November 1918 zu „beunruhigten Durchschnittsbürgern“ (15) gemacht hatte. Man erfährt, wie der „Stahlhelm“ anfangs in einer gewissen widerstrebenden Loyalität zur neuen sozialdemokratischen Regierung stand, als diese die akuten revolutionären Bestrebungen der Arbeiter bekämpfte (14 ff.), dann in Putschversuche der Rechten verwickelt wurde (28 f., 39 ff.), während der Weimarer Stabilisierungsphase mit Stresemann partiell kooperierte (43 f.), dem der Bund als außenpolitisches Druckmittel gelegen kam (75), um schließlich offen die Republik zu bekämpfen (115 ff.) und nach der faschistischen Machtübernahme die organisatorische Selbstliquidation zu vollziehen (263 ff.).

Diese Entwicklung bleibt hier jedoch letztlich unbegriffen, da der Verf. mit Kategorien arbeitet, die dem historischen Prozeß äußerlich sind. So gipfelt etwa die von einer Pluralismus-Konzeption ausgehende Kritik am Stahlhelm in dem Vorwurf, er habe sich mit seinem mangelnden Verständnis für die liberale Demokratie (277) „den Radikalen“ gegen „die Republik“ zugesellt (275). Ein Vorwurf, dessen Abstraktheit schon daraus erhellt, daß er ja üblicherweise auch gegen die nichtreformistische Arbeiterbewegung erhoben wird. Dabei läßt sich doch die Rolle des Stahlhelms erst im Hinblick auf die wechselnden Klassenkämpfe nach 1918 konkreter bestimmen. Die vom „Bund der Frontsoldaten“ stets angestrebte und von seinen Ideologen wie Ernst Jünger, Beumelburg u. a. als „Frontgedanke“ (92) formulierte Organisierung von Staat und Gesellschaft nach militärischen Prinzipien entsprach den Bedürfnissen des durch Krieg und Inflation verstärkt organisierten Monopolkapitals zur Abwehr sozialistischer Forderungen des Proletariats. Die zentrale politische Stahlhelm-Ideologie als Folge der Begriffswelt des Kaiserreichs zu erklären (6) und sie abzulehnen, weil sie nicht auf's Zivilleben übertragbar sei (93) genügt daher nicht; vielmehr sollte ja das unreflektierte Schützengraben-Modell auch im „Nachkrieg“ (L. Renn) das Bewußtsein der Abhängigen besetzen, wozu ein traditioneller bürgerlicher Kriegerverein untauglich gewesen wäre. Insofern mußte also auf die „weitgehende Demokratisierung ... der Streitkräfte“ (19) infolge totaler Mobilisierung Rücksicht genommen werden.

Als es während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus den entscheidenden Teilen des Bürgertums geraten schien, seine soziale Herrschaft mittels der von der Arbeiterklasse erkämpften parlamen-

tarisch-politischen Demokratie auszuüben, wurde es für den Stahlhelm zur existentiellen Notwendigkeit, sich nicht nur der schützenden Hand der Reichswehr (55 ff.), sondern auch jener Stresemanns zu versichern (88). Die zwielfichtige Stellung seiner Partei, der DVP, trat hier deutlich zutage (117); leider wird die Finanzierung des Bundes nur kurz erwähnt (77, 85). Da beim Ausbruch der großen Wirtschaftskrise die Versöhnung der Massen mit dem Kapital nicht gelungen war, hatte der Faschismus die „Eingliederung des Arbeiters in die Nation“ (107) zu bewirken und der Stahlhelm sah sich auf die Rolle eines glücklosen Verbindungsmitgliedes zwischen den nunmehr insgesamt antiparlamentarisch orientierten Fraktionen des Kapitals reduziert (164), er wurde überflüssig.

Der Bund geriet also schließlich nicht zwischen „die Mühlsteine Nationalsozialismus und Republik“, wie Verf. meint (189), sondern verlor seinen Stellenwert im Kalkül einer Bourgeoisie, für welche die zunächst widerwillig akzeptierte Republik als staatliche Organisationsform des Klassenkampfes obsolet geworden war. Die „magische Kraft des Nationalsozialismus“ (ebd.) lag so in seiner Massenbasis für die Erfordernisse des Kapitalismus in der veränderten Situation.

Es hätte daher der Einsicht in den Zusammenhang von imperialistischem Krieg und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Produktionsweise im militärisch geschlagenen Deutschland bedurft, um die Geschichte des Stahlhelm zu begreifen; ein Zusammenhang, der, wie W. Benjamin beschrieb (Theorien des deutschen Faschismus, in: *Das Argument*, Nr. 30, S. 136), Ernst Jünger und den Seinen verhüllt vor Augen stand, wenn sie das Versagen der Staatsmacht angesichts der Kriegserfordernisse beklagten. Michael-Viktor Graf Westarp (Berlin)

Van den Berghe, Pierre L.: *Race and Racism. A Comparative Perspective.* John Wiley & Sons, New York 1967 (169 S., 4,95 \$).

Pierre van den Berghe, in der belgischen Kolonialatmosphäre des Kongo aufgewachsen und durch längere Studienaufenthalte und Sprachkenntnisse mit so verschiedenen Gesellschaften wie Westeuropa, Südafrika, den USA und Mittelamerika persönlich vertraut, ist wahrscheinlich wie kein anderer amerikanischer Soziologe dazu legitimiert, eine vergleichende Studie über den gegenwärtigen Rassismus zu schreiben. Als Parsons-Doktorand beherrscht er das Instrumentarium der Funktionalisten, von dem Studium an der Sorbonne ist er mit europäischer Philosophie und französischer Anthropologie vertraut. In Amerika bekannt geworden ist er denn auch durch den Vorschlag, die funktionale Theorie „durch Hegels Dialektik zu ergänzen“. In der umfangreichen Südafrika-Literatur stammen von ihm zwei der theoretisch relevantesten Studien: „Caneville“ (1964), eine beschreibende Gemeindestudie in klassischer Tradition und: „South Africa. A Study in Conflict“ (1965), eine gründliche, gesamtgesellschaftliche Analyse des Apartheid-Systems. Darüber hinaus publizierte van den Berghe ein Dutzend beachtlicher Zeitschriftenartikel über verschiedene Aspekte von Rassenbeziehungen, dabei immer ein

leidenschaftlicher Verfechter liberaler Gleichheit, der einer positivistischen Wertneutralität in einer von Rassenideologien charakterisierten Umgebung mißtraut. Wenn ein Soziologe, der sich derart ausgewiesen hat und der sich der Schwächen der üblichen Forschung in seinem Gebiet bewußt ist, eine theoretisch anspruchsvolle Analyse des in weiten Weltteilen aktuellsten Phänomens vorlegt, darf man gespannt sein. Die Erwartungen erfüllen sich aber nicht völlig.

Van den Berghe hält sich mit Recht weder mit einer unsinnigen Gegenargumentation noch lange mit der Beschreibung gängiger Rassenideologien auf. Die austauschbaren Stereotypen kann er als bekannt voraussetzen. Der Begriff Rasse besitzt theoretische Relevanz einzig für den Rassisten und nur weil deren Zahl nicht abzunehmen scheint auch für den Soziologen. Als Blütezeit der Rassenideologien nennt der Autor das ausgehende neunzehnte Jahrhundert, den Höhepunkt kolonialer Expansion und Haus-Sklaverei in der Neuen Welt. Weil diese Ausbeutung zu Beginn ohne Rassismus funktionierte, kann sie nicht allein für die Entstehung der neuen Ideologie in Frage kommen. Erst als die Ideen der Aufklärung mit der ausbeuterischen Praxis versöhnt werden mußten, entstanden in Verbindung mit sozialdarwinistischen Vorstellungen spezifische Rassenideologien als rechtfertigende Apologie. Ihre Praxis zeigt van den Berghe modellhaft mit vier Fallstudien: Mexiko, das sich zu einer nichtrassischen Gesellschaft entwickelt hat, Brasilien mit informeller Rassendiskriminierung sowie den amerikanischen Südstaaten und Südafrika.

Problematisch wird das Buch im zweiten Teil mit dem Versuch, vergleichend allgemeingültige Schlußfolgerungen aus der Analyse der vier Rassengesellschaften zu ziehen und zu einer soziologischen Theorie der Rassenbeziehungen zu gelangen. Hierbei erweist sich der Autor vorab der wissenschaftlichen Arbeitsteilung verpflichtet und mißachtet seinen eigenen umfassenderen und vor allem politisch-ökonomischen Ansatz. Die Perspektiven des Biologen (Rasse im genetischen Sinne als Unterteilung des homo sapiens), des Sozialpsychologen (Rassenideologie als Vorurteil), des Wirtschaftswissenschaftlers (Rasse als ‚nicht-rationales‘ Datum) und des Historikers (Rassenideologie als Beiprodukt westlicher Sklaverei und Rationalisierung kolonialer Expansion) stünden legitim und gleichberechtigt nebeneinander. Jedoch: „From a sociological perspective racial divisions can be regarded as a special instance of structural or social pluralism as distinguished from ethnic divisions which are a case of cultural pluralism.“ (132, 133) In guter Parsons-Tradition werden dabei scharfsinnig die möglichen Kombinationen zwischen der strukturellen Ebene der Analyse (Group Level, Institutional Level, Value Level, Individual Level) und dem Grad „pluralistischen“ — das meint hier schlicht: verschiedenartigen — Nebeneinanders von Rassenverhältnissen herausgearbeitet, klassifiziert und tabelliert. Wie alle bloß strukturell-funktionalen Analysen bleibt auch diese formal, abstrakt, ‚fleischlos‘, ein gescheites Spiel mit ahistorischen Klassifikationskategorien, das jedoch gegenüber den wesentlichen, relevanten und neue Einsichten vermittelnden Fragestellungen zweitrangig scheint. War-

um sich die beschriebenen Rassenbeziehungen verschieden entwickelten, Ausdruck welcher Interessen die sich wandelnden Rassenverhältnisse darstellen — solche Fragen scheinen entscheidender als die Feststellung, daß ein niedriger Grad von Konsensus zwischen den Rassengruppen einem hohen Grad von Pluralismus gleichkommt. Was hier als generelle Theorie aus historischer Vielfältigkeit angestrebt wird, gibt zuletzt noch weniger Aufschluß als die historische Detailanalyse, welcher der Autor entgehen will. Falsch ist hier schon die Alternative. Van den Berghe demonstriert selbst, daß eine historisch-dialektische Untersuchungsmethode zu mehr als nur für spezifische Umstände geltenden Einsichten gelangen kann. Seine Studie ist dort am besten, wo sie sich, theoretisch reflektierend, am weitesten mit dem Material einläßt. Dabei ergeben sich dann solche frappierenden Erkenntnisse, daß in rassisch strukturierten Gesellschaften zunehmender Konsensus bzw. Akkulturation der getrennten Gruppen eher zu einer Verschärfung der Konflikte, denn zu einem reibungsloseren Funktionieren führt, wie es Parsons' Konsensus-Theorie unterstellt. Originell scheint ebenfalls der Hinweis, daß der Grad späterer kultureller Verschmelzung zwischen den Rassengruppen weniger vom gegenseitigen Kontakt abhängig ist als von der Rücksichtslosigkeit, mit der die ursprüngliche Kultur der unterdrückten Rassengruppe durch Christianisierung und sonstigen Zwang ausgerottet wurde.

In einer solch anspruchsvollen Studie vermißt man eine Analyse des bisher folgenreichsten Rassismus, der in Auschwitz endete. Eine Untersuchung des Antisemitismus hätte deutlich werden lassen, daß der spätere, von van den Berghe gegenüber dem paternalistischen „competitive“ genannte Rassismus, letztlich ein wie immer vermittelter und sich selbst unbewußter Protest gegen die Versagungen des Kapitalismus darstellt. Flexible Rassenideologien, gegen welche Minorität sie sich auch immer richten, sind vorab auf das Gefühl der Bedrohung, der Ich-Schwäche und Erschütterung traditioneller Privilegien angewiesen. In einer Gesellschaft autonomer Gleicher gäbe es kaum Anlaß, Ungleiche zu definieren. Demgegenüber — und vor allem wenn man die physisch und psychisch angepaßte Situation deutscher Juden in der Weimarer Republik vor Augen hat — verlieren formale Feststellungen wie die folgende ihr Gewicht: „The most important necessary condition for the rise of racism is the presence in sufficient numbers of two or more groups that look different enough so that at least some of their members can be readily classifiable. In addition to their physical differences, these groups also have to be culturally different and in a position of institutionalized inequality for the idea of inherent racial differences to take root.“ (13)

Trotz solcher Fragezeichen gehört van den Berghes Buch unzweifelhaft zu den theoretisch besten Studien des Rassismus. Zugleich ist es ein bezeichnendes Dokument von den Vorzügen und Nachteilen zweier sich widerstreitender Wissenschaftsmethoden.

Heribert Adam (Durban)

V. Ökonomie

Treue, Wilhelm, H. Pönicke, K.-H. Manegold: Quellen zur Geschichte der industriellen Revolution, Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd 17, Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1966 (288 S., kart., 38,— DM).

Aus der Einleitung wird mit erschreckender Deutlichkeit sichtbar, daß die Herausgeber das Problem der industriellen Revolution nicht zu begreifen vermögen (9—35). Wenn bei dem vorliegenden Fragenkomplex auf den Begriff Revolution Bezug genommen wird, dann als eine ständig sich verändernde Industrie (12), speziell bezüglich der Produktion und dabei insbesondere der Produktionstechnik (13 f.). Der Begriff industrielle Revolution ließe sich hier, ohne wesentlich Schwierigkeiten zu verursachen, ersetzen etwa durch den von W. W. Rostow 1960 näher entwickelten Tatbestand des ‚take-off‘ (Stages of Economic Growth, Cambridge 1960, S. 7 f., 36 ff.), obwohl die Herausgeber gerade das verneinen (13).

Der eigentliche Hauptinhalt einer Untersuchung der industriellen Revolution müssen die sozialwissenschaftlichen Kategorien sein. Der Begriffsinhalt des Terminus ‚industrielle Revolution‘ besagt, daß es sich hierbei um ein Problem handelt, bei dem der gesellschaftliche Überbau (der Staat, die Politik, das Recht, die Sitte, die Wissenschaft etc.) auf revolutionäre Weise verändert wird, wie es uns die Zerstörung des Feudalismus und das Entstehen der bürgerlichen Gesellschaft bzw. des Kapitalismus zeigen. Dieser Vorgang wird zwar direkt ausgelöst infolge der technischen Erfindungen, die ihrerseits wiederum auf den ökonomischen Prozeß und auf ökonomische Strukturen einwirken; diese Tatbestände können jedoch immer nur Anlaß zu den gesellschaftlichen Veränderungen sein. Ursächlich ausgelöst werden sie als eine Folge der veränderten Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Das ist das wesentliche Moment der industriellen Revolution; es kann nicht in der Aneinanderreihung einzelner technischer Erfindungen bestehen.

In diesem Sinn jedoch treffen die Herausgeber die Auswahl der Quellen. Es sind insgesamt 139 Quellen in die Sammlung aufgenommen. Sie sind unter ganz bestimmten Gesichtspunkten eingeteilt, ausgehend von der Entwicklung der Dampfmaschine und damit des Maschinenzeitalters (Quelle 1—10), über die Dampfschiffahrt und Eisenbahn (11—20), die Beschreibung von Englandreisenden (51—58), zur Elektro- und chemischen Industrie (110—124). In diesen Quellen finden wir fast ausschließlich technische Beschreibungen ins Populärwissenschaftliche transformiert, die Schilderungen von Augenzeugen (z. B. der ersten Eisenbahnfahrt von Nürnberg nach Fürth 1835, Quelle 17) und Versuche einer Würdigung dieser Erfindungen. Daneben sind in der Sammlung noch verschiedene Statistiken aufgenommen (etwa über das Bevölkerungswachstum, Q. 59, die Bevölkerungsbewegung, Q. 60, die Entwicklung des Reallohns im 19. Jahrhundert) und Verordnungen bzw. allgemeine Ansprachen (zur Londoner Weltausstellung 1852, Q. 100). In den Dokumenten 67—80 kommen

verschiedene Autoren (u. a. Marx und Engels) über das Problem der „Sozialen Frage“ zu Wort. Erwähnenswert sind die Dokumente am Ende der Sammlung (129—139), wobei es um die Würdigung der Gesamtbedeutung der industriellen Revolution geht. Hervorzuheben wären dabei die Quellen von Paul Mantoux (132), Werner Sombart (136) und Franz Schnabel (187). — Diese Veröffentlichung beinhaltet eine etwa 300 Titel umfassende Literatursammlung zu dem Problem der industriellen Revolution, die auch dem Fachwissenschaftler dienlich sein kann.

Insgesamt läßt sich zu dieser Quellensammlung folgendes sagen: Sie ist zu stark unter dem Aspekt einzelner technischer Erfindungen zustande gekommen, sie berührt das eigentliche Problem kaum. Es sind zu viele Quellen aufgenommen, als daß es möglich wäre, sich anhand ihrer eine tiefere Kenntnis über den Problemkreis zu verschaffen; die einzelnen Beiträge sind dazu zu kurz. Soweit die Quellen für das angegebene Thema von Relevanz sind, haben sie für den Fachwissenschaftler oder auch nur für den sich näher Interessierenden kaum einen Aussagewert.

Harry Gräser (Bremen)

Die Zukunft des Kapitalismus. Vorträge anlässlich des 50jährigen Bestehens des National Industrial Conference Board, gehalten vom 19. bis 21. September 1966 im Waldorf-Astoria, New York. Hrsgg. v. Ernst W. Mommsen mit einem Vorwort von Hermann J. Abs. Econ-Verlag, Düsseldorf und Wien 1967 (282 S., Ln., 22,— DM).

Insgesamt zwanzig „große Namen“ standen im September 1966 auf der Rednerliste der Jubiläumsveranstaltung des National Industrial Conference Board, darunter die von Henry H. Fowler (US Finanzminister), Valéry Giscard d'Estaing (ehem. frz. Finanzminister), David Rockefeller (Präsident der Chase Manhattan), Monroe E. Spaght (Chairman der Shell Oil Co), Dean Rusk (US Außenminister), Karl Blessing (Bundesbankpräsident) und weitere Wirtschafts- und Gewerkschaftsführer (George Meany) und last not least Se. Eminenz Paolo Kardinal Marella als Vertreter des Hl. Stuhls. Es handelte sich also fraglos um die „Elite“ der kapitalistischen Welt, die hier ihre Meinung über die Zukunft dieses Systems unter den verschiedensten Aspekten kundtat.

Wenn heute jemand mit dem Anspruch auftritt, etwas von Belang über die Zukunft des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschafts-systems auszusagen, so kann er objektiv nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß er nicht der erste ist, der das versucht. Soll ein derartiges Unternehmen ernstgenommen werden, dann ist insbesondere eine Auseinandersetzung mit der grundlegenden Kritik des Systems durch den wissenschaftlichen Sozialismus unausweichlich. Der erwähnte Anspruch wird in dem vorliegenden Buch erhoben, noch dazu mit Deklamationen „untermauert“, wie: „Die zugrunde liegende philosophische Konzeption ist auf dem höchsten je erreichbaren (!) Stand der Entwicklung.“ (Spaght in seinem Referat über Bildung, S. 129.)

Die Auseinandersetzung mit dem Marxismus beschränkt sich indes-
sen auf die oft wiederholte Äußerung, daß sich der Marxismus be-
reits als falsch erwiesen habe.

Ein wichtiges Argument für die Lektüre der Sammlung könnte
der Wunsch sein, exemplarisch die totale Borniertheit der kapitali-
stischen Machtelite vorgeführt zu bekommen. „... noch selten ist es
gelungen, so kompetente Sprecher aus Industrie und Kirche, aus
Banken und Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Politik von dies-
seits und jenseits des Atlantiks zu einer freimütigen und zugleich
fundierten Äußerung über die Zukunft unserer Wirtschaft und der
in der sogenannten westlichen Welt vorherrschenden Wirtschafts-
ordnung zu bewegen“ (Abs im Vorwort, S. 5). Außerhalb der rein
pragmatischen (weil aus dem eng begrenzten Erfahrungsbereich stam-
menden) Vorstellungen enthüllen die einzelnen Beiträge eine ver-
blüffende Naivität.

Aussprüche wie: „In unserer Zeit ist die Freiheit des Verbrauchers
fast vollständig gesichert“ (S. 125) oder „der Kapitalismus hat den
Traum der Menschheit erfüllt“ (S. 102) oder gar die Charakterisie-
rung des Kapitalismus als „das beste je erdachte (!) Wirtschafts-
system“ (S. 134) ziehen sich in dieser oder jener Abwandlung durch
alle Beiträge. Zur Kultur- und Bildungspolitik (Das amerikanische
Bildungssystem ist das beste der Welt) wird darauf hingewiesen, daß
es „den Menschen nicht leicht beizubringen (sei), eine nützliche Be-
schäftigung auszuüben ...“ (S. 50) und den Konzernen wird empfoh-
len, mehr Geld für Kunstsammlungen und Skulpturen auszugeben,
weil damit sowohl die Produktivität der „Mitarbeiter“ als auch das
Image des Unternehmens verbessert würde (S. 171 ff.).

Der Gewerkschaftsmanager George Meany empfiehlt sich den üb-
rigen Managern, indem er die wichtige Rolle der Gewerkschaften bei
der Schaffung „guter“ Produzenten und Konsumenten hervorhebt:
„In diesem Prozeß haben die Gewerkschaften dazu gedient (!), das
Wirtschaftssystem menschlicher zu gestalten. Indem sie das taten,
machten sie die Wirtschaft stärker und wohlhabender, nämlich durch
die Schaffung breiter Massenmärkte für den Absatz der Industrie-
erzeugnisse“, und „das volle Bürgerrecht am Arbeitsplatz, das nur
die Gewerkschaftsbewegung vermittelt, schafft erstklassige Produ-
zenten und erstklassige Amerikaner“ (S. 68, 71).

Auf der gesamten Tagung kam es zu einer einzigen echten Kontro-
verse, nämlich über die Frage, ob eine starke Konzentration für das
wirtschaftliche Wachstum notwendig sei. N. de Katzenbach vertrat
dabei die unhaltbare These, daß die Unternehmensgröße praktisch
keine Rolle spiele, während sein Gegner Thomas B. Robson ganz
pragmatische Argumente für eine ausgesprochene Förderung der
Konzentration zum Zweck der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen
Wachstumsrate (Beispiel Großbritannien) ins Feld führte.

Viele Beiträge enthalten natürlich partiell richtige Erkenntnisse,
wie z. B., daß es ein Zeichen für eine neue Qualität von Kapitalismus
sei, wenn der größte Teil der Kosten für Forschung und Entwicklung
vom Staat getragen werde (S. 96); nur werden aus solchen Erkennt-

nissen regelmäßig keine allgemeinen Schlußfolgerungen gezogen. Eine für die Zukunft des Kapitalismus — oder weniger euphemistisch ausgedrückt: für die Chance, seine Überwindung hinauszuzögern — wichtige Bedingung wurde von vielen Redner beschworen: „Da der Einfluß der Regierung auf das Geschäftsleben und die Industrie zunimmt (der Kausalzusammenhang ist natürlich anders! H. H.), hängt die Zukunft des Kapitalismus immer mehr davon ab, ob die Regierungsbeamten die Funktionsweise der Freien Marktwirtschaft verstehen und die Entscheidungen nach den natürlichen Wirtschaftsgesetzen, die befolgt werden müssen, richten“ (Blough, S. 50). Daß die natürlichen Wirtschaftsgesetze diejenigen sind, die der Großindustrie die größten Profite sichern sollen, braucht auf einer derartigen Tagung naturgemäß nicht expliziert zu werden.

Holger Heide (Wiesbaden)